

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Jahresbericht 1993

Heft 83
Hamburg, April 1994

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben gibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen sind zu richten an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Falkenstein 1
D – 22587 Hamburg
Tel.: 040 / 86 90 54 - 56

Redaktion: Susanne Bund

ISSN 0936 – 0018 ISSN 0936 – 0026

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	5
1.1. Zum Gedenken an den Gründungsdirektor des IFSH Wolf Graf von Baudissin	8
2. Zur Arbeit des IFSH 1993	14
2.1. Arbeitsschwerpunkte	16
2.1.1. ESG	16
2.1.2. GUS/Osteuropa	20
2.1.3. Neuer Forschungsschwerpunkt: "... dem Frieden dienen"	23
2.2. Tagungen/Arbeitskreise	25
2.2.1. Konferenz "Europäische Sicherheitsgemeinschaft"	25
2.2.2. Arbeitskreis "Völkerrecht und Friedensordnung"	28
2.2.3. Symposium "Unsere Gemeinsame Zukunft"	31
2.3. Friedensgutachten 1993	38
2.4. Öffentlichkeitsarbeit	40
2.5. Die Arbeit der Pädagogin	42
2.6. Lehrtätigkeit	44
2.7. Personalia	46
2.7.1. Nachwuchsförderung	49
2.7.2. Praktika	50
2.8. Drittmittel und sonstige Finanzierungen	51
2.9. Sonstiges	52
3. Projekte	55
4. Veröffentlichungen	95
5. Anhang	109
5.1. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaftler und internationale Sicherheit"	109
5.2. Reihenübersicht	110
5.3. Kontakte des IFSH (Auswahl)	118
5.4. Resonanz auf die Arbeit des IFSH (Auswahl)	122
5.5. Vortrag des Bundespräsidenten	128

1. Vorwort

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) wurde im Sommer 1971 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der jeweilige Wissenschaftliche Direktor. Ihm zur Seite steht der Stellvertretende Wissenschaftliche Direktor.

Das Themenspektrum der Friedensforschung ist außerordentlich breit. Es findet in der Satzung des IFSH und im Namen des Instituts insofern eine Einschränkung, als der Schwerpunkt der Institutsarbeit bei friedenswissenschaftlichen Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen liegen soll. Entsprechend standen im Mittelpunkt der Institutsprojekte der vergangenen Jahre Probleme der militärischen Kräfteverhältnisse und der Kooperativen Rüstungssteuerung (arms control), Themen wie Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und Rüstungskonversion, die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen, aber auch Fragen ökonomischer und ökologischer Aspekte von Sicherheit sowie Konzepte einer Neuen Europäischen Friedensordnung (NEFO) und eines Systems Kollektiver Sicherheit in und für Europa (SKSE).

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre arbeitete ein Teil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts vorrangig an einer Konkretisierung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit. In den letzten Jahren gehörten hierzu auch Fragen der "Konventionellen Stabilität" und der "Strukturellen Angriffsunfähigkeit" unter besonderer Berücksichtigung auch der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE).

Seit 1989 beteiligt sich das IFSH an der Diskussion der revolutionären Umbrüche in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Der Bereich Rußland/Osteuropa und Gesamteuropäische Integration ist mittlerweile einer der Schwerpunkte der Institutsarbeit. Seit Ausbruch des zweiten Golf-Konfliktes 1990 wendet das IFSH sich ferner auch (wieder) verstärkt verfassungs- und völkerrechtlichen Fragen zu. Erste Untersuchungen zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen eines Ein-

satzes deutscher Streitkräfte "out of area" liegen bereits vor; weitere Arbeiten zur Entwicklung des Völkerrechts von einem Recht der Staaten zu einem Recht der Völker und Menschen sollen folgen. Seit 1992 arbeitet ein Teil der Institutsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen darüber hinaus an einem Konzept einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG), in das u.a. die Vorarbeiten des Instituts zu einem System Kollektiver Sicherheit und die Resultate der Diskussion Gemeinsamer Sicherheit weitgehend einfließen. Seit 1993 schließlich diskutiert das Institut im Rahmen eines neuen interdisziplinären Forschungsschwerpunktes eine Reihe globaler Risiken, Gefahren, Bedrohungen nicht-militärischer Art und ihre Rückwirkungen auf Frieden und Sicherheit. Der neue Forschungsschwerpunkt läßt sich vorläufig mit dem Arbeitstitel "Weltinnenpolitik" und dem Grundgesetzauftrag "... dem Frieden dienen" zusammenfassen.

Die Ergebnisse der Institutsarbeit werden in einer Vielzahl von Schriften publiziert. Ein Großteil der Buchpublikationen erscheint in der Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden (vormals: Militär, Rüstung, Sicherheit), ein Teil der Aufsätze in der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F). Das IFSH selbst gibt vier Reihen heraus: Die "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht; die "Pädagogischen Informationen" schließlich sind auf die schulische und außerschulische Bildungsarbeit ausgerichtet. Neben diesen drei Veröffentlichungsreihen gibt das IFSH seit 1991 als vierte Reihe den Rundbrief "IFSH-aktuell" heraus. IFSH aktuell soll die interessierte Öffentlichkeit in knapper Form über neue Projekte, Veranstaltungen, aktuelle Stellungnahmen, Besucher und Publikationen des Instituts informieren. Die Veröffentlichungen sind - soweit vorrätig - kostenlos erhältlich.

Die Ergebnisse des Instituts werden jedoch nicht nur schriftlich vorgelegt. Das IFSH bemüht sich vielmehr durch ständige Kooperation und eine Vielzahl von Diskussionen sowie über verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur um die Vermittlung seiner Ergebnisse an andere in- und ausländische Institute und Fachexperten, sondern auch um ihre Umsetzung in Politik, Exekutive, Medien und Bildungseinrichtungen. Daneben nehmen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Instituts

(teilweise in ständiger Lehrtätigkeit) seit 1971 Lehraufträge an der Universität Hamburg, an der Universität der Bundeswehr Hamburg und anderen Hochschulen innerhalb und außerhalb Hamburgs wahr.

Zu den Serviceleistungen für die Öffentlichkeit gehören ferner die Bibliothek und die Dokumentation des Instituts. Beide sind öffentlich zugänglich. In ihnen stehen über 18 000 Bände, ca. 140 laufend geführte Zeitschriften und das ausgewertete Material aus etwa zwei Dutzend in- und ausländischen Zeitungen sowie Presse- und Informationsdiensten zur Verfügung.

Am IFSH sind in der Regel etwa 30 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig, darunter auch ausländische Fellows, abgeordnete Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen der Schulbehörde. Wie bereits diese Aufzählung zeigt, findet das Institut Hilfe und Unterstützung bei einer Vielzahl von Personen und Institutionen. Die Hauptlast der Finanzierung ruht aber zweifelsohne bei der Stiftungsträgerin, der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern, gilt deshalb unser besonderer Dank.

Hamburg, Januar 1994

Egon Bahr / Dieter S. Lutz

1.1. Zum Gedenken an den Gründungsdirektor des IFSH Wolf Graf von Baudissin

Am 5. Juni 1993 ist General a. D. Prof. Wolf Graf von Baudissin im Alter von 86 Jahren verstorben. Er war eine der Persönlichkeiten unserer Zeit: Als Gründungsdirektor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) trug er maßgeblich zur Etablierung und Festigung der Friedensforschung in der Bundesrepublik bei. Als Hochschullehrer wurde er von vielen seiner Studenten glühend verehrt. Als Wissenschaftler erlangte er Anerkennung weit über Europa hinaus. Als Reformier ging er in die deutsche Militärgeschichte ein, steht er in Nachfolge von Scharnhorst und Gneisenau.

Wolf Graf von Baudissin wurde am 8. Mai 1907 in Trier geboren. Nach seinem Abitur 1925 begann er Jura, Geschichte und Nationalökonomie in Berlin zu studieren. Im April 1926 trat er in das Infanterieregiment Nr. 9 in Potsdam ein, verließ die Reichswehr aber Ende September 1927 wieder, um eine landwirtschaftliche Lehre im In- und Ausland zu absolvieren. Nach seinem Abschluß als staatlich geprüfter Landwirt an der TH München im März 1930 trat Graf Baudissin im Oktober desselben Jahres erneut in die Reichswehr ein. 1938 durchlief er die Generalstabausbildung, 1939 wurde er zum Hauptmann befördert.

Im März 1941 wurde Graf Baudissin auf Anforderung von Feldmarschall Rommel in den Generalstab des Deutschen Afrikakorps geholt. Bereits im April 1941 geriet er im Rahmen eines Aufklärungsfluges bei Tobruk in Gefangenschaft. Ein Jahr später wurde er zum Major befördert. Mehr als fünf Jahre später, erst am 7. Juli 1947, wurde er aus britischer Gefangenschaft entlassen. Bereits wenige Tage nach seiner Rückkehr, im August 1947, heiratete er die Bildhauerin Dagmar Burggräfin zu Dohna-Schlodien. Die nachfolgenden Monate und Jahre arbeitete er - nur wenig war für einen vormaligen Wehrmachtsoffizier damals möglich - als Kunsttöpfer.

Mehr ungewollt und auf Drängen von Axel v.d. Bussche nahm Graf Baudissin im Oktober 1950 an der militärischen Sachverständigentagung im Kloster Himmerod/Eifel teil. Im Mai 1951 wurde er Mitarbeiter im sog. Amt Blank, dem Vorläufer des späteren Bundesverteidigungsministeriums. Am 1. November 1955 wurde er als Angestellter in das BMVg

selbst übernommen. Im Amt Blank war Graf Baudissin als Referatsleiter zuständig für das "Innere Gefüge", im Verteidigungsministerium als Unterabteilungsleiter für die "Innere Führung".

Am 30. Januar 1956 wurde der vormalige Wehrmachtsmajor unter Beförderung zum Oberst als Berufsoffizier der Bundeswehr übernommen. Ab 1. Juli 1958 kommandierte er eine Kampfgruppe in Göttingen, später die Panzergrenadierbrigade 4. Am 30. Dezember 1959 wurde Graf Baudissin zum Brigadegeneral, am 1. November 1961 zum Generalmajor und am 1. September 1963 zum Generalleutnant befördert. Als Generalmajor arbeitete Graf Baudissin als Stellvertretender Chef des Generalstabes für "Operations and Intelligence" im Hauptquartier AFCENT in Fontainebleau, als Generalleutnant war er Kommandeur des NATO-Defence-College in Paris und danach Stellvertretender Chef des Stabes für Planungen und Operationen beim NATO-Oberkommando in Paris und später in Casteau (Belgien).

Zum 31. Dezember 1967 wurde Generalleutnant Graf Baudissin in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Im Wintersemester 1968/69 übernahm er seinen ersten Lehrauftrag an der Universität Hamburg, seit 1980 lehrte er zusätzlich an der Hochschule (später Universität) der Bundeswehr Hamburg. Im April 1979 wurde er vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg zum Professor ernannt. Von Oktober 1971 bis Juli 1984 leitete er als Gründungsdirektor das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Für den Aufbau der Bundeswehr nach dem II. Weltkrieg war Graf Baudissin zweifelsohne ein Glücksfall. Als "Vater der Inneren Führung" trug er maßgeblich zum Bild des Soldaten als "Staatsbürger in Uniform" bei. Mit "Innerer Führung" meinte Baudissin ein "Konzept der Menschenführung", das "ohne Anlehnung an die Formen der alten Wehrmacht" u.a. davon ausgeht,

"daß dem Soldaten eines freiheitlichen Rechts- und Sozialstaates die Grundwerte, für deren Schutz er seinen Dienst leistet, grundsätzlich garantiert sein müssen".

Als "Soldat für den Frieden" sollte eben dieser "Staatsbürger in Uniform" ferner wissen,

"daß Streitkräfte im Kernwaffenzeitalter nur noch kriegsverhütende, höchstens friedenswiederherstellende Funktionen haben dürfen" und "daß die Abschreckungsstrategie den Ernstfall bereits in den Frieden verlegt und das denkbare Kriegsbild eine Revolutionierung des soldatischen Selbstverständnisses zwangsläufig mit sich bringt".

Innere Führung nimmt nach Baudissin somit u.a. konzeptionell auch Überlegungen vorweg, die Bundespräsident Heinemann sehr viel später in dem unvergessenen Motiv zusammenführte: Nicht der Krieg, sondern der Frieden ist der Ernstfall.

Vor diesem Hintergrund ist es auch kein Zufall, wenn das Friedensforschungsinstitut, dessen Gründungsdirektor Graf Baudissin 1971 wurde, den Zusatz "...Sicherheitspolitik" im Namen trägt. Als Leiter einer "unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtung, die im Bereich der Friedensforschung im allgemeinen und auf dem Gebiet sicherheitspolitischer Problemstellungen im besonderen die Kriterien freier Forschung und Lehre, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Publizierung der Forschungsergebnisse erfüllt" - so die FSH-Satzung -, wollte er sich (und anderen) die Chance eröffnen, auch wissenschaftlich einen Beitrag zur Friedenssicherung, zur Strategischen Stabilität und insbes. zur Kriegsverhütung zu leisten. Graf Baudissin selbst nutzte diese Möglichkeit in einer Vielzahl von Studien, die sich schwerpunktmäßig mit der Idee der "arms control" befaßten. Hatte er bereits für den "Staatsbürger in Uniform" gefordert, daß er als "Soldat für den Frieden" weiß,

"daß selbst drastische Rüstungsbeschränkungen begrüßt werden müssen, falls sie der strategischen Stabilität und damit der Sicherheit Europas dienen",

so versuchte er nunmehr dem Ziel der Rüstungsbegrenzung und der Strategischen Stabilität selbst über eine Präzisierung und Weiterentwicklung des arms-control-Gedankens im Rahmen des Konzeptes der "Kooperativen Rüstungssteuerung" näherzukommen.

"Unter Kooperativer Rüstungssteuerung (KRSt) ist eine politisch-militärische Strategie zu verstehen, mit der Staaten oder Bündnisse trotz aller bestehender Konflikte und Antagonismen als "Partner" ihre Militärpotentiale, deren Strategien, Umfang, Strukturen, Dislozierung und

sogar deren taktischen Einsatz im Interesse ihrer beiderseitigen Sicherheit aufeinander abstimmen ... KRSt kann als Strategie für die gemeinsame Aufrechterhaltung glaubwürdiger gegenseitiger Abschreckung bzw. strategischer Stabilität bezeichnet werden; ihr langfristiges Ziel ist es allerdings, dies mit weniger bedrohten, weniger bedrohlichen und weniger kostspieligen Potentialen zu erreichen".

Die Ideen Graf Baudissins sind in der Arbeit des IFSH auch nach seinem Ausscheiden Mitte 1984 nicht vergessen worden. In einer Vielzahl von Studien des Institutes zur "Sicherheitspartnerschaft" und zur "Gemeinsamen Sicherheit" in den 80er Jahren finden sich insbes. seine Grundeinsichten wieder: In einer "interdependenten Welt" kann Sicherheit auf Dauer nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander geschaffen werden, ist Sicherheit nicht mehr allein, sondern nur noch partnerschaftlich zu haben.

"Sicherheit gibt es nur noch für alle unter gemeinsamen Anstrengungen und nicht mehr zu Lasten Verunsicherter. Im Gegensatz zum Kalten Krieg beginnen die Akteure ihre Interdependenz und damit auch das komplizierte Verhältnis, füreinander zugleich Antagonist und Partner zu sein, anzuerkennen".

Gelten diese und ähnliche Aussagen auch noch zu Beginn der 90er Jahre, also nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes? Die Antwort kann nur lauten: mehr denn je. Gerade aktuelle Herausforderungen globaler Natur wie das Ozonloch, das Waldsterben oder auch die Migrationsproblematik und vieles mehr zeugen von der Richtigkeit der Baudissinschen Grundeinsicht. Nicht alleine und nicht gegeneinander, sondern nur gemeinsam und miteinander, sind diese Gefahren und Risiken zu bewältigen. Und selbst in Fällen, wie der "jugoslawischen Tragödie", angesichts derer sogar Pazifisten zu Bellizisten werden, bleibt gültig, was Graf Baudissin über die Kriegsverhütungsfunktion von Streitkräften, insbes. auch der Bundeswehr, vorgezeichnet hat: Sind vorbeugende und verhütende Maßnahmen versäumt worden, d.h. ist das Kind erst in den Brunnen gefallen, so ist es auch unter Einsatz militärischer Mittel kaum noch zu retten. Die bosnische Realität ist der grauenhafte Beleg hierfür. Die Funktion von Streitkräften - auch und gerade im Rahmen Kollektiver Sicherheit - muß deshalb die der Abschreckung, besser: Abhaltung, und somit die der Kriegsverhütung sein. M. a. W.: Auch und gerade in einem

funktionierendes System Kollektiver Sicherheit ist Frieden der Ernstfall, bleibt der Staatsbürger in Uniform "Soldat für den Frieden".

Doch nicht nur die Baudissinschen Grundeinsichten sind auch heute noch in den Schriften des IFSH präsent. Auch eine Reihe weiterer "Baudissinscher Spezifika" prägen noch immer das Institut und seine Arbeit. Zu diesen Spezifika gehören z.B. die kontinuierliche Integration von Generalstabsoffizieren als an das Institut abgeordnete "Fellows" oder die nachdrücklich "praxisorientiert" angelegten Studien der Institutsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen. Daß das IFSH bereits in seinen Gründungsjahren in der Öffentlichkeit gehört und auch von "Praktikern" um Rat gefragt wurde, ist sicherlich auch diesen Spezifika zu verdanken. Sie sind ebenso Baudissins Verdienst wie die Tatsache, daß das IFSH trotz der erheblichen Anfangsschwierigkeiten der jungen Wissenschaft "Friedensforschung" in der Bundesrepublik im Strudel der Streitigkeiten nicht untergegangen ist, im Gegenteil heute als etablierte und national wie international anerkannte Einrichtung arbeitet.

Dem Leben und Wirken eines Großen in einem kurzen Abriß gerecht zu werden, ist nahezu unmöglich. Ungenannt bleiben müssen deshalb z.B. die vielen Ehrungen und Auszeichnungen, die Graf Baudissin über die Jahre hinweg erhalten hat. Nicht ganz unerwähnt bleiben sollte allerdings, daß Graf Baudissin im September 1966, also noch während seiner aktiven Dienstzeit, als erster General der Bundeswehr einer Gewerkschaft, der ÖTV, beiträt. Ebenso nicht unerwähnt bleiben sollte, daß Graf Baudissin (neben Carl Friedrich von Weizsäcker) zum Ablauf der Amtszeit Scheel als Kandidat der SPD für die Wahl des Bundespräsidenten zur Diskussion stand.

Nachdrücklich hingewiesen werden sollte hingegen auf die starke Prägung des Baudissinschen Denkens durch den Widerstand des 20. Juli 1944. Er selbst hat diesem Widerstand aktiv zwar nicht angehört. Daran hinderte ihn schon faktisch seine frühzeitige Gefangennahme 1941. Doch opponierte er bereits 1938 als junger Offizier zusammen mit Henning von Treschkow, der später die Umsturzpläne maßgeblich ausarbeiten sollte, "gegen das Regime". Allein der Überzeugungskraft General von Witzlebens, der später als Hauptbeteiligter des 20. Juli hingerichtet wurde, war es zu verdanken, daß beide Offiziere nicht vorzeitig den Dienst quittierten.

Abschließend nicht vergessen werden sollten die Schattenseiten eines großen Lebens: Graf Baudissin hat wegen seines Engagements für die Demokratisierung der Streitkräfte und für die Friedens- und Konfliktforschung nicht nur Ehrungen erhalten, sondern war über viele Jahre hinweg auch mancher Kritik, ja Diffamierung ausgesetzt. Er hat darunter sehr gelitten. Es ist seinem Mut und seinem Einsatz zu verdanken, daß heute vieles von dem selbstverständlich ist, was vor kurzer Zeit noch erhebliche Kontroversen ausgelöst hat.

Graf Baudissin hat Anstöße für Frieden und Sicherheit in Europa gegeben, die ihre Bedeutung über die Zeit hinweg behalten werden. In seinem "unruhigen", vom Dienst für den Frieden geprägten Leben, ist er stets nur wenige Jahre an einem und demselben Ort tätig gewesen. Dreizehn Jahre Arbeit für das IFSH und mehr als sechzehn Jahre Lehre an der Universität Hamburg nehmen in seinem Lebenslauf einen ungewöhnlich langen Zeitraum ein. Sein Werk und seine Persönlichkeit werden am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg stets ein ehrendes Andenken finden.

Dieter S. Lutz

2. Zur Arbeit des IFSH 1993

Im Mittelpunkt der Institutsarbeit standen im Jahre 1993 zum einen die Diskussion des neuen interdisziplinären Forschungsschwerpunktes "... dem Frieden dienen" (vorläufiger Arbeitstitel), zum anderen die Analyse der revolutionären Umbrüche in Ost- und Südosteuropa sowie deren Folgen, ferner die Fortentwicklung der "Gemeinsamen Sicherheit" hin zu einem System "Kollektiver Sicherheit" in und für Europa, einer "Europäischen Sicherheitsgemeinschaft" (ESG) und schließlich die Erstellung von Studien zu aktuellen Problemen, z.B. zum Krieg im vormaligen Jugoslawien oder zum Einsatz der Bundeswehr "out of area". Genannt werden sollte auch die Durchführung einer Reihe von nationalen und internationalen Arbeitstreffen und Tagungen. Zu deren Höhepunkten gehörte sicherlich der Vortrag von Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Rahmen des Symposions "Unsere Gemeinsame Zukunft" (vgl. auch Abschnitt 5.5).

Die Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Institutes werden im folgenden detailliert im Abschnitt 3 aufgeführt; die Ergebnisse der Forschungsarbeiten in Form von Veröffentlichungen werden in Abschnitt 4 und 5.2 aufgelistet. Die Breite der Tätigkeiten und Initiativen, aber auch die Unterschiedlichkeit der Kooperations- bzw. Adressatenkreise, die das Institut mit seiner Arbeit bzw. seinen Arbeitsergebnissen zu erreichen sucht, werden in den Abschnitten 2.1 ff. und im Anhang illustriert.

Die veränderten internationalen Beziehungen haben zweifelsohne Konsequenzen für die Friedensforschung insgesamt und für das IFSH im besonderen. Eine der Auswirkungen ist bereits genannt worden: die Fortentwicklung und Übertragung der Einsichten und Erkenntnisse der Gemeinsamen Sicherheit auf ein System Kollektiver Sicherheit in und für Europa (vgl. auch noch Abschnitt 2.1.1). Eine andere liegt in der Entscheidung des Institutes für den Ausbau der Arbeitskapazitäten mit Blick auf Rußland und Osteuropa (vgl. Abschnitt 2.1.2). Eine dritte schließlich wird unter dem Eindruck des Golfkrieges von 1990/91 sowie der aktuellen kriegerischen Konflikte im vormaligen Jugoslawien auf Initiative des IFSH und in Kooperation mit anderen Institutionen im Rahmen eines interdisziplinären Arbeitskreises diskutiert: das Zusammenspiel von Friedensforschung und Völkerrecht bei der Suche nach einer

neuen Völkerrechts- und Friedensordnung (vgl. dazu noch Abschnitt 2.2.2).

Welche Konsequenzen und Auswirkungen weiterhin diskussionswürdig sind, haben die IFSH-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem gemeinsamen Aufsatz niedergelegt, der bereits in den ersten Wochen des Jahres 1992 als Heft 12 der Hamburger Information erschienen ist. Im Jahr 1993 hat das IFSH diese ersten Überlegungen in einer Reihe vielfältiger Diskussionen ergänzt und in einen neuen interdisziplinären Forschungsschwerpunkt zusammengeführt, der sich zum einen am Auftrag des Grundgesetzes "... dem Frieden dienen" orientiert und sich zum anderen auf feststellbare oder sich abzeichnende Bedrohungen, Gefahren, Risiken vorrangig nicht-militärischer Art und - damit verbunden - der Notwendigkeit einer "Weltinnenpolitik" ausrichtet (vgl. dazu noch Abschnitt 2.1.3).

2.1. Arbeitsschwerpunkte

2.1.1. Arbeitsschwerpunkt Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG)

Die wissenschaftliche Analyse von Problemen des Friedens und der Sicherheit in Europa stellt eine der Aufgaben dar, die dem IFSH durch seine Satzung vorgegeben ist. Einen historischen Augenblick lang schien der Eindruck begründet, diese Aufgabe würde sich politisch erledigen. Dem Ende des Ost-West-Konflikts ging die Hoffnung auf eine dauerhafte Sicherung des Friedens mangels kriegsträchtiger Konfliktgründe einher. Inzwischen zählt Europa in den vier Jahren der postkonfrontativen Ära ein Vielfaches an Kriegstoten als in den vier Jahrzehnten des Kalten Krieges zuvor; die Hoffnung hat getrogen.

Vor vier Jahren war nicht absehbar, daß in den nachfolgenden Monaten und Jahren in Staaten wie Jugoslawien, Moldawien, Georgien und Armenien geschossen und getötet wird. Heute sind die Kriegsschauplätze des Jahres 1995 unbekannt. Aber die Beschaffenheit der europäischen, insbesondere der osteuropäischen Konfliktgeographie macht die Annahme wahrscheinlich, daß dann weiterhin einige der alten, vermehrt um einige neue Krisenherde militärische Gewalt hervorbringen werden. Anders als gestern bei Untersuchungen zur Ost-West-Konfrontation sind heute die Streitparteien von morgen nicht eindeutig identifizierbar. Frieden in Europa wird mehr denn je zu einer generellen Frage politisch-institutionell-organisatorischer Konfliktprävention und Sicherheitsvorsorge.

Das IFSH hat bereits im Frühjahr 1990, wenige Monate nach dem Systemumbruch in Osteuropa, eine erste Studie über die Grundzüge eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit in Europa vorgelegt. Es hat diese Arbeit seither in verschiedenen Teiluntersuchungen kontinuierlich vertieft und erweitert. Im Frühjahr 1993 schloß unter der Leitung des Wissenschaftlichen Direktors eine im Herbst 1992 eingerichtete Forschungsgruppe vorläufig die Arbeiten zu den konstitutionellen Elementen der Entwicklung einer übergreifenden Sicherheitsstruktur für Gesamteuropa ab. Das Modell selbst zeichnet sich durch eine Reihe innovativer Elemente kooperativer und kollektiver Sicherheit aus, mit deren Hilfe die herkömmlichen Schwächen internationaler Sicherheitsorganisationen vermieden werden sollen, um Frieden und Sicherheit im KSZE-Gebiet verlässlich garantieren zu können. Es baut auf den vielfältigen

Studien auf, die am IFSH seit Beginn der 80er Jahre (vgl. z.B. Heft 1/1984 der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) zum Themenschwerpunkt "Kollektive Sicherheit - Eine Alternative?") zu dieser Thematik erarbeitet wurden und macht sich so die in langjähriger Forschungstätigkeit erworbene Expertise seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunutze.

Im April 1993 legte das IFSH einen ersten Zwischenbericht vor mit dem Titel "Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH" (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 75). Er wurde im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen und Arbeitskreisen diskutiert, darunter eine interne Tagung am IFSH am 1. und 2. Februar (vgl. auch Abschnitt 2.2.1), ein internationales Symposium im Dezember 1993 (vgl. auch Abschnitt 2.2.3) sowie der Arbeitskreis "Völkerrecht und Friedensordnung" (dazu noch Abschnitt 2.2.2). Er ist ferner in ein Buch eingeflossen, das vom Stellvertretenden Direktor unter dem Titel "Deutschland und die Kollektive Sicherheit" (Opladen 1993) veröffentlicht wurde. Ein Teil der ergänzenden Beiträge und Kritiken schließlich wurden unter dem Themenschwerpunkt "ESG" als Ausgabe 3/1993 der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) publiziert. Ein Sammelband soll 1994 nachfolgen.

Die ESG selbst wird im Vorschlag des IFSH als ein System kollektiver Sicherheit verstanden. Sie funktioniert so, wie die Vereinten Nationen ihrer Gründungsabsicht zufolge funktionieren sollten, aber aus unterschiedlichen Gründen weder während des Kalten Krieges noch danach funktionieren konnten: nach dem Prinzip des konsequenten Entstehens der Gemeinschaft für die Sicherheit jedes einzelnen ihrer Mitglieder. Große, wie kleine Staaten stehen unter gleichem Recht, erhalten gleiche Sicherheit, übernehmen gleiche Verpflichtungen. Die verlässliche Funktionsfähigkeit verlangt dazu einen begrenzten Schritt von der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu einem übernationalen Mechanismus; deshalb wird die Gewaltoption, die letzte Zuflucht des Rechts auf Sicherheit, aus der Verfügung der Einzelstaaten bzw. ständiger oder zeitweiliger Interessenkoalitionen in die Obhut der internationalen Rechtsgemeinschaft überführt. Das meint die Leitidee von der Ablösung des Rechts des Stärkeren durch die Stärke des Rechts.

Folgende Merkmale charakterisieren das Konzept:

1. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft ist eine regionale Abmachung im Sinne des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen.
2. Sie steht zum Beitritt allen Mitgliedstaaten der KSZE offen, die rechtsverbindlich auf die Anwendung von Gewalt zur Lösung von Konflikten verzichten, die Minderheiten- und Menschenrechte achten und sich zur Einhaltung des ESG-Vertrages verpflichten.
3. Ihren obersten Organisationszweck, die Aufrechterhaltung des Friedens in der Gemeinschaft, erfüllt die ESG mittels Gewaltverhütung durch friedliche Streitbeilegung. Dazu dient ihr ein breiter Fächer ziviler Einwirkungsmittel von der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit über klassische und unkonventionelle politische Einflußnahmen bis zur Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen. Ihre Finanzierung ist so geregelt, daß sie nicht durch Mittelverknappung lahmgelegt werden kann.
4. Militärischer Waffeneinsatz bleibt die äußerste Sanktion gegen Bruch der ESG-Regeln, Aggression oder zur Beendigung bereits ausgebrochener militärischer Gewalt. Sollte zu Zwangsmaßnahmen gegriffen werden müssen, so unterliegen sie der ausschließlichen Verantwortung der Gemeinschaft im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. An die Stelle von Interventionen tritt Ordnungsrecht.
5. Der Entscheidungsprozeß der ESG-Organen - neben dem Schiedsgerichtshof: der Europäische Sicherheitsrat, die Ständige Kommission und der Generalsekretär - ist in hohem Maße demokratisiert, indem er unter Beteiligung der größtmöglichen Zahl von Mitgliedstaaten, jedoch ohne einzelstaatliches Vetorecht, abläuft.
6. Die Kompetenzverteilung zwischen den entscheidungsbefugten Organen ist so geregelt, daß in einem System von "checks and balances" eine gegenseitige Kontrolle gewährleistet wird, jedoch ohne die negative Konsequenz einer gegenseitigen Lähmung der Gremien.

7. Um die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft sicherzustellen, wird der Generalsekretär als eine nationalen Interessen nicht verpflichtete Institution mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, über die er autonom verfügen kann, soweit andere Organe der ESG die behandelten Angelegenheiten nicht an sich ziehen.
8. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft wird ihre Außenbeziehungen zu Nichtmitgliedstaaten, zu den Vereinten Nationen und zu den Bündnisorganisationen nach dem Grundsatz engstmöglicher Kooperation gestalten, um auch jenseits ihres geografischen Geltungsbereichs zu einem Faktor sicherheitspolitischer Stabilität zu werden.
9. Die kollektive Sicherheitsleistung der Gemeinschaft senkt den verteidigungspolitischen Selbstvorsorgebedarf ihrer Mitglieder, was militärische Abrüstung in erheblichen Größenordnungen ermöglicht.
10. Die Errichtung der ESG läßt sich nur als Prozeß vorstellen, nicht als einmaliger Gründungsakt, sondern als schrittweise Funktionsübertragung bis zum schließlichen Aufgehen bestehender Sicherheitsorganisationen in der Gemeinschaft.

2.1.2. Arbeitsschwerpunkt GUS/Osteuropa

Die Sicherheit Europas wird in den kommenden Jahren entscheidend mitbestimmt werden durch den Verlauf des Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa und insbesondere in den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Eine der zentralen Aufgaben europäischer Friedenspolitik liegt in der politischen und ökonomischen Stabilisierung und Einbindung der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in einen gesamteuropäischen Kooperations- und Integrationsprozeß. Dieses Ziel kann wiederum nur erreicht werden durch die beharrliche Fortsetzung des Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozesses in den Staaten Ost- und Mitteleuropas. Wegen der damit verbundenen Problemvielfalt und Komplexität gilt es umsomehr, intensive wissenschaftliche Analysen der Bedingungen, Möglichkeiten und Wege anzustellen, die diese Entwicklung fördern. Dieser akuten Problemrelevanz Rechnung tragend, untersucht die von Dr. Hans-Georg Ehrhart geleitete "Arbeitsgruppe GUS und Europäische Sicherheit" am IFSH sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS sowie ihre Wechselwirkungen mit west- bzw. gesamteuropäischen Kooperations- und Integrationszusammenhängen im Hinblick auf eine künftige europäische Friedensordnung. Dieser Forschungsprozeß wird begleitet durch den Ausbau von Kooperationsbeziehungen mit Forschungsinstituten aus Mittel- und Osteuropa.

Im Berichtszeitraum konnte die wissenschaftliche Kooperation weiter ausgebaut werden. Z.B. wurde ein Abkommen mit dem Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO) über gemeinsame Forschung und den Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geschlossen. Dieses Abkommen wird konkretisiert durch ein von der Volkswagen-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt zum Thema "Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion (1993-95)", das von Anna Kreikemeyer in Kooperation mit dem MGIMO bearbeitet wird.

Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe sind neben den genannten: Ursel Schlichting und Hans-Joachim Gießmann. Während Ursel Schlichting im Rahmen ihrer Untersuchungen über Nationalitätenkonflikte in der GUS u.a. auch ein internationales Projekt über die Rolle der Rußlanddeut-

schen vorbereitet, befaßt sich Dr. Hans-Joachim Gießmann mit militärischen Sicherheitsfragen in Mitteleuropa. Dieses ebenfalls von der Volkswagen-Stiftung geförderte Forschungsprojekt wird in enger Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei durchgeführt. Frau Schlichting und Herr Gießmann arbeiten zudem an einer Enzyklopädie über militärische Daten, Fakten und Trends in den Staaten Osteuropas. Schließlich sei erwähnt, daß die Arbeitsgruppe in Kooperation mit Dr. Reinhard Mutz einen weiteren Antrag auf Drittmittel gestellt hat. Thema sind die "Strategien zur Bewältigung des sicherheitspolitischen Vakuums in Osteuropa: Das Beispiel Ungarns 1990-1995".

In den letzten Jahren konnte die Arbeitsgruppe am IFSH zahlreiche Gäste zu Gesprächsrunden begrüßen. Die bisherigen Untersuchungen der Gruppe zu wechselseitigen Perzeptionen und Erwartungshaltungen ergaben, daß große Informationsdefizite sowohl bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Westen als auch bei solchen aus Osteuropa und der GUS bestehen. Schon allein deshalb stellt der direkte Austausch mit ihnen einen wichtigen Bestandteil der Forschungsarbeit dar. Unter den Gästen der Arbeitsgruppe waren z.B.: Dr. Andrej V. Zagorskij, stellv. Direktor des Staatsinstituts für internationale Beziehungen, Moskau; Dr. Jurij V. Andreev, Institut für Friedensforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau; Prof. Jan Vogeler, Universität Moskau; Alexij K. Puschkov, Leiter von Moscow News und stellv. Chefredakteur der Moskovskie Novosti; Tamara Dudnikova, Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Moskau; Gagic Avakian, Berater im Präsidialapparat des Präsidenten von Armenien, Erewan; Mikail Gerasev und Viktor Sergeev, Institut für USA- und Kanadastudien, Moskau, Janos Matus, Institut für Strategische und Verteidigungsstudien des Verteidigungsministeriums Ungarn, Budapest, Jaroslaw Drozd, Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM), Polen, Warschau, Pan Qichang, Institut für Westeuropäische Studien, Akademie für Sozialwissenschaften, VR China, Peking, Kwon Tai Young, Institut für Verteidigungsanalysen Koreas, Korea, Seoul.

Stellvertretend für die Publikationen der Arbeitsgruppe können die überarbeiteten Beiträge des internationalen Workshops "Gesamteuropäische Kooperation unter den Bedingungen von Integration und Zerfall" (vgl. Jahresbericht 1992, Abschnitt 2.2.1) genannt werden, die von

**Hans-Georg Ehrhart, Anna Kreikemeyer und Andrej V. Zagorskij als
englischer Sammelband (The Former Soviet Union and European Security:
Between Integration and Re-Nationalization, Baden-Baden 1993)
veröffentlicht wurden.**

2.1.3. Der neue Forschungsschwerpunkt: "... dem Frieden dienen"

Der Ost-West-Konflikt ist zu Ende. Der Kalte Krieg ist vorbei. Die revolutionären Umbrüche in den Staaten der vormaligen Warschauer Vertragsorganisation haben die ordnungs-, wirtschafts- und militärpolitischen Landkarte Europas, ja der Welt, radikal verändert. Doch ist die Veränderung auch radikal genug? Gibt es nicht vielmehr grundlegende Gefahren, die der Menschheit weltweit und unabhängig vom vormaligen Ost-West-Gegensatz drohen? Welches sind diese Gefahren? Auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln sind sie - bei Scheitern mit der möglichen Folge des Untergangs - zu beheben?

Diese und ähnliche Fragen standen 1993 unter der Leitung des Stv. Direktors, Dr. Dr. Dieter S. Lutz, im Mittelpunkt ausführlicher Beratungen des Institutes. Zu den Problemdimensionen und den darin enthaltenen Konfliktmöglichkeiten, die von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des IFSH diskutiert wurden, gehörten u. a.:

- die militärische Dimension, darunter Fragen der Rüstung und Abrüstung ebenso wie die Probleme drohender und/oder aktueller Kriege;
- die ökonomische Dimension, darunter insbes. das Massenelend und die Massenarmut der sog. Dritten Welt;
- die ökologische Dimension, darunter der Raubbau an den Ressourcen ebenso wie die Vernichtung von Umwelt und Nachwelt;
- die technologische Dimension, darunter die Kosten für Reparaturmaßnahmen oder Effizienzsteigerungen ebenso wie die zivilen Risiken und der militärische Mißbrauch innovativer Technologien;
- die anthropologische Dimension, darunter die Folgen und Einwirkungen von Umwelt und Technologie auf den Menschen als "Person", insbes. aber die (schleichenden) Veränderungen des Menschen(bildes).

Im Ergebnis der Überlegungen kamen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH zu dem Schluß, daß das Institut weder den Versuch unternehmen sollte, sich auf lediglich einen dieser globalen Problemsektoren zu konzentrieren noch sich darauf beschränken sollte, nur problemübergreifend die Entwicklung analysierend zu begleiten. In Berücksichtigung des Satzungsauftrages und der Themenkontinuität der

bisherigen Arbeitsschwerpunkte sollte das IFSH vielmehr die Möglichkeiten erforschen, wie Deutschland entsprechend seinem Verfassungsauftrag "dem Frieden in der Welt zu dienen", tätig werden kann, um zu einer Entwicklung beizutragen, in der zunehmend Gewalt zwischen und in Staaten verhindert wird, also die Entwicklung in die Richtung einer Weltinnenpolitik gefördert wird.

Als Folge dieser Überlegungen wird der Institutsrat künftig Forschungsprojekte im einzelnen erörtern und beschließen, die bevorzugt Konflikte

- globaler Reichweite,
- wachsender Zukunftsbedeutung,
- lebens- und existenzbedrohenden Charakters,
- und latenter Gewaltsamkeit

zum Gegenstand haben. Generelles Forschungsziel wird die Prüfung bzw. Erarbeitung kooperativer Strategien der Problemlösung zwecks Konflikt- und Gewaltvorbeugung in besonderer Ausrichtung auf Handlungsoptionen der Bundesrepublik Deutschland sein.

Als erste Veröffentlichungen mit Blick auf den neuen Forschungsschwerpunkt liegen vor:

- Dieter S. Lutz, Endet die Zukunft in der Gegenwart?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S. 67-71.
- Dieter S. Lutz, Die Gordische Komplexität, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1992, S. 178-183.
- Dieter S. Lutz, "Nachhaltige Entwicklung" als "Weltinnenpolitik", in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1993, S. 153-159.
- Dieter S. Lutz, Endzeit: Alptraum oder Wirklichkeit?, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 13/1993.
- Hans-Joachim Gießmann, "Globale Sicherheit". Chance oder Trugbild?, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 78, Hamburg 1993.

2.2. Tagungen/Arbeitskreise

2.2.1. Konferenz "Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Zur Neuordnung der Europäischen Sicherheit durch ein regionales System kollektiver Sicherheit" vom 1. und 2. Februar 1993

Am 1. und 2. Februar 1993 fand im Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) eine Konferenz zum Thema "Europäische Sicherheitsgemeinschaft - Zur Neuordnung der Europäischen Sicherheit durch ein regionales System kollektiver Sicherheit" statt, an der international ausgewiesene, hochrangige Experten aus Wissenschaft und Politik teilnahmen. Die Tagung wurde zum überwiegenden Teil von der Volkswagen-Stiftung finanziert und vom IFSH materiell und personell unterstützt.

Die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geäußerte Erwartung eines nun endlich möglichen dauerhaften Friedens in Europa hat sich nicht erfüllt. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die zahlreichen akuten, vor allem aber auch die potentiellen Konflikte in und zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zeigen, daß die Sicherheitsfrage in Europa noch ungelöst ist bzw. sich neu stellt.

Vor diesem Hintergrund hat eine Arbeitsgruppe am IFSH, unter der Leitung des Wissenschaftlichen Direktors, Prof. Egon Bahr, ein Modell zur Neuordnung der europäischen Sicherheitsstrukturen erarbeitet, das dem festgestellten Handlungsbedarf nach Konfliktprävention bzw. nach Einhegung, Deeskalation und Beilegung bereits zutage getretener gewaltsamer Konflikte Rechnung trägt. Die vorgeschlagene Organisation trägt den Namen "Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG)" (vgl. bereits Abschnitt 2.1.1.).

Der vom IFSH erarbeitete Entwurf wurde zur kritischen Kommentierung und Bewertung international ausgewiesenen Experten aus Wissenschaft und Politik für internationale und europäische Sicherheit vorgestellt. Die Diskussion im Kreise der Experten und deren Beurteilung sollten es erlauben, eventuelle Defizite des Entwurfs zu beseitigen, notwendige Ergänzungen und Korrekturen vorzunehmen und Unklarheiten zu beheben, um den Entwurf nach seiner Überprüfung als in sich schlüs-

siges und realisierbares Modell für ein europäisches System Kollektiver Sicherheit präsentieren zu können.

Drei Fragenkomplexe zu a) der Einordnung des ESG-Entwurfs in den Gesamtzusammenhang europäischer Sicherheitspolitik, b) der Beurteilung der einzelnen Elemente des Modell im Detail und c) der Gesamtbeurteilung der Realisierbarkeit des Konzepts strukturierten die Konferenz und die Diskussion.

Die kritische Kommentierung und Bewertung des vorgelegten Entwurfs durch die internationale Expertenrunde haben die "Arbeitsgruppe Europäische Sicherheit" in der Grundidee bestätigt und darüber hinaus in die Lage versetzt, konstruktive Änderungs- und Ergänzungsvorschläge in die interne Diskussion aufzunehmen und zu einem erheblichen Teil in die Studie zu integrieren.

Die Studie wurde im April 1993 unter dem Titel "Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 75) veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.

Teilnehmer der Konferenz waren:

Botschafter Jonathan Dean, Arms Control Experte der Union of Concerned Scientists, Washington, D.C., USA/langjähriger Leiter der amerikanischen Delegation bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen;

Botschafter Dr. Valentin Falin, von 1988 bis 1991 Leiter der Internationalen Abteilung im Zentralkomitee der KPdSU/Sowjetischer Botschafter in der Bundesrepublik von 1971 bis 1978;

Prof. Dr. Jean Klein, Maitre de Recherche am Institut Français des Relations Internationales, Paris/außen- und sicherheitspolitischer Berater der französischen Regierung;

Botschafter John Kornblum, seit 1991 Repräsentant der Vereinigten Staaten von Amerika bei der KSZE/vormals Stellvertretender Repräsentant der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO, Brüssel, (von 1987 bis 1991);

Prof. Dr. Adam D. Rotfeld, Direktor des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)/vormals Abteilungsleiter am Polnischen In-

stitut für Internationale Angelegenheiten, Warschau, bis 1991;
Prof. Dr. Jiri Valenta, Direktor des Institute for International Relations,
Prag/vormals Berater des Außenministers der ehemaligen CSFR.

Ferner nahmen teil: der Direktor des IFSH, Prof. Egon Bahr, der
Stellvertretende Wissenschaftliche Direktor, Dr. Dr. Dieter S. Lutz, so-
wie die Mitglieder der Arbeitsgruppe "Europäische Sicherheit".

2.2.2. Arbeitskreis "Völkerrecht und Friedensordnung"

Das Ende des Ost-West-Konflikts eröffnet Chancen der Friedensgestaltung in einem Ausmaß, das bislang als Utopie erschien. Entsprechend groß und neu zugleich sind die Möglichkeiten und Aufgaben, die es zu bewältigen gilt. Das ist in erster Linie Sache der aktuellen Politik. Gefordert ist aber auch und gerade die Wissenschaft, darunter besonders diejenigen Wissenschaftszweige, zu deren Forschungsgegenstand Frieden gehört. Gemeint sind Friedensforschung und Völkerrecht: Von ihnen kann das Zusammenspiel mit der Politik, aber auch die - bislang vernachlässigte - Kooperation untereinander verlangt werden. Die Entwicklung des Völkerrechts und seine Umsetzung kann nicht allein den Juristen überlassen werden. Und auch die Friedensforschung ist und bleibt eine interdisziplinäre Aufgabe.

Was aber ist der interdisziplinäre "Kooperationsgegenstand"?

Frieden wird als die Abwesenheit von Gewalt, insbesondere als die Abwesenheit von Kriegen, definiert. Entsprechend versteht sich Friedensforschung als der methodisch gelenkte Versuch, nach den Ursachen von Gewalt, insbesondere von Kriegen, zu fragen und nach Wegen ihrer Überwindung zu suchen.

Nach Art. 1 Abs. 2 der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sind die Menschenrechte die Grundlage von Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Sind Grundlage des Friedens aber die Menschenrechte, so kann sich Friedensforschung nicht lediglich auf die Abwesenheit von Kriegen zwischen Staaten beziehen, sondern muß sich in einem weiteren Sinne aus der Existenzhaltung und -entfaltung der Menschen bestimmen.

Das Völkerrecht ist die Rechtsordnung, die in erster Linie zwischen Staaten gilt, den "Normalpersonen" des Völkerrechts oder Hauptvölkerrechtssubjekten. Menschen oder Volksgruppen unterliegen stets der Gebietshoheit desjenigen Staates, auf dessen Hoheitsgebiet sie sich befinden. Kaum ein anderer Regelungsbereich des Völkerrechts berührt deshalb die Domäne des verfassungsautonomen Staates intensiver als der völkerrechtliche Individualschutz. Er bedeutet nämlich, daß der Staat sein Verhalten gegenüber den auf seinem Hoheitsgebiet befindlichen Menschen nicht nach eigener politischer und rechtlicher Entscheidung

gestalten kann. Völkerrecht ist also heute nicht länger bloßes Staatenrecht. Zumindest sind Ansätze unverkennbar, die es rechtfertigen, vom Völkerrecht als einem Recht im Wandel - weg von einem Recht der Staaten hin zu einem Recht der Völker und Menschen - zu sprechen. Noch allerdings steht dieser Wandel erst am Anfang. Er muß beschleunigt werden; er verdient systematische und umfassende Förderung. Was aber heißt "Wandel des Völkerrechts"? Brauchen wir ein revolutioniertes oder ein reformiertes Völkerrecht? Zeichnet sich eine "kopernikanische Wende" des Völkerrechts ab? Oder enthält das Völkerrecht nicht mittlerweile eine derartige Fülle von Regeln, daß man verschiedentlich von der Gefahr einer Überregelung sprechen muß? Tut also nicht ein neues Völkerrecht, sondern vielmehr die tatsächliche Anwendung und Umsetzung des bisherigen Rechtes not?

Mehr noch: Frieden ist friedlicher Wandel. Selbst eine bloße Wende in der Interpretation des Völkerrechts fordert aber ein neues Verständnis des Prinzips der staatlichen Souveränität und der Nicht-Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten. Wenn aber das Prinzip der Einmischungsverbot (mittlerweile auch in der KSZE) ins Wanken gerät, ja sogar als nicht mehr zeitgemäß und überholt angesehen wird, dann stellt sich dringend die Frage, welcher Handlungsmittel sich die internationale Gemeinschaft bedienen darf. Ist Einmischung möglich unter den Vorzeichen friedlichen Wandels? Aufgabe des auf Initiative von Dieter S. Lutz gegründeten Arbeitskreises "Völkerrecht und Friedensordnung" wird der Versuch sein, diese und eine Reihe ähnlicher Fragen zu einem Katalog zu ergänzen, zu präzisieren, ggf. zu verwerfen und schließlich im interdisziplinären Zusammenspiel zu beantworten.

Neben einer Reihe von Einzelgesprächen fanden 1992 und 1993 Treffen des Arbeitskreises in Bonn, Kiel und Bochum statt. Einlader waren die Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Zu den Gesprächsteilnehmern gehörten - in wechselnder Besetzung - u.a.: Prof. Dr. Michael Bothe, Frankfurt am Main; Dr. Horst Fischer, Bochum; Prof. Dr. Martina Haedrich, Jena; Prof. Dr. Klaus Hüfner, Berlin; Prof. Dr. Knut Ipsen, Bochum; Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Hamburg; Prof. Dr. Volker Rittberger, Tübingen; Prof. Dr. Rainer Tetzlaff, Hamburg; Dr. Helga Timm, Bonn; Prof. Dr. Christian Tomu-

schat, Bonn; Dr. Hermann Weber, Hamburg; Dr. Volker Weyel, Bonn; Prof. Dr. Rüdiger Wolfrum, Kiel.

Das IFSH hat mittlerweile - als Arbeitspapier - Heft 59 der Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik unter dem Titel "Völkerrecht und Friedensordnung - Diskussionsbeiträge" (Hrsg. Dieter S. Lutz) vorgelegt. Ferner wurde von Hans-Joachim Heintze eine Expertise erstellt, die unter dem Titel "Selbstbestimmungsrecht der Völker und Minderheitenschutz" als Buch erscheinen wird. Geplant ist schließlich ein Sammelband, der die Ergebnisse der Diskussionen als Aufsätze wiedergeben soll.

2.2.3. Internationales Symposium "Unsere Gemeinsame Zukunft" am 2./3. Dezember 1993

Im Berichtszeitraum 1993 lag u.a. auch der 50. Jahrestag der "Operation Gomorrha", der Verwüstung Hamburgs durch Luftangriffe im Juli 1943. Das IFSH nahm diesen Jahrestag zum Anlaß, um in enger Kooperation mit dem Senat der Freien und Hansestadt ein Internationales Symposium durchzuführen. Im Gedenken an die Opfer des "Feuersturms über Hamburg" sollte bewußt der Blick nach vorn gerichtet werden. Der Titel des Internationalen Symposions lautete entsprechend: "Unsere Gemeinsame Zukunft - 1943-1993-2043."

Den ersten Teil des Symposions bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema "Europäische Sicherheitsgemeinschaft". An der Diskussion (Moderation: Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des IFSH), in die auch das Auditorium eingriff, nahmen teil: Prof. Egon Bahr, Wissenschaftlicher Direktor des IFSH; General Hans Hübner, Stellvertretender Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg; Botschafter Dr. Günther Joetze, Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Wien, und Botschafter a.D. Prof. Jonathan Dean, Union of Concerned Scientists, Washington.

Erbeten war eine kritische Würdigung des vom IFSH entworfenen und im Frühjahr 1993 der Öffentlichkeit vorgestellten friedenspolitischen Modells einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG) (vgl. bereits Abschnitte 2.1.1 und 2.2.1). Die Diskussionsteilnehmer bescheinigten dem ESG-Konzept prinzipielle Brauchbarkeit und Nützlichkeit. Die kurzfristige Realisierungschance wurde teilweise allerdings auch mit Skepsis betrachtet. Der Ansatz jedenfalls könnte die Grundlage einer breiten Debatte über eine alternative sicherheitspolitische Architektur abgeben, die imstande sei, die evidenten Mängel der existenten Sicherheitseinrichtungen zu kompensieren.

Diskutiert wurde insbesondere die Notwendigkeit der Gründung einer gänzlich neuen Organisation: Die KSZE habe sich in den letzten Jahren so vielversprechend entwickelt, daß sie einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft als Ausgangsbasis dienen könne, gleichviel, in welcher Gestalt die KSZE in eine ESG übergeführt werde bzw. in welcher Form

eine ESG zu einem zentralen Bestandteil der KSZE würde. Als weitere Alternative wurde der gleichzeitige Ausbau von KSZE und NATO ins Spiel gebracht: Diese Institutionen seien existent und funktionsfähig, während eine ESG zunächst eine zeitraubende Gründungs- und Aufbau-phase durchlaufen müsse. Allerdings könnten die existenten Sicherheitsorganisationen in jedem Falle vom ESG-Modell lernen und zumindest seine funktionalsten Elemente für sich übernehmen.

Um das fundamentale Dilemma der Sanktionierbarkeit von Nuklearmächten käme - wie jedes System kollektiver Sicherheit - auch die ESG nicht herum. Eine Strategie zur Behebung dieses strukturellen Defizits sei nicht in Sicht. Dem wurde entgegengehalten, daß das ESG-Konzept sich - dieses Problems eingedenk - ausdrücklich auf den Bereich der konventionellen Sicherheit beschränke, wie es ohnehin nicht alle europäischen Probleme bewältigen könne. Andere Organisationen seien dazu allerdings noch weniger imstande.

Auch die regionale Beschränkung der ESG werfe die typischen Fragen auf, die auf alle nicht globalen Organisationen zuträfen. Einerseits sei das Verhältnis zur UNO als weltweiter Einrichtung kollektiver Sicherheit zu klären; andererseits bestehe erheblicher Diskussionsbedarf im Hinblick auf die Außenfunktion der ESG, deren analytische und operative Behandlung im ESG-Entwurf zu kurz käme: Was sei mit dem Schutz der Interessen gewisser ESG-Staaten bzw. der Gesamtorganisation außerhalb des Geltungsbereichs der ESG-Normen und ihres geografischen Aktionsfeldes?

Kritische Unterstützung erfuhr das ESG-Modell aus den Reihen des Publikums. Während vom Podium zu hören war, daß nichtmilitärische Maßnahmen in ihrer Wirksamkeit nur überschätzt werden könnten, kam aus dem Auditorium die Mahnung, sich im Rahmen kollektiver Sicherheitspolitik generell weniger auf Gewaltanwendung zu verlassen und nichtmilitärischen Strategien den Vorzug zu geben, abgesehen vielleicht von Aktionen mit dem Charakter von Polizeieinsätzen.

Den Höhepunkt des Symposions bildete sicherlich sein zweiter Teil: der Vortrag des Bundespräsidenten Dr. Richard von Weizsäcker (vgl. auch noch Abschnitt 5.5).

Bereits der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Henning Voscherau, hatte in seiner Eröffnungsrede bzw. seiner Begrüßung des Bundespräsidenten auf die Aktualität einer Vielzahl gewalt-samer Konflikte hingewiesen. Das geeinte und souveräne Deutschland habe nun die Möglichkeit, die Pflichten aus der UNO-Charta in vollem Umfang mitzutragen, "d.h. die Trias Konfliktprävention-Friedenssicherung-Friedensschaffung." Dies setze jedoch voraus, deutsche Interessen und den Anteil an gemeinsamer Verantwortung zu definieren und in jedem einzelnen Fall zum prüfenden Maßstab zu erheben.

Dieser Gedanke fand seine Fortsetzung in dem Vortrag des Bundespräsidenten, Dr. Richard von Weizsäcker, die er zum Thema deutscher außenpolitischer Interessen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hielt. Deutschland wachse in einer Situation größeres Gewicht und Verantwortung zu, da die nördliche Halbkugel in ein neues Zeitalter eintrete, geprägt von postreligiöser und postideologischer Ratlosigkeit, nicht frei von Illusionen, aber ohne Ideale und Visionen, auf der Suche nach Orientierung. Als interessenleitende Maximen deutscher Außenpolitik benannte der Bundespräsident Stabilität, die Offenheit der Handelsgrenzen sowie die Mitverantwortung für das Überleben in der Welt.

Das Ziel bleibe unverändert: Sicherheit für ganz Europa. Aber: "Wir haben bisher kein gesamteuropäisch funktionierendes Sicherheitssystem". Die darauf gestützte Mahnung v. Weizsäckers, strukturelle Wandlungen in den funktionierenden Institutionen zur Sicherheit behutsam vorzunehmen, ging mit der Feststellung der für alle europäischen Staaten gleichermaßen gültigen Herausforderung einher, den jeweils näheren Nachbarn eine konkrete Aussicht auf partnerschaftliche Strukturen der Sicherheit geben zu müssen. "Für langfristig bedeutsam", so der Bundespräsident in diesem Zusammenhang wörtlich, "halte ich aber ganz nachdrücklich alles, was uns auf dem Weg der kollektiven Sicherheit voranbringt" und "die Gewaltoption kann nicht ein Monopol einzelstaatlicher Verfügungsmacht bleiben. Bis dahin ist noch ein sehr weiter Weg. Aber Stabilität um uns herum macht die Perspektive einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft dringend erforderlich." Ein solcher Zusammenschluß müsse sowohl neue Elemente einer Völkerrechtsgemeinschaft in sich vereinen, als auch wirksame Instrumente zu ihrer Durchsetzung entwickeln. Es sollte im Zentrum deutscher Interessen liegen, vorrangig auf diesen Gebieten konzeptionell und operativ für Fortschritte zu sorgen.

Den Ausgleich zwischen Nord und Süd ohne die Zerstörung der Natur bezeichnete der Bundespräsident schließlich als die "wichtigste Aufgabe der nächsten fünfzig Jahre." Deutschland sei berufen und gefordert, mit Blick auf die Wirklichkeit der Welt berechenbare Prioritäten klar zu definieren und kontinuierlich zu verfolgen. Mit Nachdruck formulierte er dabei die auch dem IFSH-Konzept der Europäischen Sicherheitsgemeinschaft zugrundegelegte Einsicht, daß "heute vor allem konzeptionelle, inhaltliche Vorstöße zu neuem globalen Denken und Handeln " notwendig seien. "Erddpolitik" (Ernst Ulrich v. Weizsäcker) und Außenpolitik dürfen nicht zueinander in Widerspruch geraten. Die Globalisierung der Problemfelder weise der Organisation der Vereinten Nationen unvermeidlich eine wichtige Schlüsselfunktion zu, welche diese nur dann werde erfüllen können, wenn sie von der Vielzahl regionaler Probleme, mit denen sie gegenwärtig befaßt ist, entlastet wird. Von großer Bedeutung sei daher die "Stärkung leistungsfähiger regionaler Strukturen in der Welt."

Interessenpolitik, so der Bundespräsident abschließend, müsse zum Ursprung des Interessenbegriffs zurückfinden, in dessen Bedeutung von Teilnahme, von Zuwendung und Aufmerksamkeit, vom Verständnis und daher von der Gemeinsamkeit der Ziele.

Der dritte Teil des Symposions "Unsere Gemeinsame Zukunft" widmete sich den globalen Herausforderungen und suchte vor diesem Hintergrund Antworten auf die künftige Rolle Deutschlands in der Welt. Dabei wurde deutlich: Über die existentiellen Risiken, Bedrohungen und Gefahren für die Menschheit und die Erde herrscht zwar ein weitgehend übereinstimmendes Bewußtsein. Die Konzepte, Modelle und Vorschläge, den Herausforderungen wirksam zu begegnen, sind jedoch unzureichend operationalisiert, ja wirken zum Teil verwirrend.

Senator Peter Zumkley hob in seiner Einführung besonders die Rolle der Friedensforschung bei der Bewältigung der o. gen. Probleme hervor. Ihre Arbeit beinhalte nicht nur eine akademische Auseinandersetzung. Sondern, so Zumkley wörtlich: "Ihre Aufgabe liegt vielmehr darin, in unterschiedlichsten Zusammenhängen ihren Beitrag zur Förderung einer friedlichen Entwicklung in Europa und der Welt zu leisten. Die Hilfestellung insbesondere für die neuen Demokratien Osteuropas und der Staaten der ehemaligen UdSSR ist dabei ein nicht zu unterschätzender

Beitrag. Lassen Sie mich deshalb mit einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IFSH schließen."

Über die Ursachen der existenzbedrohenden globalen Probleme, die methodologischen Schwächen naturwissenschaftlichen und technischen Denkens, den Wachstumsfetischismus und technologischen Fortschritt spätestens seit dem Zeitalter der Aufklärung konnte zwischen der Referentin und den Referenten unterschiedlicher Disziplinen (Physik: Prof. Dr. Klaus Traube, Medizin: Dr. Till Bastian, Chemie: Prof. Dr. Armin Reller, Informatik: Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer, Bevölkerungsentwicklung und Ökonomie: Dr. Horst Afheldt, Dr. Jürgen Heinrichs, Prof. Dr. Kurt Tudyka und Politikwissenschaft: Prof. Dr. Dieter Senghaas, Prof. Dr. Rainer Tezlaff) rasch ein Konsens gefunden werden. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die wissenschaftliche Analyse von existentiellen Risiken, Bedrohungen und Gefahren den Blick heute primär auf Probleme der Meßbarkeit und Prognose von Risiken sowie auf die Frage der Verantwortung für die Schäden richtet. All diese Versuche können jedoch die Einsicht kaum mehr verdrängen, daß Lösungsansätze (Weltinnenpolitik oder Weltordnungspolitik) entweder wirtschaftlich oder politisch nicht umsetzbar scheinen oder zu kurz greifen (naturwissenschaftliche Berechnungen komplexer Systeme, Technologiefolgenabschätzung).

Die Konzepte, Modelle und Vorschläge der Referenten machten deutlich, daß "politischer Wille, Tatkraft und Instrumente der Sicherheitspolitik" (Admiral a.D. Dieter Wellershoff) offensichtlich an schwer zu überwindende Grenzen geraten sind. Die vorgestellten Lösungsvorschläge waren entweder globaler Natur wie der eines "zivilisatorischen Hexagons" zur Lösung weltweiter Koexistenzprobleme (Prof. Dr. Dieter Senghaas), zudem fehlte es an einer Operationalisierung, oder sie waren regional konzipiert und bezogen sich auf die überkommenen Sicherheitsstrukturen (KSZE, NATO, EU etc.) und Instrumente (Völkerrecht, Umwandlung von Militär in Polizei, Aufwertung von nichtstaatlichen Organisationen, Prof. Dr. Knut Ipsen; multinationale schnelle Eingreiftruppen, General a.D. Gerhard Wachter) mit den bekannten Defiziten. Hier scheint noch erheblicher Vermittlungsbedarf von globalem Denken und regionalem Handeln erforderlich.

Ohne die globalen Probleme verdrängen zu wollen, machten jedoch vor allem die Ex-Botschafter der ehemals antagonistischen Mächte des Kalten Krieges Dr. Valentin Falin und Prof. Jonathan Dean auf die anhaltende Bedrohung durch das vorhandene Nuklearwaffenpotential, insbesondere die Proliferationsgefahr und die fortdauernde Notwendigkeit der Anerkennung des Gewaltverzichts in den internationalen Beziehungen aufmerksam. Prof. Egon Bahr bekräftigte ihre Bedrohungsanalysen und wies auf den Forschungsbedarf angesichts der häufig übersehenen Gefahr der qualitativen Rüstungsmodernisierung hin. Im Bereich der neuen Technologien würde unter größter Geheimhaltung bereits an exotischen Waffensystemen gearbeitet. Hier liege nach wie vor ein wichtiges Forschungsgebiet für die Friedensforschung.

Angesichts der schwer beschreibbaren Handlungsoptionen gegenüber den globalen Bedrohungen konzentrierte sich die Diskussion um die Erwartungen an das wiedervereinte Deutschland auf die greifbaren sicherheitspolitischen Aspekte. Von der aktuellen Debatte um die nationalen Interessen Deutschlands im Zusammenhang mit der Diskussion um den Bundeswehreinsatz wird erwartet, daß Parteien, Wissenschaft und Publizistik auf einen Konsens hinarbeiten, der die Berechenbarkeit Deutschlands gewährleistet. Eine starke Wirtschaftsmacht in Europa wird allgemein begrüßt, zugleich aber von verschiedener Seite hervorgehoben, daß die Nachbarn damit nicht einen Machtstaat, sondern einen zivilen Rechtsstaat vor Augen haben (Prof. Dr. Helmut de Lange, Prof. Dr. Theodor Leuenberger, Prof. Dr. Marian Dobrosielski). So versprechen sich auch demokratische Kräfte in Afrika von einer solchermaßen konstruktiven Rolle Deutschlands als potentiellem ständigen Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vergrößerte Möglichkeiten selbst Einfluß auf die Politik der Weltorganisation zu erhalten (Dr. Emeka Nwokedi). In welchem hohem Maße eine globale Rolle Deutschlands heute die Abstimmung mit den europäischen Nachbarn voraussetzt, machte Prof. Dr. Jean Klein deutlich: Deutschland sollte primär zu einer Stärkung der europäischen Integration auf der Basis der gewachsenen deutsch-französischen Beziehungen beitragen. In diesem außergewöhnlich engen und daher besonders zukunftsweisenden Verhältnis werden jedoch auf französischer Seite Ansätze zu deutschen Alleingängen sehr sensibel wahrgenommen.

Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld gelang es in seinem Beitrag dennoch, die zahlreichen Unwägbarkeiten, Bedrohungen und Belastungen von einer veränderten Blickrichtung her auf ein anderes Niveau zu heben. Er warnte vor allzu simplifizierenden Schlußfolgerungen, die aus vereinfachten Modellen, voreiligen historischen Analogieschlüssen, nicht hinterfragten Perzeptionen und unkritischen Stereotypen abgeleitet würden. So hob er hervor, daß der Abbau von überkommenen Feindbildern zwischen Deutschen und Polen doch unerwartet rasch möglich gewesen sei. In diesem Zusammenhang wies er auf Untersuchungen hin, wonach manche Krisensituationen sich als leichter zu regeln erwiesen, als die Erwartungen der Befragten hätten schließen lassen. Es wäre zu hoffen, daß ein Quentchen dieser wissenschaftlichen Ergebnisse auch auf die komplexe und chaotische Undurchsichtigkeit der globalen Bedrohungen zuträfe.

Beiträge und Diskussionen der Teilnehmer des Symposions werden in die künftige Arbeit des IFSH einfließen. Die Vorträge werden in zwei Sammelbänden veröffentlicht werden.

2.3. Friedensgutachten 1993

Viel Schatten, wenig Licht, registriert das neue Friedensgutachten im Berichtsjahr 1992/93. Unter den wenigen positiven Vorgängen erscheint bezeichnenderweise die Aufteilung der Tschechoslowakei - ein Akt gegen jede politische Vernunft, aber wenigstens in zivilisierter Form vollzogen. So dramatisch zurückgegangen sind die Maßstäbe und Erwartungen im Vergleich zur Aufbruchstimmung der Jahre 1989/90.

An der Spitze der negativen Entwicklungen steht erneut der Bürger- und Nationalitätenkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Vier Millionen Menschen auf der Flucht, eine viertel Million Kriegstote, Massenvertreibungen, Vergewaltigungen, das Aushungern wehrloser Städte, die Zerstörung einer moderaten islamischen Kultur, das ist die neue alte Realität der europäischen Zivilisation am Ausgang des 20. Jahrhunderts. Das übrige Europa hat zu keiner Zeit eine gemeinsame Konzeption verfolgt, um sein politisches Gewicht zur Konfliktverhütung und -eindämmung in die Waagschale zu werfen.

Die jugoslawische Tragödie steht nicht allein. Es gibt zahlreiche andere Schauplätze, an denen der Krieg Menschen brutalisiert und neue Opfer fordert. Der deutsche Beitrag zur internationalen Gewaltbilanz besteht im sprunghaften Anstieg rechtsextremistischer Anschläge von jährlich durchschnittlich weniger als 200 auf über 2 000 im Jahr 1992. 17 Todesopfer sind zu beklagen.

Das Friedensgutachten 1993 enthält 23 Fallstudien und Hintergrundanalysen über ausgewählte Konfliktzusammenhänge und strukturelle Friedensprobleme. Der Europa-Teil untersucht die Spannungen zwischen den Nationalitäten und die Schwierigkeiten der Transformation in Osteuropa sowie die Friktionen im westeuropäischen Einigungsprozeß und beim Aufbau gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen. Neue Themen globaler Bedeutung sind die Bevölkerungsentwicklung und die Rolle der Weltreligionen im Friedensprozeß. Im Kapitel über Abrüstung und Rüstungskontrolle werden auch die Militärplanung der NATO und die Weiterentwicklung der Rüstungstechnologie thematisiert. Am Anfang des Bandes erörtert ein aktueller deutschlandpolitischer Teil die offenen Fragen der inneren Stabilität und der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik.

Aus dem analytischen Ertrag des Friedensgutachtens werden Vorschläge und Empfehlungen gezogen. Sie wenden sich an die Verantwortlichen in der politischen Öffentlichkeit, in den Parteien und insbesondere an die Bundesregierung. Sie umfassen das gesamte Spektrum friedensrelevanter Handlungsfelder: die Weltwirtschaftspolitik, die internationale Umweltpolitik, Sicherheitspolitik auf globaler, regionaler und nationaler Ebene, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle sowie Aufgaben, die innenpolitisch gelöst werden müssen, wie z.B. die verfassungsrechtliche Fixierung der Rolle deutscher Streitkräfte. Dazu heißt es u.a.: "Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO, bei denen es zu Kampfhandlungen kommen kann, sollten entsprechend der Feststellung des Verteidigungsfalls der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des deutschen Bundestages bedürfen." (S.19)

Das Friedensgutachten 1993 ist das siebente, das die HSFK, Frankfurt, die FEST, Heidelberg, und das IFSH gemeinsam publizieren. Es wurde am 15. Juli der Bundespressekonferenz in Bonn vorgestellt und erfuhr breite Aufmerksamkeit in den Medien. Dreißig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben daran mitgearbeitet. Die Beiträge aus dem IFSH stammen von Egon Bahr, Hans-Georg Ehrhart, Hans-Joachim Gießmann, Konrad Klingenburg, Reinhard Mutz, Götz Neuneck, Ursel Schlichting und Angelika Spelten.

2.4. Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH

Neben den schriftlichen Publikationen (s. Abschnitt 4) besteht die Öffentlichkeitsarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH im wesentlichen in Aktivitäten wie Interviews, Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und ähnlichem mehr. Nach groben Schwerpunkten unterteilt, gibt die folgende Aufstellung diese Tätigkeiten im quantitativen Zugriff wieder.

Themen	Vorträge	Podiums- disk.	Tagun- gen	Inter- views	Gesamt
Aktuelle sicherheits- pol. Fragen	104	14	34	92	244
Regionale Konflikte	25	5	13	45	88
Friedens- forschung (auch IFSH)	4	3	7	5	19
Friedens- pädagogik	11				11
Neue Europ. Friedens- ordnung	24	7	16	6	53
Sonstiges	12	6	19	6	43
Gesamt	180	35	89	154	458

Auch 1993 gab es wieder eine große Anzahl von Anfragen an das IFSH. Medien traten mit zahlreichen Wünschen nach Interviews und Hintergrundinformationen an das IFSH heran. Die Schwerpunkte des Interesses lagen in diesem Jahr v.a. bei der Entwicklung in Osteuropa, speziell in Rußland, dem Krieg im zerfallenen Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten, dem Bürgerkrieg in Somalia und - nicht nur in diesem Zusammenhang - auf der Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der UNO (Blauhelm-Einsätze). Darüber hinaus fand auch die ESG-Studie des IFSH breite Beachtung. Zu nennen ist eine große Zahl von Anfragen zu Diskussionsveranstaltungen besonders von gesellschaftlichen Gruppen. Das IFSH bemühte sich, allen Anforderungen nachzukommen, wenngleich mittlerweile die Grenzen der personellen und zeitlichen Ressourcen als erreicht angesehen werden müssen.

Das IFSH empfing auch 1993 wieder eine Reihe ausländischer Gäste. Stellvertretend für die vielen anderen Besucher seien genannt: Prof. Trevor Taylor, Royal Institute of International Affairs, London; Herr Marek Rzeszotarski, Polnisches Generalkonsulat Hamburg; General Mercado Marrin, Peru; Herr Toshiya Nakamura, Kyodo News Service, Tokio; Prof. Jan Vogeler, Gorbatschow-Stiftung, Moskau; Herr Ernst Paul E. Weber, Chefredakteur O Estado de Sao Paulo, Brasilien; Prof. Song Jiashu und Prof. Min, Peking; Herr Ilan Amit, Weizmann-Institute, Israel (vgl. auch Abschnitt 2.1.2, der u.a. einen Teil der zahlreichen Besucher aus Osteuropa ausweist).

2.5. Die Arbeit der Pädagogin am IFSH 1993

Das IFSH vermittelt satzungsgemäß seine Arbeitsergebnisse an die Öffentlichkeit. Auch im Jahre 1993 unterstützte die Pädagogin, vom Amt für Schule seit 1987 an das IFSH abgeordnet, das Institut bei dieser Aufgabe. Durch diese personelle Verstärkung konnte das Institut dem Wunsch von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen nach pädagogisch aufbereiteter Information zu Problemen der Friedensforschung und Sicherheitspolitik nachkommen.

Nach wie vor besteht eine hohe Nachfrage nach der pädagogischen Vermittlungsarbeit der abgeordneten Lehrerin. 1993 standen im Mittelpunkt der Anfragen der Bürgerkrieg in Jugoslawien, der UNO-Einsatz in Somalia und die aktuelle Diskussion über die neue Rolle der Bundeswehr nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, insbesondere über Blauhelm- und Kampfeinsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebietes. Ein zweiter thematischer Schwerpunkt bestand in der Gefährdung des inneren Friedens in der Bundesrepublik angesichts der politischen und sozialen Verwerfungen in Osteuropa und in der Dritten Welt mit dem Ergebnis vermehrter Einwanderung in die Bundesrepublik.

Inzwischen gibt es einen Stamm von Schulen Hamburgs sowie des Hamburger Umlandes, die mit ihren Lerngruppen das Angebot des IFSH an Information über aktuelle Themen aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik regelmäßig nutzen. Es handelt sich in der Mehrzahl um Grund- und Leistungskurse des Faches Gemeinschaftskunde aus der Oberstufe von Gesamtschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen sowie um Projektgruppen. Daneben nutzen vermehrt auch Mittelstufenkurse im Fach Ethik das Angebot des IFSH. Nach wie vor suchen Schüler die Beratung der Pädagogin bei der Materialsuche und der Anfertigung von Referaten und Jahresarbeiten. Darüber hinaus beriet sie Fachvertreter bei der Organisation von schulischen Projekttagen zum Thema Frieden und Sicherheit.

Die Pädagogin wirkte auch 1993 wieder an den einjährigen Weiterbildungsseminaren des Instituts für Lehrerfortbildung in den Fächern Gemeinschaftskunde und Geschichte (Zeitgeschichte) mit. Im Mittelpunkt dieser Seminare standen die aktuelle Debatte um die Rolle der Bundesrepublik bei der Bewältigung von internationalen Krisen und Konflikten

nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sowie die Vorschläge des IFSH zur Neuorganisation europäischer Sicherheit im Rahmen einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG).

2.6. Lehrtätigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts führten die folgenden Lehrveranstaltungen durch:

Wintersemester 1992/93:

1. Universität Hamburg
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
2. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Seminar "Der Golfkrieg - Ursachen, Folgen, Perspektiven" (Dieter S. Lutz)
3. Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)
Gastvorlesung: "Perestroika und Europa" (Valentin Falin)

Sommersemester 1993

4. Universität Hamburg
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
5. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Seminar "Nach dem Ost-West-Konflikt: Der 'Fall Jugoslawien'" (Dieter S. Lutz)

Wintersemester 1993/94

6. Universität Hamburg
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)

7. **Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Seminar
"Endzeit: Alptraum oder Wirklichkeit? Probleme einer Weltin-
nen- und Nachweltpolitik" (Dieter S. Lutz)

Dr. Dr. Dieter S. Lutz wurde im Herbst 1993 nach erfolgter Habilitation zum Privatdozenten an der Universität Hamburg ernannt. Er wird künftig am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität lehren.

2.7. Personalia

Im Jahr 1993 wurden am IFSH eine wissenschaftliche Hilfskraft, eine Diplom-Bibliothekarin und eine studentische Hilfskraft eingestellt. Im gleichen Zeitraum verließen das Institut eine wissenschaftliche Referentin, zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, eine studentische Hilfskraft und eine Sekretärin. Über das Jahr waren zwei ausländische Fellows zu einem Forschungsaufenthalt Gast des IFSH; zwei weitere Fellows erarbeiteten Kurzstudien für das Institut.

Ein wissenschaftlicher Referent konnte einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt am Center of International Relations der Queens University, Kingston/Ontario in Kanada wahrnehmen.

Zur Zeit arbeiten am IFSH der Direktor, der Stellvertretende Direktor, fünf wissenschaftliche Referentinnen und Referenten, vier wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine Öffentlichkeitsreferentin, zwei abgeordnete Beamte, zwei wissenschaftliche Hilfskräfte, zwei studentische Hilfskräfte sowie sieben nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Institutsangehörige:

Institutsleitung:

Wiss. Direktor: Prof. Egon Bahr
Stv. Wiss. Direktor: Dr. Dr. Dieter S. Lutz

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Dr. Hans-Georg-Ehrhart
Dr. Erwin Müller
Dr. Reinhard Mutz
Götz Neuneck, Dipl.-Phys.
Ursel Schlichting, M.A.
Dr. Claudia Schmid

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:

Dr. Hans-Joachim Gießmann
Dr. Thorsten Görrissen
Dr. Lothar Gutjahr
Dr. Otfried Ischebeck
Sabine Jaberg, M.A.
Konrad Klingenburg, Dipl.-Pol.
Anna Kreikemeyer, M.A.
Thomas Wehner, Dipl.-Pol.

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordnete Pädagogin:

Dr. Margret Johannsen-Seidemann

Abgeordnete der Streitkräfte:

Major i.G. Jörg Barandat
Major i.G. Peter-Michael Zenk

Fellows:

Dr. Valentin Falin/Rußland
Prof. Dr. Emeka Nwokedi/Nigeria
Dr. Alexander Ryzhenkov/Rußland
Prof. Dr. Kurt P. Tudyka/Niederlande

Wissenschaftliche Hilfskräfte:

Matthias Karadi, Dipl.-Pol.
Angelika Spelten, Dipl.-Pol.

Studentische Hilfskräfte:

Stefani Halle
Tina Kamp
Sönke Richardsen

Sekretärinnen:

Heike Donau-Erbslöh
Heike Maurer
Gabriele Mayring
Gunda Meier
Heinke Peters

Bibliothek:

Anke Roering, Dipl.-Bibl.

Dokumentation:

Dagmar Otto, Wiss. Dokumentarin

Verwaltung:

Heidemarie Bruns

2.7.1. Nachwuchsförderung

Das IFSH fördert bereits über viele Jahre hinweg nachdrücklich den wissenschaftlichen Nachwuchs. Traditionell erfolgt Nachwuchsförderung über die Mitarbeit studentischer Hilfskräfte, gegebenenfalls auch über die Mitarbeit von examinierten oder diplomierten Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen im Rahmen von Drittmittelprojekten. Das IFSH bildet darüber hinaus schulische und studentische Praktikanten aus, bietet Rechtsreferendaren ein erstes Praxis- und Betätigungsfeld, besetzt neben den studentischen Hilfskräften zwei Stellen mit wissenschaftlichen Hilfskräften, wirbt zusätzliche Mittel für Stipendiatenstellen ein und hat schließlich (mit Zustimmung von Kuratorium und Hochschulamt) eine Referentenstelle in zwei Nachwuchswissenschaftler/innen-Stellen aufgeteilt.

Als besonderer Erfolg im Berichtszeitraum kann angesehen werden, daß vier Nachwuchswissenschaftler/innen des IFSH, darunter zwei Frauen, ihre Promotion abgeschlossen haben. Die Arbeiten wurden in allen vier Fällen mit Auszeichnung (sehr gut) bewertet.

2.7.2. Praktika

Im Rahmen seiner traditionell intensiven Nachwuchsförderung bietet das IFSH Studentinnen und Studenten auch die Gelegenheit zur Absolvierung eines Praktikums, ein Angebot, von dem mittlerweile stark Gebrauch gemacht wird: 1993 konnten 17 Praktikantinnen und Praktikanten im IFSH hospitieren. Sie bescheinigen dem Institut ausnahmslos, ihnen einen interessanten und fruchtbaren Aufenthalt ermöglicht zu haben.

Die Praktikantinnen und Praktikanten bewerben sich teils aus eigener Initiative, teils aufgrund universitärer Studienordnungen, die Praktika als verbindliches Element des Studiengangs vorschreiben. Das IFSH wird in diesem Zusammenhang auch als Ausbildungseinrichtung anerkannt, z.B. von der Referendarausbildungsstelle des Hamburger Oberlandesgerichts.

Unter den studentischen Gästen des IFSH dominieren angehende Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler. Das Fach Politikwissenschaft ist besonders stark vertreten. An zweiter Stelle liegt die rechtswissenschaftliche Disziplin mit dem Schwerpunkt Völkerrecht. Der Frauenanteil entspricht dem an den Universitäten. Bewerbungen aus dem Ausland nehmen zu, einerseits von deutschen Studentinnen und Studenten, die an ausländischen Universitäten studieren, andererseits von Studierenden aus Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

Ein Praktikum besteht u.a. aus der Mitwirkung in Bibliothek und Dokumentation des IFSH, der Teilnahme an den Diskussionsrunden im Hause und der Anfertigung einer dem Ausbildungsstand entsprechenden schriftlichen Ausarbeitung unter Anleitung und Betreuung durch erfahrene Institutsmitglieder.

Die Praktika, die in der Regel mindestens sechs Wochen dauern, begründen kein Arbeitsverhältnis. Eine finanzielle Unterstützung von seiten des IFSH ist nicht möglich. Trotzdem häufen sich die Praktikumsbewerbungen derart, daß die Kapazitätsgrenzen mittlerweile erreicht sind bzw. zeitweise überschritten werden. Dennoch bemüht sich das IFSH weiterhin, die Zahl der Absagen so gering wie möglich zu halten.

2.8. Drittmittel und sonstige Finanzierungen

Das IFSH bemüht sich - über die Jahre hinweg kontinuierlich - um die Finanzierung von Mitarbeitern und Projekten außerhalb des regulären Institutsetats. Im Berichtszeitraum haben vier Mitarbeiter/innen ihre Tätigkeit am IFSH über Fremdfinanzierung aufnehmen bzw. fortführen können:

- VW-Stiftung: 2 Wiss. Mitarbeiter
- Bundesverteidigungsministerium: 1 abgeordneter Offizier
- Schulbehörde: 1 abgeordnete Lehrerin

Die international besetzte Konferenz "Europäische Sicherheitsgemeinschaft" wurde von der VW-Stiftung gefördert (vgl. auch Abschnitt 2.2.1).

Ferner wurde das Symposium des IFSH "Unsere Gemeinsame Zukunft" im Rahmen der Gedenkveranstaltungen zum fünfzigsten Jahrestag der Luftangriffe auf Hamburg vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg finanziell unterstützt.

Folgende Drittmittelanträge sind gestellt:

VW-Stiftung: Konferenzmittel für die geplante internationale Tagung "Zur Rolle des Peace-keeping in der sich herausbildenden neuen Welt(un)ordnung und seine Bedeutung für die Sicherheit Europas".

VW-Stiftung: Projekt "Cooperative Policies for Preventing and Controlling the Spread of Missiles and Nuclear Weapons - Policies and Perspectives in Southern Asia" (1 Wiss. Mitarbeiter und Sachmittel ab Januar 1994).

(Beide Anträge waren bei Redaktionsschluß positiv beschieden.)

2.9. Sonstiges

Der Buchbestand der *Bibliothek* erhöhte sich 1993 um 1266 Bände auf insgesamt 18 096 Bände. Zur Zeit werden 140 Zeitschriften fortlaufend gehalten. Die Arbeiten am Schlagwortkatalog wurden fortgeführt. Seit Mitte 1993 läuft die Umstellung der Bibliothekskataloge auf EDV.

In der *Dokumentation*, die seit 1981 nach einer Systematik mit 16 Haupt- und inzwischen ca. 160 Unterkategorien geführt wird, werden 12 Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet. Aus dem 'Article Alert Service', des Amerika-Hauses werden Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt und ebenfalls in die Systematik des IFSH eingearbeitet. Darüber hinaus werden 12 regelmäßig erscheinende Presse- und Informationsdienste von Ministerien, Botschaften sowie Publikationen anderer offizieller und inoffizieller Stellen archiviert.

Bibliothek und Dokumentation sind öffentlich zugänglich. Bücher, Zeitschriften und Zeitungsausschnitte sind reine Präsenzbestände. Kopiermöglichkeit ist vorhanden.

Das *Kuratorium* des IFSH tagte im Berichtszeitraum einmal. Es setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Staatsrat Hinrich Budelmann
Behörde für Wissenschaft und Forschung
- Hochschulamt -
(Vorsitzender)

Dr. Jürgen Lühje
Präsident der Universität Hamburg
(Stellv. Vorsitzender)

Prof. Dr. Gunnar Andersson-Lindström
Institut für Experimentalphysik

Dr. Johannes Bastian
Fachbereich Erziehungswissenschaft

Helmut Bilstein
Staatsrat a.D.
SPD-Hamburg

Dr. Hartmut Delmas
Fachbereich Sprachwissenschaften

Matthias Köhler
Studentenvertreter

Klaus Lattmann
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
CDU-Hamburg

Dr. Heinz Liebrecht
Staatsrat a.D.
F.D.P.-Hamburg

Prof. Dr. Heinz Renn
Institut für Soziologie

Prof. Dr. Rainer Tetzlaff
Institut für Politische Wissenschaft

Der *Wissenschaftliche Beirat* trat im Berichtszeitraum einmal zusammen. Beiratssitzungen finden in der Regel im Zweijahresturnus statt. 1993 gehörten dem Wissenschaftlichen Beirat an:

Prof. Dr. Marian Dobrosielski
Universität Warschau
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Vojin Dimitrijevic
Universität Belgrad

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr
Werner-Heisenberg-Institut für Physik,
München

Prof. Dr. Jean Klein
Institut Français des Relations Internationales, Paris

Prof. Dr. Theodor Leuenberger
Hochschule St. Gallen

Prof. Dr. Jiri Valenta
Institute of International Relations, Prag

Der *Institutsrat* trat im Berichtszeitraum zu 6 Sitzungen zusammen.

3. Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Egon Bahr/Dieter S. Lutz

- Gemeinsame Sicherheit/Kollektive Sicherheit

Jörg Barandat

- Das Wasser des Euphrat und Tigris - ein neues Pulverfaß?

Hans-Georg Ehrhart

- Zur friedenspolitischen Rolle der Europäischen Union im gesamteuropäischen Integrationsprozeß

Hans-Georg-Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Ursel Schlichting

- Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven haben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion?

Valentin Falin

- Umgestaltung: Idee, Ausführung, Fazit. Mögliche Konsequenzen des Zusammenbruchs der Sowjetunion für Europa

Hans-Joachim Gießmann

- Konversion - Probleme und Perspektiven untersucht am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Hans-Joachim Gießmann

- Militärische Sicherheit in Mitteleuropa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Thorsten Görrissen

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung als Problem äußerer Sicherheit und Gegenstand internationaler Politik

Lothar Gutjahr

- Definitionen nationaler Sicherheit: Idealtypische Reaktionen auf den Wandel in Europa seit 1989 am Beispiel der britischen Labour Party

Sabine Jaberg

- Ein System der Kollektiven Sicherheit in und für Europa im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis

Margret Johannsen

- Amerikanische Nuklearwaffen in Europa. Funktion und Bedeutung im Spiegel der Kongreßdebatten über den INF-Vertrag

Konrad Klingenburg

- Vom Krisenmanagement zur Konfliktprävention - Herausforderung und Chance für die internationale Gemeinschaft nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Anna Kreikemeyer

- Einbeziehung Rußlands in den gesamteuropäischen Integrationsprozeß. Das Beispiel des Europarates (1989-1993)

Anna Kreikemeyer

- Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion (1993-1995)

Erwin Müller

- Ein System Kollektiver Sicherheit (SKS) als Basis einer Neuen Europäischen Sicherheitsordnung

Reinhard Mutz

- Europäische Sicherheit nach dem Zerfall der Blockordnung und die sicherheitspolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland

Götz Neuneck

- Die Diffusion von Hochtechnologie und ihre Auswirkungen auf die globale und regionale Rüstungsdynamik

Ursel Schlichting

- Nationalitätenkonflikte und politischer Systemwechsel in der ehemaligen Sowjetunion

Claudia Schmid

- Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der "Dritten Welt" am Beispiel des Vorderen Orients

Bearbeiter: Egon Bahr / Dieter S. Lutz

Projekt: Gemeinsame Sicherheit/Kollektive Sicherheit

Kurzbeschreibung:

Gemeinsame Sicherheit ist die konzeptionelle und politische Alternative zur Abschreckung. Ihr liegt die Einsicht zugrunde, daß Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu haben ist. In den vergangenen Jahren hat das IFSH versucht, Gemeinsame Sicherheit theoretisch und konzeptionell zu entwickeln und eine Vielfalt der Probleme ihrer Umsetzung in die Praxis zu diskutieren. Überlegungen und Diskussionen haben ihren Niederschlag unter anderem in sechs Sammelbänden und einer Reihe weiterer Veröffentlichungen gefunden.

Gemeinsame Sicherheit hat ihre konzeptionelle Funktion erfüllt, wenn die Abschreckung überwunden und die Ablösung der Pakte und Blöcke erreicht ist. Gemeinsame Sicherheit ist insofern ein Regime des Übergangs.

Die Einsicht, die zur Gemeinsamen Sicherheit führt, besitzt auch nach den revolutionären Umbrüchen in der vormaligen Sowjetunion und in Ost- und Südosteuropa weiterhin ihre Gültigkeit. Grenzüberschreitende Gefahren, seien es militärische, seien es ökonomische, ökologische oder technologische, bedürfen auch nach Überwindung des Ost-West-Konfliktes und nach Ablösung der Pakte der (Einsicht zur) grenzüberschreitenden partnerschaftlichen Kooperation. Allerdings zielt Gemeinsame Sicherheit auf die Bewältigung der Bedrohung und Gefährdung des Friedens "lediglich" im Frieden. Was als Überlegung für den Normalfall, sprich: Frieden gilt, muß aber erst recht für den Ernstfall Gültigkeit besitzen, d.h. muß für den Krisen- und Kriegsfall fortentwickelt werden. Nukleare Strahlung z.B. kennt weder staatliche noch zeitliche Grenzen. Die Rationalisierung, die in der "gemeinsamen" Bewältigung von Gefahren liegt, endet deshalb nicht, wenn der Ernstfall eintritt. Im Gegenteil: Als Ansatz zur Bewältigung von Konflikten muß sich die Idee der "Gemeinsamen Sicherheit" gerade im Konfliktfall bewähren. Konsequenterweise gedacht, führt "Gemeinsame Sicherheit" somit langfristig zu einem "System Kollektiver Sicherheit".

Zu Beginn der neunziger Jahre bietet sich erstmals die Chance zur Realisierung des auch in der Logik Gemeinsamer Sicherheit liegenden Systems "Kollektiver Sicherheit". Ein solches regionales System Kollektiver Sicherheit findet sich im übrigen auch seit langem in einer Reihe von

Verträgen und Rechtsnormen. Zu ihnen gehören die Artikel 11 des vor- maligen Paktes der WVO, aber auch Artikel 52 ff. der Charta der Ver- einen Nationen und der Artikel 24 des Grundgesetzes der Bundesrepu- blik Deutschland.

Das Prinzip der Kollektiven Sicherheit ist also nicht gänzlich neu. Erst aber, wenn die Ergebnisse der Diskussion um Gemeinsame Sicherheit Eingang finden in die Überlegungen zur Schaffung eines Systems Kollektiver Sicherheit, besteht die berechtigte Hoffnung, daß sich die Probleme und Fehler von Völkerbund und UNO nicht wiederholen.

Im Berichtszeitraum standen im Mittelpunkt der Untersuchungen die Erarbeitung eines regionalen Modells kollektiver Sicherheit in und für Europa, einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft/ESG (vgl. auch be- reits Abschnitte 2.1.1 und 2.2.1). Daneben machte die Realität des Jahres 1993 die Bearbeitung einer Vielzahl von Detailfragen erforderlich, dar- unter insbes. das Problem des Einsatzes der Bundeswehr "out of area".

Wissenschaftliche Kooperation:

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)

Moskauer Staatliches Institut für Internationale Beziehungen beim Au- Benministerium der Russischen Föderation

Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum

Union of Concerned Scientists, Washington D.C.

Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Veröffentlichungen zum Thema:

- Dieter S. Lutz, Sicherheit 2000. Gemeinsame Sicherheit im Über- gang vom Abschreckungssystem zu einem System Kollektiver Si- cherheit in und für Europa, Baden-Baden 1991.
- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frie- den - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensfor- schung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993.
- Dieter S. Lutz, Deutschland und die Kollektive Sicherheit. Politi- sche, rechtliche und programmatische Aspekte, Opladen 1993.

Bearbeiter: Jörg Barandat

Projekt: Das Wasser des Euphrat und Tigris - ein neues Pulverfaß?

Kurzbeschreibung:

Ist von Konflikten um knappe Ressourcen die Rede, drängt sich im allgemeinen zunächst der Begriff Erdöl ins Bewußtsein. Nur wenig bekannt ist, daß z.B. schon eine der wesentlichen Ursachen für den Sechstagekrieg (1967) die Wasserfrage war. Der UN-Teilungsplan für Palästina von 1947 hatte alle wichtigen Wasserressourcen Israels ins Ausland gelegt.

Am Beispiel der "Hydrographischen Einheit" Euphrat und Tigris soll untersucht werden, ob die insbesondere durch die Türkei und Syrien geplanten Projekte zwangsläufig zu einem "Ausverkauf von Bewässerungswasser" führen. Es zeichnet sich bereits heute ab, daß zu Beginn des nächsten Jahrtausends die Wasserfracht durch die Nachfrage übertroffen wird. Somit ist um die Jahrtausendwende der Konflikt - auch militärisch - zwischen den Staaten Türkei, Syrien und Irak vorprogrammiert.

Es stellt sich damit die Frage, ob bei der Zuteilung knapper Ressourcen die völkerrechtlichen Prinzipien der absoluten Souveränität oder der absoluten Integrität noch zeitgemäß sind. Die Frage stellt sich ganz besonders bei Anliegern von gemeinschaftlich genutzten Gewässern in ariden bzw. semiariden Regionen.

In Europa und Nordamerika hat sich basierend auf den "Helsinki Rules" von 1966 eine Reihe internationaler Konventionen und Vertragswerke zum Wasserrecht herausgebildet, die auf dem Prinzip einer beschränkten Souveränität beruhen.

Für die im Projekt betrachtete Region ergeben sich nachfolgende Forschungsfragen:

- Ist eine Konfliktaustragung mit militärischen Mitteln noch vermeidbar?
- Welches politische Maßnahmenpaket ist geeignet, einen friedlichen Interessenausgleich der Anlieger des Gewässersystems zu fördern?
- Ist das auf den "Helsinki Rules" basierende Regelwerk der entwickelten Industriestaaten übertragbar?

- Ist unter der Prämisse, daß sich die Region in der Zukunft politisch neu ordnen wird, sogar eine "gemeinsame Souveränität" am Gewässersystem denkbar?
- Kann der Konfliktgegenstand Wasser evtl. sogar zum politischen Ordnungskriterium dieser Region werden?

Neben völkerrechtlichen Aspekten und der Betrachtung des Wassers als an Bedeutung gewinnende ökonomische Größe werden technologische, ökologische und sozioökonomische Ansätze überregionalen Wasserausgleichs untersucht.

In enger Vernetzung zum Thema stehen ferner folgende Problemfelder: Bevölkerungswachstum, Desertifikation, Migration, Islamismus, Kurdenproblematik, Gegensatz Türkei-Iran im Streben nach Einfluß in der Region.

Das Projekt wurde im September 1993 abgeschlossen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Wasser ein neues Pulverfaß? Das internationale Gewässersystem Euphrat und Tigris, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 71, Hamburg 1993.

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart

Projekt: Zur friedenspolitischen Rolle der Europäischen Union im gesamteuropäischen Integrationsprozeß

Kurzbeschreibung:

Der Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung kann nur durch die Unterstützung und Weiterentwicklung derjenigen Institutionen erfolgen, die sich bereits in der Vergangenheit friedenspolitisch bewährt haben. Diesbezüglich ist an erster Stelle die Europäische Union (EU) zu nennen.

Als nominell stärkste Wirtschaftsmacht in der Welt fällt ihr einerseits die Rolle des wirtschaftlichen Stabilitätsankers für die ostmitteleuropäischen Staaten zu. Andererseits ist sie als erfolgreiches Modell ziviler Konfliktregelung zwischen ehemals verfeindeten Staaten eine Kraft, die der Herausforderung der gesamteuropäischen Integration am ehesten gewachsen scheint. Ob sie dieser Verantwortung gerecht wird, hängt wesentlich von der Fähigkeit der Harmonisierung der komplizierten Prozesse der Integrationsvertiefung und Integrationserweiterung ab. Auch wenn dieser Prozeß im Rahmen der angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union nur beschwerlich voranschreitet, gibt es zu ihm keine Alternative. Die in den Römischen Verträgen verankerte gesamteuropäische Zielsetzung ist heute keine Illusion mehr. Dennoch wird sie angesichts der komplexen Problemlage in Mittel- und Osteuropa nur schrittweise zu erreichen sein. Diese Problemskizze führt zu folgenden Forschungsfragen:

1. Worin besteht der friedenspolitische Beitrag der Europäischen Union in Europa?
2. Wie begegnet die EU den aus den ostmitteleuropäischen Umwälzungen resultierenden neuen Herausforderungen?
3. Ist die von den westeuropäischen Staaten umgesetzte integrationspolitische Friedensstrategie ein praktikables Modell für ganz Europa?
4. Welche Politik verfolgt die EU gegenüber den Staaten der GUS?
5. Welche Interessengemeinsamkeiten und -gegensätze manifestieren sich im aktuellen Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Inte-

grationsvertiefung der Zwölf und welche Folgen haben sie auf die Formulierung der EG-Außenbeziehungen?

6. Welche sicherheitspolitischen Perspektiven hat die EU?

Wissenschaftliche Kooperation:

Forschungsgruppe Europa am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
Institut für Europäische Politik, Bonn

Veröffentlichungen zum Thema:

- Die EG, die osteuropäische Herausforderung und die Sicherheit Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/1993, S. 37 - 47.
- Drei Schritte vor, zwei zurück? Die Europäische Union nach Maastricht, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 163 - 176.

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Ursel Schlichting

Projekt: Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven haben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion?

Kurzbeschreibung:

Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Gleichwohl wird uns die Brisanz der "sowjetischen Frage" täglich vor Augen geführt. Sie beinhaltet in einem doppelten Sinne die Alternative "Integration oder Zerfall?": Einerseits geht es um die Entwicklung neuer kooperativer Strukturen zwischen den unabhängigen Staaten der GUS sowie um ihre Einbindung in einen gesamteuropäischen Integrationsprozeß. Andererseits geht es um den von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleiteten Zerfall der politischen und gesellschaftlichen Strukturen in dieser Region und seine Folgen für die Sicherheit Europas.

So richtig die These ist, daß die Schaffung entsprechender innenpolitischer und gesellschaftlicher Bedingungen von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Systemwechsels ist, so naheliegend scheint im Zeitalter zunehmender Interdependenz auch die Annahme, daß dieser Umbruch ohne westliche Flankierung keinen Erfolg haben wird. Da dieser Erfolg aber im wohlverstandenen sicherheitspolitischen Eigeninteresse aller europäischen Staaten liegt, geht das Projekt von der zentralen These aus, daß die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in einen gesamteuropäischen Assoziations- und/oder Integrationsprozeß einbezogen werden sollten. Die daraus abgeleitete übergreifende Fragestellung lautet: Sind diese Staaten integrationsfähig und welche integrationspolitischen Perspektiven haben sie? Oder anders ausgedrückt: Welche Rolle wollen, können und sollen die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in einem gesamteuropäischen Integrationsprozeß spielen?

Die aus dieser Fragestellung abgeleiteten Hauptfragen lauten:

1. Welche gesellschaftlichen Interessen artikulieren sich in den Staaten der GUS vor dem Hintergrund welcher gesellschaftlichen/nationalen Konfliktstrukturen zur Problematik der europäischen Sicherheit und Integration?

2. Welche sicherheits- und europapolitischen Vorstellungen existieren innerhalb der GUS und wie sollen sie durchgesetzt werden?
3. Welche Politik verfolgen die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gegenüber den europäischen Integrationssystemen NATO, KSZE, EU und Europarat?
4. Wie verhalten sich die genannten Integrationssysteme gegenüber der GUS und den einzelnen Staaten und welche Positionen vertreten aus welchen Gründen die westlichen Regierungen?
5. Wie können die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR in einen gesamteuropäischen Prozeß integriert werden, welche institutionellen Partizipationsmöglichkeiten bestehen und welche gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen sind mittel- und langfristig unter welchen Bedingungen anzustreben?

Wissenschaftliche Kooperation:

Staatsinstitut für Internationale Beziehungen, Moskau

Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau

Institut für USA- und Kanada-Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Gorbatschow-Stiftung für sozialwissenschaftliche und politische Forschung, Moskau

Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiew

Institut für Politikwissenschaft, Universität Minsk

Veröffentlichung zum Thema:

- Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (eds.), *The Former Soviet Union and European Security: Between Integration and Re-Nationalization*, Baden-Baden 1993.

Bearbeiter: Valentin Falin

Projekt: Umgestaltung: Idee, Ausführung, Fazit. Mögliche Konsequenzen des Zusammenbruchs der Sowjetunion für Europa

Kurzbeschreibung:

Das letzte Kapitel der Existenz der UdSSR wartet auf seine systematische wissenschaftliche Erforschung. Im Moment bleibt es mehr ein Gegenstand der politisch und ideologisch gefärbten Polemik, die in keiner Weise dazu beiträgt, eine qualitativ neue Stabilität im Osten zu erringen.

Das Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es, aufgrund der internen Kenntnisse die Komplexität der Geschehnisse in der Sowjetunion zu durchleuchten und die Relation zwischen inneren und äußeren Faktoren, zwischen weltanschaulichen und realitätsbedingten Forderungen, Wunschvorstellungen und Imperativen aufzuspüren bzw. aufzudecken

Thesen der Ausarbeitung sind:

1. Stalin war eine absolute Negation des sozialistischen Gedankengutes und Stalinismus als Theorie, Praxis oder System hat nichts gemeinsames mit Sozialismus. Dasselbe gilt für Nebenzweige des Stalinismus wie "Realsozialismus" und anderes mehr.
2. Gorbatschow hat es verpaßt, vom Stalinismus Abschied zu nehmen. Das wurde ihm, der Partei und dem System zum Verhängnis.
3. Die Unfähigkeit, die Umgestaltung und ihre ökonomischen und sozialen Probleme unter Kontrolle zu bekommen, die falsche Strategie und Taktik haben den Untergang der Sowjetunion vorprogrammiert.
4. Die Einmann-Macht und das Einparteien-Regime - die wichtigsten Merkmale von Stalinismus - führten in eine nationale Katastrophe.
5. Die Perestroika ist - obwohl ein mißglückter Versuch der friedlichen Reformierung des Staats- und Gesellschaftssystems - von gewichtigem universellen Wert. Ihre Folgen und Konsequenzen müssen objektiv und ausgewogen analysiert werden. Dazu gehören kontroverse postsowjetische Probleme für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion

sowie gewichtige politische, sicherheitspolitische, ökonomische, nationale und andere Probleme von regionaler und globaler Bedeutung.

Das Projekt wurde Ende 1993 abgeschlossen.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Die Perestroika und der Zerfall der Sowjetunion. Ein Essay, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 77, Hamburg 1993.
- Politische Erinnerungen, München 1993.

Bearbeiter: Hans Joachim Gießmann

Projekt: Konversion - Probleme und Perspektiven untersucht am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Kurzbeschreibung:

Die sicherheitspolitisch begründete Umstrukturierung und Neuverteilung bislang militärisch bestimmter personeller, materieller und finanzieller Ressourcen und die zivillorientierte Umwandlung militärisch abhängiger und geprägter Bedingungen und Strukturen ist zu einem Gebot erreichten Standes und der Perspektive zivilisatorischer Entwicklung geworden.

In Aussicht stehende Abrüstung führt vor Augen, welche komplexe gesellschaftliche Verwurzelungen das Militär in den zurückliegenden Jahrzehnten gefunden hat, und welche gleichsam umfassenden und vielfältigen Interessen durch seinen Abbau angesprochen werden. Konversion - in der Vergangenheit zumeist auf die Umstellung der Rüstungsproduktion reduziert - steht hier vor politischem und wissenschaftlichem Neuland.

Das Projekt ist auf die Folgen der Auflösung der Nationalen Volksarmee, der Einstellung der Rüstungsproduktion, der Auflassung von Liegenschaften und der regional-infrastrukturellen Veränderungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, mit besonderem Blick auf das Bundesland Mecklenburg/Vorpommern, konzentriert.

Im einzelnen werden behandelt:

- die personelle Konversion;
- die Konversion der Rüstungswirtschaft und der wehrtechnischen Industrie;
- die Auflösung und Verkleinerung von Standorten und Liegenschaften;
- die Denaturierung der Militärtechnik der NVA;
- die regionale und lokale Militärabhängigkeit (am Beispiel).

Das Projekt wird aus dem Kooperationsfonds der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Wissenschaftliche Kooperation

- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- Institute for East-West Security Studies, New York

Veröffentlichungen zum Thema:

- Konversion im vereinten Deutschland, Ein Land - zwei Perspektiven? Reihe Militär, Rüstung, Sicherheit, Band 73, Baden-Baden 1992 (Hrsg.).
- Probleme der Standortkonversion in Mecklenburg-Vorpommern. Zum Beispiel Volksmarine, in: Konversion im vereinten Deutschland, Baden-Baden 1992, S. 145-156.
- Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR. Mit einem Vorwort von Egon Bahr, Reihe Militär, Rüstung, Sicherheit, Band 74, Baden-Baden 1992.

Bearbeiter: Hans-Joachim Gießmann

Projekt: Militärische Sicherheit in Mitteleuropa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Kurzbeschreibung:

Der Umbruch der europäischen Sicherheitsordnung ist an einen kritischen Punkt gelangt. Neue Herausforderungen sind virulent, ohne daß bestehende Institutionen und Mechanismen imstande wären, ihnen wirksam zu entsprechen. Weder ist erkennbar, wie bewaffnete Konflikte im Osten und im Süden des Kontinents eingedämmt oder verhindert werden können, noch wie die Einbindung der Reformstaaten in verlässliche übergreifende Sicherheitsstrukturen erfolgen soll. Die Erreichbarkeit einer ungeteilten europäischen Sicherheit ist für die Zukunft Mitteleuropas von außerordentlicher Bedeutung. Umgekehrt wird vom künftigen Kurs der Staaten Mitteleuropas maßgeblich mit abhängen, ob und in welcher Form ein kooperatives Sicherheitssystem in Europa errichtet werden kann.

Empirische Grundlage des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts bildet eine vergleichende Analyse von sicherheitspolitischen Perzeptionen, militärischen Doktrinen, Verteidigungsplanung und Streitkräfteentwicklungen der mitteleuropäischen Staaten Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen und Österreich. Davon ausgehend werden verschiedene sicherheitspolitische Alternativen in der Region bzw. aus regionaler Sicht diskutiert und Handlungsangebote auch für die Bundesrepublik Deutschland unterbreitet. Die Forschungsergebnisse sollen Aufschluß über Ziele, Interessen und Möglichkeiten nationaler und regionaler Politik für die Gestaltung einer europaweiten Sicherheitsordnung geben.

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Strategische und Verteidigungsstudien, Budapest

Institut für Internationale Studien, Bratislava

Institut für Internationale Beziehungen, Warschau

Militärakademie der Tschechischen Republik, Brno

Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien

Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

**Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS),
Berlin**

Veröffentlichungen zum Thema:

- **Schwierige Nachbarschaft: Politische Entwicklungen und Nationalitätenkonflikte in der GUS und Mitteleuropa, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 123-137 (zus. mit Ursel Schlichting).**
- **Die zukünftige Rolle Europas in der Internationalen Politik, in: Jörg Calließ (Hrsg.), Die transatlantischen Beziehungen im Umbruch, Loccumer Protokolle 55/92, Rehburg-Loccum 1993, S. 33-40.**

Bearbeiter: Thorsten Görrissen

Projekt: Grenzüberschreitende Umweltzerstörung als Problem äußerer Sicherheit und Gegenstand internationaler Politik

Kurzbeschreibung:

In der Weltpolitik fallen seit Ende der achtziger Jahre zwei voneinander unabhängige Entwicklungen zusammen:

- das verstärkte Auftreten und Sichtbarwerden von ökologischen Beeinträchtigungen durch grenzüberschreitende umweltschädigende Einflüsse;
- ein tiefgreifender grundlegender Wandel im Ost-West-Verhältnis und das Ende des politisch-militärischen Ost-West-Konflikts.

Das Zusammentreffen beider Entwicklungen hat die Rahmenbedingungen nationaler und internationaler Sicherheit grundlegend verändert. Während militärische Bedrohungen zumindest in den Industrieländern an Bedeutung verlieren, wächst der Stellenwert nicht-militärischer Einflüsse und Entwicklungen für die äußere Sicherheit. Insbesondere grenzüberschreitende Umweltbelastungen berühren nationale Interessen und beeinträchtigen die äußere Sicherheit von Staaten oft erheblich. Mehr als jemals zuvor wird gegenwärtig die sowohl auf regionaler wie auf globaler Ebene bestehende ökologische Interdependenz deutlich. Insbesondere auf dem dicht besiedelten und industriell hoch aggregierten europäischen Kontinent sind der Zustand und der Schutz der Umwelt innerhalb nationalstaatlicher Grenzen zunehmend abhängig von grenzüberschreitender Umweltverschmutzung und externen ökologischen Entwicklungen. Die weiträumige Ausbreitung von Luftschadstoffen, die Verschmutzung grenzüberschreitender Flüsse und der europäischen Meere oder die von nuklearen oder chemischen Anlagen ausgehenden grenzüberschreitenden Gefahren beeinflussen die äußere Sicherheit oft unmittelbarer als die "kontrollierte" militärische Bedrohung im Rahmen des früheren Ost-West-Konflikts. Die fortgeschrittene Zerstörung der atmosphärischen Ozonschicht und die globale Erwärmung machen die weitreichende globale ökologische Interdependenz deutlich.

Dennoch werden die ökologischen Probleme von den Akteuren des internationalen Systems teilweise sehr unterschiedlich wahrgenommen und

beurteilt. Auch unter Bedingungen ökologischer Interdependenz bleiben verschiedenartige und gegensätzliche Interessen der Akteure bestehen. Entsprechend unterschiedlich sind die auf nationalstaatlicher Ebene unternommenen umweltpolitischen Maßnahmen sowie Ausmaß und Qualität der zwischenstaatlichen und internationalen Kooperation im Umweltschutz. Das Forschungsvorhaben richtet sich einerseits auf die Faktoren, die eine Zusammenarbeit in Umweltfragen begünstigen sowie andererseits auf die Hemmnisse für eine kooperative Bewältigung gemeinsamer Umweltprobleme. Darüber hinaus sollen Aussagen über die Erfolgsbedingungen für die Bewältigung bestehender und zukünftiger Probleme grenzüberschreitender Umweltbelastungen gemacht werden.

Das Projekt wurde im Berichtszeitraum abgeschlossen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin

Forschungsstelle Umweltpolitik, Freie Universität Berlin

Veröffentlichungen zum Thema:

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung und europäische Sicherheit, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Bd. VI, Auf dem Weg zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung, Baden-Baden 1990/91, S. 395-440.
- Grenzüberschreitende Umweltprobleme in der internationalen Politik. Durchsetzung ökologischer Interessen unter den Bedingungen komplexer Interdependenz, Baden-Baden 1993.

Bearbeiter: Lothar Gutjahr

Projekt: Definitionen nationaler Sicherheit: Idealtypische Reaktionen auf den Wandel in Europa seit 1989 am Beispiel der britischen Labour Party

Kurzbeschreibung:

Seit 1989 hat sich die Sicherheitslage Europas grundlegend gewandelt: Die Abwendung Osteuropas vom Kommunismus und die Auflösung der UdSSR, die Vereinigung Deutschlands und die Integration der Europäischen Gemeinschaft geben dem Kontinent eine neue Position in den internationalen Beziehungen. Aus der ehemaligen Zentralfront ist eine Weltregion mit spezifischen Problemen geworden.

Zur Darstellung der internationalen Beziehungen konnten in der Vergangenheit zwei grundlegende Positionen ausgemacht werden: Während verschiedene Spielarten des politischen Realismus die zentrale Rolle des Territorialstaates und dessen Maßnahmen zur einseitigen, zumeist militärischen Sicherheit betonten, wurde von idealistischer Seite hervorgehoben, daß internationale Regime geschaffen werden müßten, die die zwischenstaatliche Anarchie zugunsten dauerhafter Kooperation ablösen. Während im ersten Fall das Augenmerk auf machtpolitische Beziehungen gerichtet wurde, wollten Vertreterinnen und Vertreter der zweiten Richtung diesen Zustand überwinden, indem die transnationalen Interessen in den Mittelpunkt gerückt wurden.

Daneben hat sich in den vergangenen Jahren eine weitere äußerst fruchtbare Position entwickelt, die davon ausgeht, daß komplexe Interdependenz immer mehr zum bestimmenden Charakteristikum der internationalen Beziehungen geworden ist. Vertreterinnen und Vertreter dieser Richtung meinen, daß Machtpolitik keineswegs aus den internationalen Beziehungen verschwindet. Vielmehr ist von einer Gleichzeitigkeit politisch-struktureller Fragmentierung und fortwährender internationaler Abhängigkeiten auszugehen; in der Konsequenz werden die machtpolitischen Ressourcen staatlicher Akteure verändert.

Vor diesem Hintergrund wurde untersucht, wie die Labour Party in Großbritannien auf den Wandel der europäischen Sicherheitsstrukturen reagierte. Die obige Dreiteilung diente als Folie zur Erfassung des in-

nerparteilichen Meinungsspektrums und ermöglichte eine differenzierte Analyse sowohl der policy- als auch der politics-Ebene.

Das Projekt wurde im Berichtszeitraum abgeschlossen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Bradford University

Institut für Friedens- und Konfliktforschung an der Humboldt Universität, Berlin

Oxford Research Group

Veröffentlichungen zum Thema:

- Globale Konflikteindämmung. Europas Rolle in der Neuen Weltordnung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S.85-88.
- Die Sicherheitspolitik der britischen Labour Party im Wandel. Abschreckung, Unilateralismus und Gemeinsame Sicherheit (1979-1992), Baden-Baden 1994.

Bearbeiterin: Sabine Jaberg

Projekt: Ein System der Kollektiven Sicherheit in und für Europa im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis

Kurzbeschreibung:

Mit dem Systemantagonismus ist auch das gesamte bisherige Koordinatensystem der europäischen Sicherheitspolitik zusammengebrochen. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion belegen exemplarisch, daß die alten Sicherheitsstrukturen zu einer effektiven Verhütung und Beilegung von Konflikten nicht taugen. In Situationen, in denen offensichtlich alte Orientierungsmuster ihre Leitfunktion verlieren, wächst der Orientierungsbedarf. Wissenschaftlich erarbeitete Modelle können diesen Bedarf erfüllen, indem sie unabhängig von politischen, kurzfristigen Partikularinteressen problemadäquate Antworten anbieten. Modelle müssen daher zum einen den realen Entwicklungstendenzen Rechnung tragen, um nicht ins willkürlich Spekulative zu verfallen. Zum anderen müssen sie mit einem gewissen konzeptionellen Überschuß zur Entwicklung einer "konkreten Utopie" beitragen, da sie ansonsten lediglich dazu dienen würden, aktuelle Entwicklungstrends fortzuschreiben, also aktuelle Politiken wissenschaftlich zu legitimieren - unabhängig davon, ob diese den sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen sind oder nicht.

Als Gesamtentwurf bietet sich ein System der Kollektiven Sicherheit an, denn es formuliert den Bruch hinsichtlich der Zielsetzung und Funktionsweise eines Sicherheitssystems am deutlichsten. Allerdings läßt sich daraus nicht automatisch auf seine Funktionstüchtigkeit schließen. Vielmehr müssen in der Realität bestimmte subjektive und objektive Voraussetzungen gegeben sein. Diese wirken ihrerseits auf die konkrete Ausgestaltung eines Systems der Kollektiven Sicherheit zurück. Um herauszufinden, welchen Beitrag ein System der Kollektiven Sicherheit für die Sicherheit in Europa leisten kann, muß also vom System in seiner Reinstform ausgegangen werden, um es dann mit den realen Gegebenheiten zu konfrontieren und das bestehende Spannungsverhältnis in einen Modell-Entwurf übersetzen zu können.

Daraus leiten sich folgende Fragenkomplexe ab:

1. Welche historischen Erfahrungen gibt es mit einem System der Kollektiven Sicherheit?
2. Welche Rückschlüsse lassen sich auf die Wesensmerkmale eines solchen Systems ziehen? Anders gefragt: Welche konstanten und variablen Strukturmerkmale gibt es? Auf welchen Konflikttyp sind die traditionellen Systeme/Modelle kollektiver Sicherheit zugeschnitten? Welche objektiven und subjektiven Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit höchstmögliche Funktionstüchtigkeit erwartet werden kann?
3. Welche Konflikttypen müssen heute bearbeitet werden?
4. Wie sieht eine problemadäquate sicherheitspolitische Gesamtstrategie aus? Wie hängen Konfliktprophylaxe, Friedliche Streitbeilegung und Kollektive Sicherheit zusammen?
5. Welche Ansätze zur Problemlösung werden bereits besprochen? Welche dieser Ansätze können für ein System der Kollektiven Sicherheit nutzbar gemacht werden? Welche müssen gestoppt oder doch wenigstens neutralisiert werden?
6. Was konstruiert eine Region im völkerrechtlichen Sinne bzw. wer muß an einem funktionsfähigen regionalen Sicherheitssystem teilnehmen?
7. Welche Rückschlüsse lassen sich auf die Wesensmerkmale eines Systems der Kollektiven Sicherheit ziehen?
8. Welche Optionen gibt es, ein solches System normativ und institutionell auszugestalten? Welcher Option ist der Vorrang einzuräumen?

Veröffentlichung zum Thema:

- Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Deutschland als Friedens- und Zivilmacht in Europa - eine Perspektive, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out of area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 159-182.

Bearbeiterin: Margret Johannsen

Projekt: Amerikanische Nuklearwaffen in Europa. Funktion und Bedeutung im Spiegel der Kongreßdebatten über den INF-Vertrag

Kurzbeschreibung:

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa grundlegend verändert. Angesichts neuer militärischer Lagefaktoren hat die westliche Allianz ihre Militärstrategie revidiert. Nuklearwaffen sind zu Waffen der letzten Zuflucht erklärt worden. Hieraus folgend wurde der überwiegende Teil der land-, see- und luftgestützten Atomwaffen abgebaut. An die Stelle der bisher im Frieden vorgefertigten taktisch-operativen Zielplanungsoptionen (pretargeting) trat ein Planungssystem zur schnellen und flexiblen Entwicklung von Eventualfalloptionen (adaptive planning). Trotz der deutlich verringerten Brisanz der nuklearen Frage im Bündnis erfordern sowohl der Verbleib luftgestützter Nuklearsysteme als auch der nicht erfolgte Verzicht auf die Option eines nuklearen Ersteinsatzes die Auseinandersetzung mit der seit jeher umstrittenen Rolle der in Europa stationierten Nuklearwaffen.

Vor diesem Hintergrund wurde ein Ausschnitt aus der Debatte um die Rolle der für den "europäischen Kriegsschauplatz" vorgesehenen Nuklearwaffen untersucht. Eines der zahlreichen Foren, auf denen die Debatte geführt wurde, ist der amerikanische Kongreß. In den achtziger Jahren haben in Fragen des "national defense" einflußreiche Kongreßmitglieder es unternommen, die institutionelle Zuständigkeit des Kongresses im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß durch materielle Expertise in strategischen Angelegenheiten zu ergänzen. Auf diese Weise sollte die Rolle der Legislative im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß gegenüber der Administration gestärkt werden.

Die Rolle der atomaren Mittel- und Kurzstreckenwaffen in der NATO-Strategie ist in den achtziger Jahren unter militärischen und bündnispolitischen Gesichtspunkten diskutiert worden. Einen breiten Raum in der europäischen Debatte nahm die Kontroverse über den Zusammenhang der in Europa stationierten Atomwaffen mit der strategischen Nukleargarantie der USA für Westeuropa ein. In der amerikanischen Debatte

war zum einen eine enge Verzahnung der nuklearen Frage mit der konventionellen Bewaffnung der NATO, der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa und der Verteilung der finanziellen Lasten des Bündnisses sowie der Übernahme sicherheitspolitischer Verantwortlichkeiten der Europäer auch außerhalb des NATO-Vertragsgebietes festzustellen. Zum anderen wurden die den "europäischen Kriegsschauplatz" betreffenden Dislozierungs-, Modernisierungs- und Abrüstungsentscheidungen stets in den globalen Zusammenhang des Verhältnisses zur Sowjetunion gestellt. Probleme der Allianzkohäsion wurden im Kontext konkurrierender Auffassungen über den Charakter des internationalen Staatensystems diskutiert.

Bereits in der Ära der Ost-West-Konfrontation blieben viele Antworten auf die Frage nach den Funktionen der amerikanischen Nuklearwaffen in Europa umstritten. Die neue Sicherheitslage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und die amerikanische Diskussion über die Bedeutung von Atomwaffen für die weltpolitische Rolle der Vereinigten Staaten in der neu zu ordnenden Welt warf die Frage nach Kontinuität und Wandel in den Funktionsbestimmungen für die amerikanischen Atomwaffen in Europa auf. Das besondere Interesse des Projekts richtete sich auf das Verständnis nuklearer Macht als Ausdruck militärischer Stärke und auf die politische Instrumentierung von Atomwaffen sowie auf die Akzeptanz einer kooperativen Sicherheitsphilosophie im amerikanischen Kongreß.

Das Projekt wurde 1993 abgeschlossen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Congressional Research Service, Washington, D.C.

Veröffentlichung zum Thema:

- Amerikanische Nuklearwaffen in Europa. Funktion und Bedeutung im Spiegel der Kongreßdebatten über den INF-Vertrag, Baden-Baden 1994.

Bearbeiter: Konrad Klingenburg

Projekt: Vom Krisenmanagement zur Konfliktprävention - Herausforderung und Chance für die internationale Gemeinschaft nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Kurzbeschreibung:

Die Hoffnung, mit dem Ende des Ost-West-Konflikts würde auch eine Zivilisierung der internationalen Politik möglich werden, hat sich nicht erfüllt. Ebensowenig ist es internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gelungen, den ihnen zugedachten Platz als Schaltstellen einer neuen, friedlichen Weltordnung auszufüllen. Weltweit hat demgegenüber die Zahl der bewaffnet ausgetragenen Konflikte zugenommen. Deren Charakter wiederum hat sich insofern geändert, als nicht mehr überwiegend zwischenstaatliche Kriege ausgetragen werden, sondern mehr und mehr Bürgerkriege und innergesellschaftliche Konflikte. Letztere resultieren unter anderem aus dem Zerfall staatlicher Einheiten im ehemaligen Einflußbereich der Sowjetunion. Die mit Konfliktmanagement betrauten Organisationen stehen - wie das Beispiel Jugoslawien verdeutlicht - diesen Entwicklungen weitgehend hilflos gegenüber. Sie können allenfalls auf krisenhafte Situationen reagieren, jedoch wenig zu einer Einhegung der Auseinandersetzungen oder gar zur Lösung der Konflikte beitragen. Des weiteren sieht sich die internationale Gemeinschaft einer Reihe von vermeintlich neuen (und doch seit längerem bekannten) Herausforderungen wie Bevölkerungswachstum, Armut, Migration oder ökologischen Gefahren (und potentiellen Konfliktursachen) gegenüber, denen nur noch gemeinsam begegnet werden kann.

Die Vereinten Nationen haben in den vergangenen vier Jahren eine Vielzahl neuer Bemühungen unternommen, um den genannten Herausforderungen zu begegnen und "heiße" Konflikte zumindest einzudämmen. Sie haben dabei einige Erfolge erzielt. Allerdings hat sich auch bestätigt, daß die bisherigen Konfliktbearbeitungsstrategien nicht mehr ausreichend sind. Zusätzlich ist die UNO mit Blick auf die Durchführung von Friedensoperationen in mehrfacher Hinsicht an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Ähnliches gilt auch für die KSZE. Zwar hat sich die KSZE institutionalisiert. Doch hat der Ausbau vom Prozeß zur Institution die KSZE noch nicht, wie erhofft, handlungsfähig ge-

macht. Dennoch gelten beide Organisationen unverändert als der geeignete Rahmen, um multinationale Friedensbemühungen umzusetzen.

Während gegenwärtig in der politischen Praxis als Konsequenz aus den genannten Negativtrends auf eine Renationalisierung und Remilitarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik gesetzt wird, sollen in diesem Projekt alternative, zivile Formen des Konfliktmanagements dargestellt und auf ihre Anwendbarkeit hin untersucht werden. Insbesondere die Strategie der Konfliktverhütung oder präventiven Diplomatie genießt seit einiger Zeit wieder größere Beachtung bei verschiedenen politischen Akteuren, vor allem jedoch im Bereich von UNO und KSZE. Sie steht im Mittelpunkt der Projektarbeit. Im Einzelnen werden im Projekt Antworten auf die folgenden Fragen gesucht:

- Welche Rolle können internationale Organisationen bei der Friedenssicherung in einer Welt im Umbruch spielen?
- Welche Erfahrungen haben UNO und KSZE unlängst mit ihren Lösungsbemühungen in exemplarischen Konflikten gemacht?
- Welches Verständnis der Konfliktprävention ist in den internationalen Beziehungen (in deren Theorie und Praxis) vorherrschend?
- Welche praktischen Erfahrungen mit der Prävention gibt es in UNO und KSZE?
- Wie müssen UNO und KSZE reformiert und aufgewertet werden, um eine aktive Rolle als Präventionsinstrumente spielen zu können?
- Welche militärpolitischen Auswirkungen hätte eine Umorientierung von UNO und KSZE?
- Welche innergesellschaftlichen Voraussetzungen erhöhen die Anwendungschancen von Prävention?

Veröffentlichungen zum Thema:

- Eine neue Agenda für die Vereinten Nationen?, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 231-243.
- Vom Wert ziviler Hilfe. Die unterschätzte Rolle Deutschlands in den Vereinten Nationen, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out-of area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 137-157.

Bearbeiterin: Anna Kreikemeyer

Projekt: Einbeziehung Rußlands in den gesamteuropäischen Integrationsprozeß. Das Beispiel des Europarates (1989-1993)

Kurzbeschreibung:

Mit der Überwindung des Kalten Krieges entstand im KSZE-Raum ein Netz von Kooperationsbeziehungen unterschiedlicher Reichweite und Dichte. Institutionen und Integrationsorganisationen (KSZE, EG, NATO, WEU, Europarat u.a.) können als Knotenpunkte betrachtet werden. Das sicherheitspolitisch motivierte "Konzept der Einbeziehung" versucht, einen für gesamteuropäische Zusammenarbeit und damit Sicherheit hinreichenden Grad an Partizipation der einzelnen Staaten in diesem Kooperations- und Integrationsnetz zu ermitteln.

Unabdingbare Voraussetzung für die Teilhabe an kooperativen Sicherheitsstrukturen im KSZE-Raum ist die Achtung der in der Charta von Paris im Jahre 1990 proklamierten gemeinsamen Werte von Menschenrechten, Minderheitenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Wirtschaft. Wegen der Wechselwirkung von Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsentwicklung stellen Integrationsmaßnahmen im normativen Bereich ein nicht zu unterschätzendes sicherheitspolitisches Instrument dar.

Die Institutionalisierung zwischenstaatlicher Beziehungen erhöht die kooperative Sicherheit. Der Europarat entwickelte in interinstitutionellen Verbindungen mit der KSZE und der EG die institutionelle Zuständigkeit für diesen Bereich des gesamteuropäischen Integrationsprozesses.

Um den Grad der Einbeziehung Rußlands in die Integrationsarbeit des Europarates in normativer und institutioneller Hinsicht zu ermitteln, ist eine Bestandsaufnahme der Transformationsentwicklung Voraussetzung. Die zentrale Fragestellung des Forschungsprojektes lautet daher: In welchem Verhältnis stehen die institutionellen Strukturen des russischen Staates und das politische Bewußtsein der russischen Bevölkerung zu den definierten normativen Standards von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Menschenrechtsschutz des Europarates?

Im Berichtszeitraum wurde im Rahmen eines Stipendiums zur Erforschung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, vergeben von der Direktion Menschenrechte des Europarates, eine Studie über den Entwicklungsstand des russischen Demokratisierungsprozesses verfaßt. Die Forschungsarbeit war dabei erheblich von der Unge-
wißheit der Entwicklung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Rußland beeinflußt. Dennoch ergab die empirische Bestandsaufnahme der politischen und gesellschaftlichen Transformation, daß es trotz der schwankenden Machtverhältnisse bereits möglich ist, zu verallgemeinerbaren Schlußfolgerungen zu kommen und Entwicklungsszenarien zu zeichnen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Nikolaj Topornin, Direktor des Informations- und Dokumentationszentrums des Europarates, Moskau

Vvsevolod Soukov, Generalkonsul, Russisches Generalkonsulat in Straßburg

Einzelne Expertinnen und Experten in verschiedenen Ausschüssen der Ministerkomitees, der Parlamentarischen Versammlung und in verschiedenen Direktionen des Europarates sowie der Venedig-Kommission, der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen in Europa und des Internationalen Instituts für Demokratie, Straßburg.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Novaja rol' Soveta Evropy, in: Mirovaja ekonomika i mezhdunarodnye otnosenija, Nr. 6, 1993, S. 130-140 (zus. mit. Michael R. Lucas)
- Na puti k edinoj sisteme zennostej v ramkach SBSE, in: Moskovskij zurnal mezhdunarodnovo prava, Nr. 3, 1993, S. 62-79.
- Vom Gewaltmonopol über den Gewaltenkampf zur Gewaltenteilung? Der (sowjet-)russische Demokratisierungsprozeß, Studie im Rahmen eines Stipendiums zur Erforschung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der Direktion Menschenrechte des Europarates, Hamburg 1993, 104 S. (hektogr.).

Bearbeiterin: Anna Kreikemeyer

Projekt: Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion (1993-1995)

Kurzbeschreibung:

Das geplante Forschungsvorhaben hat das Ziel, einen Teilbereich russischer Außen- und Sicherheitspolitik, das Verhalten in bewaffneten Konflikten auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion (FSU) an ausgewählten Fallstudien zu untersuchen.

Seit der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) finden auf dem Territorium der FSU mehrere bewaffnete Konflikte statt, die zahlreiche Menschenleben fordern und große Fluchtbewegungen auslösen. Eine Stabilisierung ist in den wenigsten Fällen in Sicht, vielmehr bestehen weitere Konfliktrisiken. Rußland war und ist in verschiedener Weise in bewaffnete Konflikte verwickelt. Das geplante Forschungsprojekt geht von der Hypothese aus, daß russische Minderheiten und/oder die Stationierung russischer Truppen in anderen Staaten der FSU als Faktoren anzusehen sind, die autochthone Konfliktursachen überlagern und konfliktverschärfend wirken können. Hegemoniales Verhalten und unkontrollierte Militäreinsätze von russischer Seite erhöhen das Gewaltisiko. Bei multilateralen Formen der Konfliktregelung stellt sich die Frage ihrer Wirksamkeit einerseits und der Bereitschaft Rußlands, sie zu nutzen, andererseits.

In dem Forschungsvorhaben sollen Untersuchungsergebnisse aus zwei Fallstudien (Dnjestr-Region, Nord- und Transkaukasus) zu den inneren Voraussetzungen der russischen Außenpolitik in Bezug gesetzt werden. Während der Transformationsphase wird sie in hohem Maße von den schwankenden Kräfteverhältnissen konkurrierender Akteure beeinflusst. In dem Maße, wie patriotische und nationalistische Kreise an Einfluß gewinnen, drohen hegemoniales Verhalten und zunehmende Militarisierung der Sicherheitspolitik. In bewaffneten Konflikten erhöhen die Auswirkungen dieser Trends das Risiko einer Eskalation zu zwischenstaatlichen Kriegen und tragen zu einer Verschärfung anderer außenpolitischer Konflikte bei. Unter solchen Voraussetzungen könnte die regionale Großmacht Rußland zu einem destabilisierenden Faktor im KSZE-

Raum werden. In den Nachbarstaaten, in Mitteleuropa aber auch im Westen wird Rußland daher als Sicherheitsrisiko betrachtet.

Das von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierte Forschungsvorhaben soll von Oktober 1993 bis Ende 1995 als deutsch-russisches Kooperationsprojekt durchgeführt werden. Die Forschungsergebnisse werden in einer Monographie veröffentlicht werden.

Wissenschaftliche Kooperation:

Dr. Andrej V. Zagorskij, stellv. Direktor des Staatsinstituts für internationale Beziehungen, Moskau

geplant: Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen aus den Konfliktgebieten und russischen Expertinnen und Experten.

Bearbeiter: Erwin Müller

Projekt: Ein System Kollektiver Sicherheit (SKS) als Basis einer Neuen Europäischen Sicherheitsordnung

Kurzbeschreibung:

Angeichts der tiefgreifenden politischen Veränderungen im europäischen Staatensystem hat sich der Bedarf an einer neuen Sicherheitsordnung der Zukunft sprunghaft erhöht. Aus dem Fundus der in der Diskussion befindlichen Alternativmodelle zur Ablösung einer labilen Sicherheitsgarantie durch Abschreckung bietet sich das Modell der Kollektiven Sicherheit an (Sicherheit durch SKS), in dessen Rahmen sich die Teilmodelle von Sicherheit durch Abrüstung, durch Angriffsunfähigkeit und durch Vertrauensbildung als integrale Elemente einbetten lassen.

Da das Modell aufgrund seiner unzulänglichen Umsetzung im Rahmen von Vorgängeransätzen wie Völkerbund und UNO (falls diese überhaupt als SKS gedacht waren bzw. implementiert wurden) vorbelastet ist und sich massiver Kritik ausgesetzt sieht, ist zunächst abzuklären, wo die prominentesten Defizite der "realisierten" Modelle liegen, die keineswegs mit potentiellen Defiziten der SKS-Idee identisch sein müssen. Gleichwohl ist auch dieser prinzipiellen Frage nachzugehen.

Um sie auf einer möglichst breiten und dementsprechend ergiebigen Basis beantworten zu können, werden auch andere historisch-empirische SKS-Ansätze untersucht und ausgewertet, insbes. das alte Deutsche Reich ab 1648 und der Deutsche Bund. Darüber hinaus läßt sich aus dem Studium der älteren und aktuelleren Geschichte von Bündnissen und Balance-of-Power-Systemen, die mit einem SKS eine Vielzahl struktureller Analogien gemeinsam haben, eine Fülle von verwertbaren Aufschlüssen über die Funktionsbedingungen kollektiver Sicherheit, insbes. den Beistandsaspekt, gewinnen.

Kombiniert man diese empirisch gewonnenen Erkenntnisse mit einigen logischen Deduktionen aus vorliegenden generellen Hypothesen, so sollten sich normative Vorgaben formulieren lassen, nach denen ein SKS auszugestalten wäre.

Konkret geht es also um die Ausformulierung der Satzungsrichtlinien eines effektiven SKS, die sowohl alle nötigen Details mit der gebotenen Verbindlichkeit regeln als auch allen hinlänglich wahrscheinlichen Problemfällen gerecht werden, indem ihre Bearbeitbarkeit normativ gesichert wird. Sie müßten alle relevanten Kriterien und Desiderate in einer

so konkreten Weise angeben, daß sich ein rechtliches Regelwerk ableiten ließe. Im einzelnen sind Antworten für folgende Bereiche vonnöten:

1. SKS-Teilnehmerkreis;
2. Organisation und Organe des SKS;
3. Entscheidungsfindungsmechanismen;
4. Kompetenzen des SKS;
5. Machtinstrumente des SKS, insbes. ökonomischer und militärischer Art (supranationale Systemstreitkräfte, nationale Streitkräfte und deren -angriffsunfähige - Ausgestaltung etc.).

Die Arbeit in den hier abgesteckten Forschungsbereichen erfolgt nicht abgeschottet von anderen Optionen, sondern mit Blick auf ein weitergehendes Konzept einer Neuen Europäischen Friedensordnung, die zum zeitlich anschließenden Forschungsgegenstand werden sollte. Diese Friedensordnung könnte eine bei allem Sicherheitsgewinn nach wie vor auf der Prämisse potentieller internationaler Konfrontation beruhende Sicherheitsordnung ablösen, indem sie einen Zustand herbeiführt, in dessen Rahmen das (internationale) System die gewohnten Gefährdungen erst gar nicht produziert, sei es aufgrund der Charakteristik seiner Elemente, sei es aufgrund der Charakteristik der Beziehungen zwischen ihnen.

Das Forschungsprojekt wurde 1992 im Rahmen eines Aufenthaltes in den USA am Center for International Affairs an der Harvard University/Cambridge begonnen und danach am IFSH fortgeführt.

Wissenschaftliche Kooperation

Center for International Affairs, Harvard University
Center for Defense Journalism, Boston University

Veröffentlichung zum Thema:

- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH - Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).

Bearbeiter: Reinhard Mutz

Projekt: Europäische Sicherheit nach dem Zerfall der Blockordnung und die sicherheitspolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland

Kurzbeschreibung:

Das Ziel des Forschungsvorhabens besteht darin, Voraussetzungen und Erfordernisse zu klären, die den Gesellschaften Europas eine Zukunft gewährleisten

- ohne Krieg,
- frei von äußerer Bedrohung,
- in politischer Selbstbestimmung und
- nach Maßregeln einer für alle Beteiligten vorteilhaften Zusammenarbeit.

Auf dieser Grundlage richtet sich das engere Erkenntnisinteresse des Projekts auf den möglichen Beitrag der deutschen Politik zur Verwirklichung des Zielzustandes.

Die Konzipierung einer Ordnung des gesicherten Friedens in Europa stellt keine neue Forschungsaufgabe dar. Neuartig sind die politischen Bedingungen, die das Ende des Ost-West-Konflikts nach der vollständigen politischen Revolutionierung Osteuropas und dem Aufbrechen neuer Gewaltpotentiale auf dem Kontinent der Verfolgung des alten Ziels eröffnet hat.

Über die Funktionen, die ein leistungsfähiges System regionaler Sicherheit erfüllen muß, liegen ausreichende Erkenntnisse vor. Desgleichen können die erforderlichen organisatorischen und institutionellen Konsequenzen als zumindest theoretisch geklärt angesehen werden. Der Forschungsbedarf ergibt sich aus der Frage nach der angemessenen Transformationsstrategie: Auf welchen Wegen und durch welche Mittel kann der Übergang von einer konfrontativen blockförmigen zu einer kooperativen (kollektiven) Sicherheitsordnung Europas bewirkt werden? Welche Entwicklungen begünstigen einen solchen Übergang, welche Hindernisse stehen ihm entgegen? Dazu sind vornehmlich zwei Empiriefelder, die derzeit tiefgreifenden Veränderungen unterliegen, realanalytisch zu bearbeiten:

a) Sicherheitspolitische Risikofaktoren: Aus welchen Ursachen und Anlässen können künftig in Europa sicherheitsrelevante zwischenstaatliche Konflikte erwachsen? Welche Krisen- und Konfliktzonen bergen neue (nationale, ethnische, menschenrechts- und minoritätenpolitische, ökonomische, ökologische) Gefahrenpotentiale? Bedrohen außereuropäische Konflikte Europa? Kommt eine größere Verantwortung für den Frieden in Krisenregionen der Dritten Welt auf Europa zu?

b) Sicherheitspolitische Interessenlagen: Wie definieren die wichtigsten europäischen Staaten ihre Sicherheit nach außen? Wodurch sehen sie sich zu Sicherheitsvorkehrungen veranlaßt? Welche Ziele und Interessen verbinden sich mit der Forderung nach verstärkter sicherheitspolitischer Integration Westeuropas? Was veranlaßt das Bestreben mittel- und osteuropäischer Länder nach Assoziation und Integration in die multinationalen Zusammenschlüsse des Westens auch auf militärischem Gebiet?

Die Ergebnisse des Projekts sollen Aufschlüsse über Handlungsspielraum und Optionen der deutschen Sicherheitspolitik erbringen. Die Mittellage Deutschlands impliziert zugleich eine Mittlerrolle. Wie sie bisher wahrgenommen wurde, unterliegt einer kritischen Beurteilung und eröffnet die Frage nach problemangemessenen Alternativen.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Gesamteuropäische Kooperation und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - Eine kritische Bilanz im Blick auf die Zukunft, in: Cord Jakobeit und Alparslan Yenil (Hrsg.), Gesamteuropa - Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S.98-117.
- Krieg gegen Krieg? Die Kontroverse über die militärische Rolle Deutschlands in der Welt, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S.31-44.

Bearbeiter: Götz Neuneck

Projekt: Die Diffusion von Hochtechnologie und ihre Auswirkungen auf die globale und regionale Rüstungsdynamik

Kurzbeschreibung:

Nach Ende des Ost-West Konfliktes ist die wissenschaftlich-technologische Dynamik in eine neue Phase getreten. Während umfangreiche militärtechnische Beschaffungsvorhaben aus den Labors und Arsenalen der Supermächte und anderer führender Hochtechnologienationen gestrichen wurden bzw. modifiziert werden, bleibt die militärische Forschung und Entwicklung weitgehend erhalten (vertikale Proliferation). Wissenschaft und Technologie sind sowohl globale Schlüsselfaktoren im weltweiten Wirtschaftswettbewerb, als auch bei dem Ausbau militärischer Überlegenheit. Die wesentlichen Impulse für die Militärentwicklung stammen jedoch nicht mehr aus militärischer, sondern aus zivil-industrieller Forschung und Entwicklung (Dual-Use-Problematik). Angesichts ökologischer und ökonomischer Bedrohungen sind Wissenschaft und Technik gleichzeitig auch Hoffnungsträger zur Überwindung der fortschreitenden Belastungen und Zerstörungen unserer lebenserhaltenden Grundlagen. Der weltweite Handel, die Mehrfachverwendbarkeit von Technologien und der Wille einiger Akteure, zu regionalen Wettrüsten beizutragen, beschleunigen auch die Diffusion von militärrelevanten Technologien weltweit (horizontale Proliferation). In erster Linie bezieht sich diese Dynamik nicht nur auf die Proliferation von Techniken zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, sondern auch auf die Verbreitung von Hochtechnologie-Waffensystemen aus den Arsenalen des Ost-West-Konfliktes. Die Beschränkung der horizontalen Proliferation ist ein Hauptziel der neuen US-Administration unter Clinton, aber auch der Vereinten Nationen, der NATO und der KSZE.

Die Globalisierung multilateraler Rüstungskontrolle, die Stärkung regionaler Sicherheitssysteme unter technologischen Aspekten und die Untersuchung von besonders destabilisierenden Waffentechnologien, die für technologische Rüstungswettläufe verantwortlich sind, stand im Vordergrund der Arbeiten. Auf dem Sektor der vertikalen Proliferation wurden spezifische Technologieentwicklungen näher untersucht. Im Rahmen einer Bundestagsanhörung wurde eine Studie über "Hochgeschwindigkeits-technologien und die Möglichkeiten ihrer Eingrenzung" unter dem Aspekt vorbeugender Rüstungskontrolle angefertigt. Der Effizienz des

Patriot-Raketenabwehrsystems wurde ebenso nachgegangen wie dem Zusammenhang neuer Technologien auf die sich wandelnden Streitkräftestrukturen der Hauptmilitärmächte, insbesondere der Bundeswehr. Auf dem Gebiet der horizontalen Proliferation wurden die Arbeiten auf dem Sektor der Nichtweiterverbreitung von Trägersystemen, insbesondere der Aufbau einer Datenbank und eines Literaturverzeichnisses fortgesetzt. Es wurde untersucht, inwieweit bestimmte Rüstungsexporte zur Weiterverbreitung von Rüstungstechnologien beitragen. Eine Einarbeitung in die Probleme der nuklearen Weiterverbreitung wurde begonnen. Angesichts der Rüstungsdynamik in einigen potentiellen Krisengebieten wie Südasien und dem Mittleren Osten ist wesentlich, daß die beteiligten Länder sowohl in die globale Rüstungskontrolle miteinbezogen werden, als auch mit einem regionalen Sicherheitsdialog untereinander beginnen. Insbesondere die technischen Fragen wurden in Zusammenarbeit mit der CENSIS-Gruppe im Rahmen eines im IFSH angesiedelten Forschungsprojektes durchgeführt.

Wissenschaftliche Kooperation:

IANUS, c/o Institut für Kernphysik, TH Darmstadt

Defense and Arms Control Program, MIT, Cambridge/Mass.

Union of Concerned Scientists, Cambridge, Mass.

Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit" (CENSIS), Hamburg

Veröffentlichungen:

- Missile Proliferation, Missile Defense and Arms Control. Baden-Baden 1993 (Hrsg. zus. mit O. Ischebeck).
- Rüstungstechnologien und Rüstungstransfers, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S.308-322.
- Hochgeschwindigkeitstechnologien und die Möglichkeiten Ihrer Eingrenzung, Bonn November 1992 (Beitrag für die Anhörung "Neue Waffentechnologien unter dem Aspekt der vorbeugenden Rüstungskontrolle", Protokoll der 22. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages (Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses) am 9. November 1992 in Bonn).

Bearbeiterin: Ursel Schlichting

Projekt: Nationalitätenkonflikte und politischer Systemwechsel in der ehemaligen Sowjetunion

Kurzbeschreibung:

Das Prinzip der Transparenz und Öffentlichkeit (Glasnost) als Teil der Reformpolitik Gorbatschows erlaubte es gesellschaftlichen Gruppen, so auch nationalen Bewegungen, erstmals, ihre Interessen zu artikulieren. Als Begleiterscheinung der Perestrojka traten jedoch in weiten Teilen der Sowjetunion in zunehmender Zahl teils gewaltsam, teils friedlich ausgetragene Nationalitätenkonflikte zutage. Sie entwickelten eine Dynamik, der sich die Zentralgewalt nicht gewachsen zeigte. Vielmehr leistete sie durch verspätete oder unangemessene Reaktionen auf die Autonomieforderungen der Völker in der Sowjetunion einer Radikalisierung der nationalen Forderungen Vorschub. Fast alle Nationalitätenkonflikte nahmen im Laufe der eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen der Unionsregierung und den Republiken um Eigentums- und Kompetenzfragen den Charakter von Sezessionskonflikten an. Bereits vor dem gescheiterten Putschversuch im August 1991 hatten alle 15 Unionsrepubliken und zahlreiche nachgeordnete Verwaltungseinheiten ihre Souveränität oder Unabhängigkeit erklärt. Die Konflikte waren letztendlich einer der entscheidenden Gründe für den Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991.

Ursachen, Auslöser und Verlauf von Nationalitätenkonflikten sind zwar äußerst komplex, Hintergründe und konfliktverschärfende Faktoren sind jedoch in allen Fällen wirtschaftliche und soziale Probleme und Krisen. In der Sowjetunion führten die Vertreter der nationalen Bewegungen die schlechte wirtschaftliche Lage und die daraus resultierenden sozialen Spannungen in erster Linie auf die zentrale Leitung der Politik und auf die zentrale, die Belange der Republiken und untergeordneten Verwaltungseinheiten mißachtende Planung der Wirtschaft von Moskau aus zurück. Die Forderungen der nationalen Bewegungen nach Beteiligung an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen machten deutlich, daß der sowjetische Zentralismus mit der Vielvölkerschaft in der Union unvereinbar war.

Dies legt die Notwendigkeit eines Wandels bzw. Wechsels eines Systems nahe, dessen grundlegendes Ordnungsprinzip das des Zentralismus war. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Hypothese, daß die Nationalitätenkonflikte weder die Folge von Glasnost und Perestrojka, noch sekundäres Phänomen der Demokratisierung sind, noch ausschließlich negativ in Erscheinung treten. Vielmehr waren die Entstehung (demokratischer) nationaler Bewegungen und ihre zunehmenden Artikulationsmöglichkeiten in den ersten Jahren Motor und Vorreiter der sowjetischen Reformpolitik, trieben die vertikale und horizontale Dezentralisierung der Macht voran und verliehen der Demokratisierung eine breite Basis in der Bevölkerung. Daraus ergeben sich die zentralen Fragestellungen, welchen Einfluß die Nationalitätenkonflikte auf den Systemwechsel haben, welche Systemmerkmale die Entstehung und Eskalation von Nationalitätenkonflikten begünstigen und welche Systemmerkmale unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ausreichende Partizipationsmöglichkeiten gewährleisten und somit ein friedliches Zusammenleben der Völker in einem Vielvölkerstaat erleichtern können.

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, FU Berlin.

Veröffentlichung zum Thema:

- Schwierige Nachbarschaft: Politische Entwicklungen und Nationalitätenkonflikte in der GUS und Mittel-Osteuropa, in: Gert Krell/ Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 123-137 (zus. mit Hans-Joachim Gießmann).

Bearbeiterin: Claudia Schmid

Projekt: Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der "Dritten Welt" am Beispiel des Vorderen Orients

Kurzbeschreibung:

Das Ende des Ost-West-Konfliktes und der zweite Golfkrieg bilden einschneidende Zäsuren in der internationalen Sicherheitspolitik. Das Projekt untersucht veränderte Rahmenbedingungen internationaler Sicherheit sowie deren Auswirkungen hinsichtlich möglicher Friedensstrategien in der "Dritten Welt".

Für die Sicherheitspolitik sogenannter Entwicklungsgesellschaften und für die Bedeutung von Regionalkonflikten in der "Dritten Welt" sind zwei Entwicklungstrends herausragend:

1. Es findet eine Regionalisierung von Sicherheitspolitik statt, d.h. viele Staaten der "Dritten Welt" haben sich sicherheits- und militärpolitisch verselbständigt.
2. Es findet eine Re-Traditionalisierung von Sicherheitspolitik statt, d.h. eine militärische Bearbeitung von Konflikten, die primär nicht-militärischer Natur sind, bleibt bzw. wird wieder hoffähig.

Das Projekt, das auf verallgemeinerungsfähige Aussagen abzielt, untersucht diese beiden Trends am Beispiel des Vorderen Orients. In keiner Region der Welt sind seit dem Zweiten Weltkrieg so viele Kriege geführt worden, nirgendwo sonst in der "Dritten Welt" stehen sich so viele Waffen und Soldaten gegenüber. Im Vorderen Orient existiert eine Fülle gravierender Konflikte: Streit um Territorien und Ressourcen, ethnische und religiöse Spannungen, politische Protestbewegungen, soziale Verteilungskämpfe usw., die alle samt und sonders gewaltsam und kriegerischer ausgetragen werden.

Sollten der zweite Golfkrieg und seine Nachkriegszeit als Testfälle für weltpolitische Neugestaltungen gelten und sollten sie ein Mehr an Stabilität, gar friedlichere Zeiten für den Vorderen Orient einleiten, so ist ein Scheitern dieser Bemühungen festzustellen. Der zweite Golfkrieg demonstrierte eindrücklich, daß die Befriedung der Region zwar längst nicht mehr allein von der Lösung der Israel-Palästina-Frage abhängig ist, daß es jedoch ohne eine Konflikteinhegung dieses regionalen Kernkonfliktes niemals eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung in der Re-

gion geben wird. Anlaß zur Hoffnung auf eine erfolgreiche Friedensinitiative bietet der Nahost-Friedensprozeß. Seit Oktober 1991 verhandeln Israelis mit ihren arabischen Nachbarn und mit Palästinensern über einen Frieden im Nahen Osten. Auf den ersten Blick scheint es, als ob mit diesem Geflecht von häufig unterbrochenen bi- und multilateralen Gesprächsrunden ein neues Kapitel in der Geschichte der Friedensdiplomatie des Nahen Ostens aufgeschlagen wurde. Skepsis ist jedoch angebracht. Die Verhandlungen können noch immer keine substantiellen Erfolge vorweisen und die Friedensgespräche finden in Koexistenz mit regionaler Aufrüstung, Gewalt und Terror statt.

Vor diesem Hintergrund sucht die Projektbearbeiterin Antworten auf die zentralen Fragen: Was konkret bedeutet eine regionalisierte und militarisierte Sicherheitspolitik im Vorderen Orient? Welche Bedingungen müssen vorherrschen, damit Friedensinitiativen fruchten könnten? Wie könnten die territorialen Streitigkeiten zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten, besonders Syrien und Libanon, einen friedlichen Ausgleich finden? Wie könnte der israelisch-palästinensische Nationalitätenkonflikt in einen Koexistenzkompromiß verwandelt werden?

Das Projekt wurde im Juli 1993 abgeschlossen.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Die regionalisierte Welt: Rekonzeptualisierung der Nord-Süd-Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1992, S. 188-192.
- Der Friedensprozeß im Nahen Osten, in: Reinhard Mutz/Gert Krell/Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 66-79.
- Der Israel-Palästina-Konflikt und die Bedeutung des Vorderen Orients als sicherheitspolitische Region nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993.

4. Veröffentlichungen

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des IFSH haben 1993 insgesamt 11 Bücher veröffentlicht und mit über 110 Beiträgen schriftlich an der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion teilgenommen. Im einzelnen wurden publiziert:

IFSH

- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993.
- From the Law of the Strongest to the Strength of the Law. A European Security Community (ESC) to Safeguard Peace and Security - A Study by the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH), Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (English Version).
- Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Themenschwerpunktheft der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1993.

Egon Bahr

- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).
- Zur gegenwärtigen Situation: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 1-19 (zus. mit Gert Krell und Friedhelm Solms).

- Deutsche Außenpolitik zwischen Souveränität und Anpassung, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 20-30.

- Die Verfassung steht über dem Bündnis, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out-of-area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 53-61.

- Ohne Frieden ist alles nichts, in: Die Zeit Nr. 42 vom 15. Oktober 1993, S. 15.

- Drei Jahre nach der Einheit - Für oder gegen eine Amnestie. Streitgespräch zwischen Prof. Egon Bahr und Steffen Heitmann, in: Neue Justiz 12/1993, S. 1-4.

- Drei Jahre nach der Einheit - Für eine Amnestie, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1993, S. 209-211.

- Nach der Einheit - Aussöhnung durch Amnestie?, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 14/1993 (zus. mit Dieter S. Lutz).

- Rechtsordnung statt Wertegemeinschaft als Prinzip europäischer Sicherheit, in: Knut Ipsen/Walter Poeggel (Hrsg.), Das Verhältnis des vereinigten Deutschlands zu den osteuropäischen Nachbarn, Bochum 1993, S. 51-55.

- Die Deutschlandpolitik der SPD nach dem Kriege, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989, Bonn 1993, S. 11-40.

Jörg Barandat

- Wasser - Ein neues Pulverfaß? Das internationale Gewässersystem Euphrat und Tigris. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 71, Hamburg 1993.

Susanne Bund

- Zwei Jahre deutsche Einheit: Probleme und kein Ende? Auswahlbibliographie zum Themenschwerpunkt, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1993, S. 48-49.
- Jahresbericht 1992, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 73, Hamburg 1993 (Red.).

Hans-Georg Ehrhart

- Die EG, die osteuropäische Herausforderung und die Sicherheit Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10/1993, S. 37-47.
- Urs Leimbacher, Die unverzichtbare Allianz. Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit 1982-1989, Baden-Baden 1992, Besprechung in: Dokumente, Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 2/1993, S. 161-162.
- Hegemoniale Stabilität als konzeptioneller Rahmen, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Was ändert die Einheit?, Gütersloh 1993, S. 103-104.
- The Former Soviet Union and European Security: Between Integration and Re-Nationalization, Baden-Baden 1993 (Hrsg. zus. mit Anna Kreikemeyer und Andrei V. Zagorski).
- Integrating the New Independent States?, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (eds.), The Former Soviet Union and European Security: Between Integration and Re-Nationalization, Baden-Baden 1993, S. 11-16 (zus. mit Anna Kreikemeyer und Andrei V. Zagorski).
- Challenge and Choice, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (eds.), The Former Soviet Union and European Security: Between Integration and Re-Nationalization, Baden-Baden 1993, S. 263-269 (zus. mit Anna Kreikemeyer und Andrei V. Zagorski).

- Ein Restrisiko bleibt immer, in: St. Gallerer Tageblatt, 10. Juni 1993, S. 3.
- Drei Schritte vor, zwei zurück? Die Europäische Union nach Maastricht, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 163-176.
- Die Japan-Politik Frankreichs, in: Vierteljahresberichte, Problems of International Cooperation 133/1993, S. 271-285.
- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).

Valentin Falin

- Die Perestroika und der Zerfall der Sowjetunion. Ein Essay, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 77, Hamburg 1993.
- Politische Erinnerungen, München 1993.

Hans-Joachim Gießmann

- Die zukünftige Rolle Europas in der Internationalen Politik, in: Jörg Calließ (Hrsg.), Die transatlantischen Beziehungen im Umbruch, in: Locomer Protokolle 55/1992, Rehburg-Loccum 1993, S. 33-40.
- Technology Proliferation Control Regimes: Challenges, Risks, and Policy Options in a Changing Environment, in: Götz Neuneck/Otfried Ischebeck (Hrsg.), Missile Proliferation, Missile Defense and Arms Control, Baden-Baden 1993, S. 207-214.
- Schwierige Nachbarschaft: Politische Entwicklungen und Nationalitätenkonflikte in der GUS und Mitteleuropa, in: Gert Krell/Friedhelm

Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 123-137 (zus. mit Ursel Schlichting).

- Die Auflösung der NVA, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1993, S. 8-11.
- Wozu noch Rüstung? Ein Plädoyer für Abrüstung und Konversion, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out-of-area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 115-136.
- "Globale Sicherheit" - Chance oder Trugbild? Herausforderungen und Ansätze, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 78, Hamburg 1993.
- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).

Thorsten Görrissen

- Grenzüberschreitende Umweltprobleme in der internationalen Politik. Durchsetzung ökologischer Interessen unter den Bedingungen komplexer Interdependenz, Baden-Baden 1993.
- Valentin Thurn/Bernhard Clasen (Hrsg.), Klassenfeind Natur. Die Umweltkatastrophe in Osteuropa, Gießen 1992, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1993, S. 61-62.

Lothar Gutjahr

- German Foreign and Defense Policy after Unification, London 1993.
- Between Power Politics and Problem Solving. German political parties, their security outlooks and international relations, in: Jörg Cal-

ließ (Hrsg.), *Die Transatlantischen Beziehungen im Umbruch*, Rehb-
burg-Loccum 1993, S. 169-187.

- No Feind - no Cash. Optionen britischer Sicherheitspolitik in den
neunziger Jahren, in: Jo Angerer/Erich Schmidt-Eenboom (Hrsg.),
Siegernacht NATO. Dachverband der neuen Weltordnung, Berg am
See 1993, S. 169-180.
- Germany and Japan: Future military roles? International Security In-
formation Service (ISIS), Briefing Number 34, London 1993 (zus. mit
Oliver Ramsbotham).

Otfried Ischebeck

- Proliferation von Raketen und Kernwaffen und die deutsche Sicher-
heitspolitik, *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicher-
heitspolitik*, 74, Hamburg 1993.
- Missile Proliferation, Missile Defense and Arms Control, Baden-Ba-
den 1993 (Hrsg. zus. mit G. Neuneck).

Sabine Jaberg

- Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Deutschland als
Friedens- und Zivilmacht in Europa - eine Perspektive, in: Lutz, Die-
ter S. (Hrsg.), *Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftrup-
pen, "out of area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zu-
kunft*, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 159-182.
- Alexandra Stigmayer (Hrsg.), *Massenvergewaltigung. Krieg gegen
die Frauen*, Freiburg 1993, Besprechung in: *Vierteljahresschrift für
Sicherheit und Frieden (S+F)*, 2/93, S. 122-124.

Margret Johannsen

- Education for Peace in the New Germany: Lessons and Perspectives, in: Magnus Haavelsrud (Ed.), *Disarming: Discourse on Violence and Peace*, Tromsø 1993, S. 171-186.

Konrad Klingenburg

- Vom Wert ziviler Hilfe. Die unterschätzte Rolle Deutschlands in den Vereinten Nationen, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), *Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out-of-area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft*, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 137-157.
- Eine neue Agenda für die Vereinten Nationen?, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mütz (Hrsg.), *Friedensgutachten 1993*, Münster/Hamburg 1993, S. 231-243.

Anna Kreikemeyer

- Novaja rol' Soveta Evropy, in: *Mirovaja ekonomika i mezdunarodnye otnosenija*, 6/1993, S. 130-140 (zus. mit. Michael R. Lucas).
- Na puti k edinoj sisteme zennostej v ramkach SBSE, in: *Moskovskij zurnal mezdunarodnovo prava* 3/1993, S. 62-79.
- The Former Soviet Union and European Security: Between Integration and Re-Nationalization, Baden-Baden 1993 (Hrsg. zus. mit Hans-Georg Ehrhart und Andrei V. Zagorski).
- Integrating the New Independent States?, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (eds.), *The Former Soviet Union and European Security: Between Integration and Re-Nationalization*, Baden-Baden 1993, S. 11-16 (zus. mit Hans-Georg Ehrhart und Andrei V. Zagorski).

- Challenge and Choice, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (eds.), *The Former Soviet Union and European Security: Between Integration and Re-Nationalization*, Baden-Baden 1993, S. 263-269 (zus. mit Hans-Georg Ehrhart und Andrei V. Zagorski).

Dieter S. Lutz

- Friedensgebot und Kampfauftrag, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 2/1993, S. 108-120.
- Krieg als ultima ratio? Zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland, *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, 72, Hamburg 1993.
- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik* 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).
- Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out of area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993 (Hrsg.).
- Plädoyer wider die Verlotterung, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), *Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out of area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft*, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 7-10.
- Das Grundgesetz fordert Friedenspolitik, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), *Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out of area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft*, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 27-51.
- Deutschland und die Kollektive Sicherheit. Politische, rechtliche und programmatische Aspekte, Opladen 1993.
- Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen regionaler Einrichtungen

gemäß Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1993, S. 32-35 (zus. mit H. Fischer).

- Weltstaat oder Weltuntergang? "Durchwursteln" als Weltgesellschaftspolitik, in: Fuchs, Katrin/Oertzen, Peter von/Volmer, Ludger (Hrsg.), Zieht die Linke in den Krieg?, Köln 1993, S. 114-153.
- Endzeit: Alptraum oder Wirklichkeit? Plädoyer für eine deutsche Weltinnenpolitik, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 13/1993.
- Deutschland und die kollektive Sicherheit. Der Verfassungsauftrag: "Dem Frieden der Welt dienen", in: Deutsche Vereinigung für politische Bildung, Landesverband Schleswig-Holstein, Politische Bildung in Schleswig-Holstein 1/1993, 13-21.
- "Nachhaltige Entwicklung" als "Weltinnenpolitik". Teil III des Aufsatzes "Endet die Zukunft in der Gegenwart?", in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1993, S. 153-159.
- Paul Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1993, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1993, S. 185-186.
- Graf Baudissin - Reformier, Wissenschaftler, Hochschullehrer, IFSH-aktuell 9/1993; dass. (gekürzt) in: uni hh 4/1993, S. 83-84.
- Amnestie - Eine Einführung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1993, S. 188-193.
- "Der Eskimo von New York", in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1993, S. 214-216.
- Neue Entwicklungen in Europa - Kommt die Abschaffung der Wehrpflicht auch in Deutschland?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Allgemeine Wehrpflicht oder "Schwerter zu Pflugscharen?", Magdeburg 1993.

- Nach der Einheit - Aussöhnung durch Amnestie?, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 14/1993 (zus. mit E. Bahr).

Nicola Mögel

- Die gescheiterte Hoffnung: "Rüstungskonversion" in Rußland, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 79, Hamburg 1993.

Erwin Müller

- Angst vor den Deutschen?, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out-of-area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 63-81.
- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).

Reinhard Mutz

- Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993 (Hrsg. zus. mit Gert Krell und Friedhelm Solms).
- Die Kontroverse über die militärische Rolle Deutschlands in der Welt, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 31-44.
- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).

- Gesamteuropäische Kooperation und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - Eine kritische Bilanz im Blick auf die Zukunft, in: Cord Jakobeit/Alparslan Yenel (Hrsg.), Gesamteuropa - Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 98-117.
- Der Weg zum Frieden - Ideen für ein europäisches Sicherheitskonzept, in: Axel R. Bunz/Klaus Faber/Michael Grüning/Peter Lieber (Hrsg.), Nachdenken über Europa, Berlin 1993, S.188-209.
- Schießen wie die anderen? Eine Armee sucht ihren Zweck, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out of area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993, S.11-26.
- Gegen deutsche Militärinterventionen, in: Ludwig Helbig (Hrsg.), Politik im Aufriß - Sekundarstufe II, Bd. IV, Frankfurt 1993, S. 9-10.
- Zurück zum Faustrecht?, in: Karl-Ludwig Reinders/Rolf Schulz (Hrsg.), Friedenssicherung - Wie können wir Frieden lernen?, Hannover 1993, S. 31.
- Weltweiter Einsatz der Bundeswehr?, in: Jet-News 1/1993, S. 62-63.
- Krieg gegen den Krieg?, in: Jet-News 4/1993, S. 20-34.
- NATO und UNO auf schwankendem Grund, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1993, S. 237-238.
- Chance für eine ganz neue Friedensvorsorge - Zu internationalen Einsätzen der Bundeswehr, in: Kieler Nachrichten vom 3.2.1993, S. 3.
- Die Bundeswehr-Aufgaben sind klar umrissen - Doch die Rechtslage ist längst durchbrochen, in: Der Tagesspiegel vom 23.2.1993, S. 5.
- Kurs halten - Internationale Einsätze deutscher Soldaten müssen auf UN-Missionen beschränkt bleiben, in: Die Zeit 18/1993, S. 12.

- Die Bundeswehr steht am Ende ihrer Geschichte als Friedensarmee - Abschied vom Verteidigungsauftrag und der deutsche Weg zwischen Friedens- und Militärpolitik, in: Frankfurter Rundschau vom 16.7.1993, S. 10.
- Nur Augen für den Platz im Club - Demokratisierung muß bei UNO-Reform im Vordergrund stehen, in: Berliner Zeitung vom 19.7.1993, S. 7.
- Mit neuen Ideen gegen die Gewalt von morgen - Das Dilemma des Pazifismus, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 33/1993, S. 13.
- Bekenntnisse reichen nicht - Gebrauch militärischer Macht: Bonn paßt sich der "Normalität" an, in: Berliner Zeitung vom 12.10.1993, S. 5.

Götz Neuneck

- Missile Proliferation, Missile Defense and Arms Control, Baden-Baden 1993 (Hrsg. zus. mit O. Ischebeck).
- Rüstungstechnologien und Rüstungstransfers, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S.308-322.
- Hochgeschwindigkeitstechnologien und die Möglichkeiten Ihrer Eingrenzung, Bonn November 1992 (Beitrag für die Anhörung "Neue Waffentechnologien unter dem Aspekt der vorbeugenden Rüstungskontrolle" Protokoll der 22. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages (Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses) am 9. November 1992 in Bonn).
- Der Bundeswehrplan 94: Die Hardthöhe und die neue Unübersichtlichkeit, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Deutsche Soldaten weltweit? Blauhelme, Eingreiftruppen, "out of area" - Der Streit um unsere sicherheitspolitische Zukunft, Reinbek bei Hamburg 1993, S.83-112.

- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).

Ursel Schlichting

- Schwierige Nachbarschaft: Politische Entwicklungen und Nationalitätenkonflikte in der GUS und Mittel-Osteuropa, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz/(Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 123-137 (zus. mit Hans-Joachim Gießmann).
- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).

Claudia Schmid

- Regionalkonflikte in der Dritten Welt nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes: alte Probleme und neue Trends, in: Klaus-Dieter Wolf (Hrsg.), Ordnung zwischen Gewaltproduktion und Friedensstiftung, Baden-Baden 1993, S. 111-127.
- Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993 (Hrsg. zus. mit Christopher Daase, Susanne Feske und Bernhard Moltmann).
- Der Palästinakonflikt: wechselnde Spannungsgrade - veränderte Konstellationen - neue Friedenschancen?, in: Christopher Daase/Susanne Feske/Bernhard Moltmann/Claudia Schmid (Hrsg.), Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993, S. 261-285.

- Regionalisierung der Sicherheitspolitik - Eine Bilanz, in: Christopher Daase/Susanne Feske/Bernhard Moltmann/Claudia Schmid (Hrsg.), Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993, S. 302-328.
- Der Israel-Palästina-Konflikt und die Bedeutung des Vorderen Orients als sicherheitspolitische Region nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1993.

Maria Schoppa

- Auf der Suche nach einem neuen Modus vivendi: die polnisch-ukrainischen Beziehungen im Wandel, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 76, Hamburg 1993.

Angelika Spelten

- Bevölkerungswachstum als globales Problem, in: Gert Krell/Friedhelm Solms/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 1993, Münster/Hamburg 1993, S. 177-189.

Thomas Wehner

- Walter Laqueur, Europa auf dem Weg zur Weltmacht, München 1992, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1993, S. 183-184.

Wolfgang Zellner

- Ungarns Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Westorientierung und regionalen Risiken in Mittel- und Südosteuropa, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 80, Hamburg 1993.

5. Anhang

5.1. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit" (CENSIS)

Die Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg hat die Durchführung von Forschung und Lehre, sowie die Pflege von internationalen Kontakten auf dem Grenzgebiet zwischen Naturwissenschaft und internationaler Sicherheit zum Ziel. Sie arbeitet u.a. mit dem IFSH zusammen.

Ziel von CENSIS war und ist es, Fragestellungen aus dem Grenzbereich zwischen Naturwissenschaft und Internationaler Sicherheit in interdisziplinären Forschungsprojekten zu bearbeiten sowie in die Lehre in der Universität einzubringen. Die Gruppe will - aus den Fachdisziplinen heraus - Wissenschafts- und Technikfolgen untersuchen und Ansätze und Verfahren für einen verantwortlichen Umgang mit Wissenschaft und Technik erarbeiten.

Die bisher begonnenen Forschungsaktivitäten beziehen sich hauptsächlich auf die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa. Es wurden Projekte zu den folgenden Themenbereichen bearbeitet:

- Mathematische Studien zu Abrüstung und Stabilität (Projektleiter: Prof. Dr. William Kerby)
- Verifikation konventioneller Abrüstung in Europa mittels Fernbeobachtung:
 - Projekt OSCAR: Rechnergestützte Bildauswertung (Projektleiterin: Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer)
 - Physikalische Grundlagen der Fernerkundung (Projektleiter: Prof. Dr. Johannes Bienlein, Prof. Dr. Hartwig Spitzer)
- Modernisierung und Stabilität: Die Auswirkung neuer Waffentechnologien und ihrer Begrenzung (Projektleiter: Prof. Dr. Hartwig Spitzer)

Vorstudien für die späteren Projekte wurden - finanziert durch das IFSH - von Dipl. Inf. Ch. Drewniok und Dipl. Phys. R. Reimers begonnen. Die volle Projektarbeit begann Ende 1989. Dr. Otfried Ischebeck wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter eingestellt. Er arbeitet derzeit im Rahmen eines vom IFSH über Drittmittel der VW-Stiftung finanzierten Vorhabens (vgl. ausführlicher Jahresbericht 1992).

5.2. Reihenübersicht

"Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- | | | |
|------|----|--|
| Heft | 1 | Reinhard Mutz, Gemeinsame Sicherheit. Grundzüge einer Alternative zum Abschreckungsfrieden. März 1986.* |
| Heft | 2 | Dieter S. Lutz, Gemeinsame Sicherheit. Zur Entstehung einer neuen Konzeption und zur bisherigen Resonanz in der Bundesrepublik. Mai 1986.* |
| Heft | 3 | Peter Wilke/Herbert Wulf, Manpower Conversion in Defence Related Industry. A report prepared for the International Labour Office. Juni 1986.* |
| Heft | 4 | Christiane Rix/Peter Wilke, Gemeinsame Sicherheit. Politische Strategie und alternatives Konzept. Juli 1986.* |
| Heft | 5 | Reinhard Mutz, Common Security. Elements of an Alternative to Deterrence Peace. Engl. version of vol. 1, translated by Dennis Mercer. September 1986.* |
| Heft | 6 | William Kerby, The Impact of Space Weapons on Strategic Stability and the Prospects for Disarmament - A Quantitative Analysis. Oktober 1986. |
| Heft | 7 | Hanne-Margret Birckenbach/Christoph Sure, "Warum haben Sie eigentlich Streit miteinander?" Kinder schreiben an Reagan und Gorbatschow über ihre Kriegsängste und Wünsche nach Frieden. Dezember 1986.* |
| Heft | 8 | Dieter S. Lutz, Common Security - the New Concept. Distinctive Features and Structural Elements of Common Security Compared with Other Security Policy Methods and Strategies. Dezember 1986.* |
| Heft | 9 | Alexander Theilmann, Die Diskussion über militärische Defensivkonzepte. Entwicklungen, Inhalte, Perspektiven. Dezember 1986.* |
| Heft | 10 | Christiane Rix, Ansätze für eine neue Sicherheitspolitik der DDR. Dezember 1986.* |
| Heft | 11 | Dieter S. Lutz, Security Partnership and/or Common Security? On the Origins and Development of a New Concept and on the Criticisms and Reactions to it in |

- the FRG and GDR. Translated by Andrew Denison. Dezember 1986.*
- Heft 12 Günther Baechler, EDI. "European Defence Initiative". Implications of Missile Defence in Europe for West German Security Policy (mit A. Statz). Dezember 1986.
- Heft 13 Dieter S. Lutz, Grundgesetz und Gemeinsame Sicherheit. Zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Gemeinsamer Sicherheit nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. März 1987.*
- Heft 14 Egon Bahr/Dieter S. Lutz, Nach der Einheit - Aussöhnung durch Amnestie?, Dezember 1993.
- Heft 15 Horst Fischer, Völkerrechtliche Normenbildung und sicherheitspolitische Konzeptionen. Aktuelle Rechtsquellenprobleme und die Implementation Gemeinsamer Sicherheit. Mai 1987.
- Heft 16 Tordis Batscheider, Star Wars: Das Ende der Abschreckung? Zur Rückführung einer aktuellen Streitfrage auf ihre grundsätzliche Bedeutung. Juni 1987.
- Heft 17 Pal Dunay, Hungary's Security Policy. Juni 1987.
- Heft 18 Hans Carl von Werthern, Die Außenpolitik neutraler Staaten in Europa und ihr Beitrag zur Entspannung. Juli 1987.
- Heft 19 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop "Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties". Hamburg, November 13/14, 1986, Part I. Juni 1987.
- Heft 20 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop "Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties". Hamburg, November 13/14, 1986, Part II. Juni 1987.
- Heft 21 Günther Baechler/Christiane Rix, Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse: Wandel der Rolle des Militärischen in den "Ost-Ost-Beziehungen". November 1987.*
- Heft 22 Dieter S. Lutz, Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit. Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit. November 1987.*
- Heft 23 Herbert Wulf, Deutsche Waffen für die Dritte Welt.

- Die bestehenden Gesetze werden ausgehöhlt, umgangen, gebeugt und gebrochen. Dezember 1987.*
- Heft 24 Veröffentlichungen 1971-1987 - Gesamtverzeichnis. Dezember 1987.*
- Heft 25 Dieter S. Lutz, On the Theory of Structural Inability to Launch an Attack. Januar 1988.*
- Heft 26 Jahresbericht 1987. Febr. 1988.*
- Heft 27 Gemeinsame Sicherheit und Friedliche Koexistenz. Ein gemeinsamer Report des IFSH (Hamburg) und des IPW (Berlin/ DDR) über ihre wissenschaftlichen Diskussionen. Mai 1988.*
- Heft 28 Hanne-Margret Birckenbach, Die Überwindung von Feindschaft im Ost-West-Konflikt - zur politischen Psychologie einer Streitkultur. Juni 1988.*
- Heft 29 Günter Bächler, Friedensfähigkeit von Demokratien, Demokratisierung der Sicherheitspolitik und Strukturelle Angriffsunfähigkeit. Juli 1988.*
- Heft 30 Nick Fiorenza, The Balance of Forces in Central Europe. August 1988.
- Heft 31 Margret Johannsen/Dieter S. Lutz, Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung. Eine Einführung mit Anregungen für Unterricht und Weiterbildung. September 1988.*
- Heft 32 Andreas Pott, Europäische Sicherheit I - Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa? September 1988.
- Heft 33 Margret Johannsen/Herbert Wulf (Hrsg.), Dokumentation der Konferenz "Verantwortung für Frieden und Arbeit". Oktober 1988.*
- Heft 34 Ludger Dünne, Zur Frage der Realisierung "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit" im Rahmen konventionell bewaffneter Landstreitkräfte. September 1988.*
- Heft 35 Götz Neuneck, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und konventionelle Rüstungskontrolle. Wege zur Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses. Dezember 1988.*
- Heft 36 Jahresbericht 1988. Februar 1989.*
- Heft 37 Hanne-Margret Birckenbach, Die SPD-SED-Vereinbarungen über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Eine Fallstudie zu den Chancen und

- Schwierigkeiten kommunikativer Friedensstrategien. April 1989.*
- Heft 38 Dieter S. Lutz, Basic Law, Security and Peace, Armament and Disarmament. September 1989.*
- Heft 39 H.-G. Ehrhart/H. Bauer/A. P. Teicht, Sicherheitspartner im Werden? Frankreich und die Europäische Sicherheit. Oktober 1989.*
- Heft 40 Axel Krohn/Dieter S. Lutz, Europäische Sicherheit II. Oktober 1989.*
- Heft 41 Dieter S. Lutz, Luftstreitkräfte, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Abrüstung. November 1989.
- Heft 42 Roland Reimers, The Technological Aspects of Remote Sensing for Verification Purposes. Dezember 1989.
- Heft 43 Dieter S. Lutz, Deutsche Einheit - Europäische Sicherheit. März 1990.*
- Heft 44 Matthias Bartke/Margret Johannsen (Hrsg.), Zur Zukunft Deutschlands. Januar 1990.*
- Heft 45 Hans-Georg Ehrhart, Modelle europäischer Sicherheit. Januar 1990.*
- Heft 46 Jahresbericht 1989. April 1990.*
- Heft 47 Lothar Gutjahr, Konservative Reaktionen auf das Ende von Jalta. Mai 1990.
- Heft 48 Michael R. Lucas, The Conference on Security and Cooperation in Europe and the Post-Cold War Era. September 1990.
- Heft 49 Itshak Ledermann, Arms control and Verification: Past Development, German Approaches to CFE Verification and Possible Models of Verification in the Future. Oktober 1990.
- Heft 50 Lothar Jung, Die Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion unter Gorbatschow. Oktober 1990.
- Heft 51 Bhupendra Jasani, European Arms Control Verification From Space. Oktober 1990.
- Heft 52 Mathias Martin, Sowjetische Sicherheitspolitik und Kollektive Sicherheit. Dezember 1990.
- Heft 53 Jahresbericht 1990. Januar 1991.*
- Heft 54 Hans-Georg Ehrhart/Birgit Kreikemeyer/Ursel Schlichting, Die Sowjetunion in Europa. Beiträge zur "sowjetischen Frage". Mai 1991.*

- Heft 55 Roland Kaestner (Red.), Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Dokumentation der Kolloquien des IFSH 1990. Juni 1991.*
- Heft 56 Claudia Schmid, Lokale, regionale und internationale Dimensionen des Golfkonfliktes. August 1991.*
- Heft 57 Lothar Gutjahr/Oliver Ramsbotham, Components of a New Atlanticism. September 1991.*
- Heft 58 Jaromir Cekota, The Political Economy of Disarmament in the 1990s. September 1991.*
- Heft 59 Dieter S. Lutz, Völkerrecht und Friedensordnung. Diskussionsbeiträge. September 1991.*
- Heft 60 Frank Schimmelfennig, Konferenzdiplomatie als regionale Friedensstrategie. Läßt sich das KSZE-Modell auf den Vorderen Orient übertragen? November 1991.*
- Heft 61 Maria Schoppa, Der Wandel in Europa und die Sicherheit Polens. Januar 1992.*
- Heft 62 Hans-Georg Ehrhart, Sicherheit durch Assoziation und Integration? Zur sicherheitspolitischen Einbindung des "Ostens" - Analyse und Dokumentationen. Januar 1992.*
- Heft 63 Jahresbericht 1991. Februar 1992.*
- Heft 64 Jörg Wissdorf, Doktrin und Struktur. Eine Studie über den Zusammenhang von sicherheitspolitischen Konzepten und Streitkräftestrukturen unter besonderer Berücksichtigung von defensiven Einsatzoptionen für Luftstreitkräfte. Mai 1992.*
- Heft 65 Andrei Zagorski, Die menschliche Dimension der KSZE, die Sowjetunion und Rußland. Juli 1992.*
- Heft 66 Ursel Schlichting/Jörg Wallner, Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die ehemals sowjetischen Streitkräfte: Ein schwieriges Erbe. September 1992.*
- Heft 67 Margret Johannsen, Amerikanische Nuklearwaffen in Europa: Rückblick und Ausblick. Oktober 1992.*
- Heft 68 Peter D. Zimmerman, Using Synthesized Images to Establish Monitoring Capabilities. Oktober 1992.*
- Heft 69 Marian Dobrosielski, Deutsche Minderheiten in Polen. Dezember 1992.*

- Heft 70 Sabine Jaberg, KSZE 2001, Profil einer Europäischen Sicherheitsordnung - Bilanz und Perspektiven ihrer institutionellen Entwicklung. Dezember 1992.*
- Heft 71 Jörg Barandat, Wasser - Ein Pulverfaß. Dezember 1992.*
- Heft 72 Dieter S. Lutz, Krieg als ultima ratio? Zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland. Januar 1993.*
- Heft 73 Jahresbericht 1992. Februar 1993.*
- Heft 74 Otfried Ischebeck, Proliferation von Raketen und Kernwaffen und die deutsche Sicherheitspolitik. März 1993.*
- Heft 75 Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -. April 1993.*
- Heft 75 English Version: From the Law of the Strongest to the Strength of the Law. A European Security Community (ESC) to Safeguard Peace and Security - A Study by the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH) - April 1993.
- Heft 76 Maria Schoppa, Auf der Suche nach dem neuen Modus vivendi: die polnisch-ukrainischen Beziehungen im Wandel. April 1993.*
- Heft 77 Valentin Falin, Die Perestroika und der Zerfall der Sowjetunion. Ein Essay. April 1993.*
- Heft 78 Hans-Joachim Gießmann, "Globe Sicherheit" Chance oder Trugbild? Herausforderungen und Ansätze. August 1993.*
- Heft 79 Nicola Mögel, Die gescheiterte Hoffnung: "Rüstungskonversion" in Rußland. Dezember 1993.
- Heft 80 Wolfgang Zellner, Ungarns Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Westorientierung und regionalen Risiken in Mittel- und Südosteuropa, Dezember 1993.

"Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- Heft 1 Dieter S. Lutz/Tordis Batscheider, Was bedeuten SDI, BMD, ASAT, EUREKA, EVI, ATM, ABM? Eine Einführung in die Diskussion um die militärische Nutzung des Weltraums. September 1986.*
- Heft 2 Dieter S. Lutz/Susanne Bund, Was heißt Frieden? Eine Einführung aus Anlaß des UN-Friedensjahres 1986. Juni 1987.
- Heft 3 Egon Bahr/Dieter S. Lutz/Erwin Müller/Reinhard Mutz, Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa. Dezember 1987.*
- Heft 4 Margret Johannsen, Die Doppelte Null-Lösung. Dezember 1987.*
- Heft 5 Christiane Rix, Außenpolitische Aspekte des Neuen Denkens in der Sowjetunion. Januar 1988.
- Heft 6 Herbert Wulf, Was heißt Rüstungskonversion? Februar 1988.
- Heft 7 Dieter S. Lutz, 1949-1989. Das Friedensgebot des Grundgesetzes - Anspruch und Wirklichkeit im vierzigsten Jahr. Mai 1989.
- Heft 8 Dieter S. Lutz, Tiefflug - Daten, Fakten, Probleme, Alternativen. Juli 1989.
- Heft 9 Stellungnahme des IFSH zu den Verhandlungen "Zwei plus Vier": Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa - Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft. April 1990.
- Heft 10 Krieg oder Frieden am Golf? Stellungnahme des IFSH zur Golfkrise. November 1990.*
- Heft 11 Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg. März 1991.*
- Heft 12 Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Alte Probleme und neue Herausforderungen. Eine Studie aus dem IFSH. Januar 1992.*
- Heft 13 Dieter S. Lutz, Endzeit: Alptraum oder Wirklichkeit? Plädoyer für eine deutsche Weltinnenpolitik. August 1993.

Heft 14 Egon Bahr/Dieter S. Lutz, Nach der Einheit - Aussöhnung durch Amnestie? Dezember 1993.

**"Pädagogische Informationen zur Friedensforschung
und Sicherheitspolitik"**

Heft 1 Jens Müller-Kent, Rüstungskonversion - Ein Thema für den Unterricht? März 1988.*

Heft 2 Margret Johannsen, Baupläne für Europa. Institutionen europäischer Sicherheit in den 90er Jahren. September 1990.

Heft 3 Günther Gugel, Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst 1991. November 1991.

*) vergriffen

5.3. Kontakte des IFSH - eine Auswahl

- Amerika-Haus, Hamburg
- American Institute for Contemporary German Studies, The Johns Hopkins University, Washington, USA
- Arbeitsgruppe Friedensforschung, Universität Tübingen
- Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
- Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin
- Association for Political Sciences of Uzbekistan, Taskent
- Australian National University, Research School of Pacific Studies, Canberra, Australien
- Berghof-Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin
- Birkbeck-College, University of London, Großbritannien
- Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Bremen
- Brookings Institution, Washington, USA
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Center for International Affairs, Harvard University
- Center for International Relations, Queens University, Kingston, Kanada
- Center for Strategic and International Studies, Washington D.C.
- Center of International Studies, Moscow State Institute of International Relations, Ministry of Foreign Affairs, Moscow
- Center of Peace and Conflict Research at the University of Copenhagen, Dänemark
- Centre Interdisciplinaire des Recherches sur la Paix et d'Etudes de Sécurité (CIRPES), Paris, Frankreich
- Committee for External Relations of the Supreme Soviet of the Republic of Kazakhstan, Alma Ata
- Congressional Research Service, Washington, D.C.
- Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln/Oberpfaffenhofen
- Deutsche Forschungsgemeinschaft, Bonn
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Bonn

- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft, Hamburg
- Deutscher Bundestag, Büro für Technikfolgenabschätzung, Bonn
- Europäisches Parlament, Straßburg / Brüssel
- Europa-Institut, Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau
- Europarat, Forschungssekretariat, Straßburg
- Europarat, Direktion Menschenrechte, Straßburg
- European Institute for Security, Luxemburg
- Federation of American Scientists (FAS), Washington, USA
- Fondation pour les Etudes de Défense Nationale, Paris
- Forschungsgruppe Europa, Institut für Politikwissenschaft, Johannes-Gutenberg Universität, Mainz
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- Forschungsstelle Umweltpolitik, Freie Universität Berlin
- Forum Informatik für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Hamburg
- Friedensforschung Linz, Österreich
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- George Washington University, Washington, D.C.
- Gorbatschow-Stiftung für sozialwissenschaftliche und politische Forschung, Moskau
- Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Hamburg
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Düsseldorf
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt
- Humboldt-Universität zu Berlin
- IANUS, Institut für Kernphysik, TH Darmstadt
- Innovations- und Technologieberatungstelle, IG-Metall
- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris, Frankreich
- Institut für allgemeine Überseeforschung, Hamburg
- Institut für Europäische Politik, Bonn
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum
- Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, FU Berlin
- Institut für Lehrerfortbildung, Hamburg
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg

- Institut für USA- und Kanada-Studien, Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau
- Institute for Defence Studies and Analysis, Neu Delhi, Indien
- Institute for East-West-Security Studies, New York
- Institute for Peace and International Security (IPIS), Cambridge, Mass., USA
- Institute for Pedagogics, University of Bishkek, Kyrgyzstan
- Institute for Policy Studies (IPS), Washington, USA
- Institute for World Policy, New York, USA
- Institute of International Relations, Prag
- Inter Nationes, Hamburg
- International Institute for Strategic Studies (IISS), London
- Kazakhstan Association for the Advancement of International Scholarly Projects and Exchanges (KAAISPE), Alma Ata
- King's College, Department of War Studies, London
- Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin
- Landesverteidigungsakademie, Wien,
- Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg
- Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
- MacArthur-Foundation, Chicago, USA
- Mohyla-Academy at the University of Kiev, Ukraine
- Naturwissenschaftler für den Frieden, Hamburg
- Österreichisches Institut für Friedensforschung, Stadtschlaining
- Orient-Institut, Hamburg
- Ostkolleg, Köln
- Oxford Research Group, Oxford
- Pacific Institute for Studies in Development, Environment and Security, Berkeley
- Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen
- Purdue University, Indiana, USA
- Royal Institute of International Affairs, London
- Schweizerische Friedensstiftung, Bern
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI), München
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm
- Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland
- UNESCO-Institut für Pädagogik, Hamburg

- **Union of Concerned Scientists, Washington D.C.**
- **United Nations Institute for Disarmament and Development Research (UNIDIR), Genf**
- **Universität der Bundeswehr, Hamburg**
- **Universität der Bundeswehr, München**
- **University of St. Louis, Missouri, USA**
- **Verein für Friedenspädagogik, Tübingen**
- **Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Berlin**
- **Volkswagen Stiftung, Hannover**
- **Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, Koblenz**

Mini-UNO für Euro-Frieden

Egon Bahr stellt in Hamburg neues Sicherheitsmodell vor

Hamburg - Der Kalte Krieg ist vorbei - der Frieden weit entfernt, siehe Jugoslawien. Hamburgs Friedensforscher um Egon Bahr haben über ein Gegenmittel nachgedacht. Ihr Vorschlag: Gründung einer



„UNO ist zu schwerfällig“:
Egon Bahr sorgt sich um
Europas Zukunft.

Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG), einer kleinen UNO.

Das Grundprinzip: Konsequentes Einstehen aller für den inneren und äußeren Frieden jedes Mitglieds - weswegen es im Euro-Sicherheitsrat auch kein Veto-Recht geben soll. Oberstes Gebot: Gewaltfreiheit. Der gemeinsame Rat soll aufpassen, daß sich kein Staat, nach innen oder nach außen, Waffengewalt anmaßt. Die soll der Angreifer - als letztes Mittel - selbst zu spüren bekommen, wenn er anders, durch Wirtschaftssanktionen etwa, nicht zur Vernunft zu bringen ist.

Dazu schlagen die Friedensforscher die Gründung einer europäischen Sicherheitstruppe vor. Angenehmer Nebeneffekt: Durch Bündelung der Kräfte könnten die einzelnen ESG-Mitglieder Militärkosten sparen.

Warum ESG, wo es doch die „Weltpolizei“ UNO gibt? Viel zu schwerfällig, sagt Bahr. Beispiel Jugoslawien: Neun Monate brauchte der UN-Sicherheitsrat für die Verhängung eines Waffenembargos.

„Eine Gemeinschaft kann nicht zusammengezwungen werden“, weiß Bahr. Aber: „In zehn Jahren müßte die ESG eigentlich zu verwirklichen sein“ - gerade unter dem Eindruck der jugoslawischen Ereignisse.

Heiner Klaffs

Stärke des Rechts soll Recht des Stärkeren in Europa ersetzen

Friedensinstitut schlägt Sicherheitsgemeinschaft vor / Zivile Konfliktlösung und übernationales Gewaltmonopol angestrebt

Von unserem Redaktionsmitglied Edgar Auth

FRANKFURT A.M., 27. April. Eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) hat jetzt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg (ISFH) vorgeschlagen. Keine der Hoffnungen nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation sei erfüllt worden, begründet das von dem SPD-Sicherheitsexperten Egon Bahr geleitete ISFH seinen Vorschlag. Die Spaltung Europas dauere an, NATO und Westeuropäische Union (WEU) garantierten Sicherheit nur für ihre Mitglieder im Westen. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) und die UN verfüge zwar über die notwendigen Regelwerke, nicht aber über die Mittel zu ihrer Umsetzung. Aus dem Graben zwischen Blöcken und Ideologien sei ein „Steilhang des Wohlstandes und der Stabilität“ geworden, auf dem auch noch der Krieg Realität und Bedrohung für alle sei.

Die ESG solle dagegen gemeinsame Sicherheit bieten. Sie stehe allen KSZE-Mitgliedern — einschließlich der USA und Kanadas — offen. Ihr Vorbild bildeten die UN, so wie sie gedacht, aber nicht verwirklicht seien. Die Gemeinschaft habe konsequent für die Sicherheit jedes Mitglieds einzustehen. Gleiche Rechte

und Pflichten gälten für große wie kleine Staaten. Um verlässlich funktionieren zu können, müsse ein „übernationaler Mechanismus“ eingeführt werden. Deshalb dürfe nur die ESG, nicht mehr ihre Einzelmitglieder, Gewalt als letztes Mittel anwenden. Vom Recht des Stärkeren gelange man so zur Stärke des Rechts.

Die ESG ist als „regionale Abmachung“ gemäß Kapitel VII der UN-Charta gedacht. Ihren Hauptzweck, die Aufrechterhaltung des Friedens und den Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten, erfüllt sie laut ISFH vornehmlich durch friedliche Streitbeilegung. Dazu diene „ein breiter Fächer ziviler Einwirkungsmöglichkeiten“: Zur Verfügung stünden die „klassischen Mittel der Diplomatie“, also Beratung, Verhandlung, Vermittlung und Schlichtung. Streitfragen kämen vor ein Schiedsgericht. Wer dessen Spruch mißachte, werde als Aggressor behandelt, so die ISFH-Studie. Die ESG könne sich an der Regierung eines Rechtsbrechers vorbei direkt an die Bevölkerung wenden, beispielsweise durch Aufrufe zur Fahnenflucht. Mit elektronischen Medien, etwa per Satellit, werde einseitiger Feindpropaganda Gegenaufklärung entgegengesetzt und Gewaltbereitschaft vermindert.

Wirtschaftssanktionen stellen ein weiteres Mittel der ESG zur Kriegsverhütung dar, schreibt das ISFH. Bei einem strategischen Embargo würden einem möglichen Aggressor militärisch wichtige Güter wie Waffen, Munition, Fahrzeuge vorenthalten. Es zielen auf die Fähigkeit, Krieg zu führen. Das Totalembargo betreffe alle zur Aufrechterhaltung der Produktion nötigen Waren. Es solle den Willen, Krieg zu führen, schwächen, bestrafe auch die Zivilbevölkerung und komme nur nach genauer Abwägung in Frage.

Letztes Mittel wäre militärische Gewalt. Neben rein defensiven Territorialverteidigungskräften denkt das ISFH an eine hochbewegliche und kampfkraftige Einsatztruppe für friedens erzwingende Interventionen innerhalb der ESG. 100 000 Mann würden genügen, schätzt das Institut. Ein Kampfverband von etwa einer Division könne frühzeitig in Krisengebiete verlegt werden, um Rechtsbrechern Entschlossenheit zu signalisieren. So werde bei kostspieligen Großwaffensystemen einschneidend weiter abgerüstet mit dem daraus folgenden wirtschaftlichen und sozialen Nutzen. Schrittweise komme man auf weniger als die Hälfte der heute auf ESG-Gebiet stehen-

den rund vier Millionen Soldaten. Das ISFH schlägt vier Organe für die Sicherheitsgemeinschaft vor, die sich nach einem ausgeklügelten System der Gewaltenteilung (checks and balances) gegenseitig kontrollieren sollen, ohne sich lahmzulegen: Einen Europäischen Sicherheitsrat aller Mitglieder, eine ständige ESG-Kommission mit ständigen und wechselnden Angehörigen, den ESG-Generalsekretär und ein Schiedsgericht. Der Generalsekretär als Exekutivorgan würde alle fünf Jahre gewählt. Er sollte aus einem kleineren Mitgliedsstaat kommen. Ihm obläge die Durchführung beschlossener Aufgaben, aber auch vorbeugende Diplomatie und Vermittlung.

Ein Anhang des ISFH-Papiers beschäftigt sich mit der ausdrücklich nur hypothetisch gestellten Frage, wie sich der Jugoslawien-Konflikt entwickelt hätte, wenn die ESG schon bestanden hätte. Dazu heißt es, die ESG hätte sich früher, als dies EG und UN getan haben, eingeschaltet und auch Truppen entsandt. Fraglich sei, ob Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina anerkannt worden wären, ohne daß die ESG deren Grenzen, die aus dem alten Jugoslawien übernommen wurden, überprüft hätte.

Frankfurter Rundschau, 28. April 1993, S. 1

Friedensinstitute fordern Bonn auf, den politischen Handlungsspielraum zu nutzen

Vorschläge zur Reform der Vereinten Nationen / Deutliche Kritik am Versagen auf dem Balkan / Anerkennung für Fortschritte bei der Abrüstung

K.F. FRANKFURT, 15. Juli. Mit Empfehlungen an die deutsche Politik haben drei Friedensforschungsinstitute am Donnerstag die Vorlage des von ihnen erstellten „Friedensgutachtens 1993“ versehen. Das den Krieg im ehemaligen Jugoslawien wieder an der Spitze negativer Entwicklungen in Europa sieht. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine Stärkung der Vereinten Nationen einzusetzen und die „Chance einer qualitativ neuartigen Friedensvorsorge unter der Regie der internationalen Rechtsgemeinschaft“ zu nutzen, „statt sich nur um privilegierte Teil habe an den alten Strukturen“ zu bemühen. Deutschland solle sich für die Reformvorschläge des UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali einsetzen, die er in seiner „Agenda für den Frieden“ niedergelegt hat. Die Vorschläge haben die finanzielle Sanierung der UN ebenso zum Ziel wie die Aufstellung eines internationalen Streitkräftekontingents, über das der Generalsekretär bei dringendem Bedarf ohne Zeitverzug oder zur Prävention verfügen möchte.

Unter Bezug auf die Debatte über die künftige deutsche Sicherheitspolitik wird empfohlen, Deutschland solle sich vorrangig für den Ausbau nichtmilitärischer Sanktionsmöglichkeiten und deren Anwendung stark machen. Doch wird in dem Gutachten, an dessen Abfassung die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und das Institut für Friedensfor-

schung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) beteiligt waren, auch dafür plädiert, daß Deutschland in der Lage sein müsse, „sich mit gleichen Rechten und Pflichten wie jeder andere Staat auch an militärischen Maßnahmen kollektiver Sicherheit zu beteiligen, sei es im Rahmen der UNO oder eines noch zu schaffenden gesamteuropäischen Sicherheitssystems“. Dabei müsse es zunächst darum gehen, Waffenstillstände zwischen Kriegsparteien zu sichern sowie humanitäre Hilfe, die Versorgung der Bevölkerung und die Sicherung von Schutzzonen durchzusetzen.

Unter Hinweis auf den gegenwärtigen verfassungspolitischen Streit über das künftige militärische Engagements Deutschlands halten die Autoren eine „Ergänzung des Grundgesetzes für unabdingbar“, damit multinationale Einsätze der Bundeswehr außerhalb der bestehenden Bündnisverpflichtungen möglich würden. Einem Kampfeinsatz im Auftrag der Vereinten Nationen solle eine Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages vorausgehen; das hält auch Außenminister Kinkel für erwägenswert, weil er so die Stimmen der SPD im Bundestag für eine Grundgesetzänderung zu erlangen hofft.

Verbunden mit der Kritik, daß die KSZE – nicht nur wegen der Vorgänge auf dem Balkan – mit dem wachsenden sicherheitspolitischen Handlungsbedarf nicht Schritt halte, wird die Erwartung geäußert, daß die „Entscheidungsstrukturen und die politische Substanz der KSZE zu

stärken“ seien. Die deutsche Außenpolitik solle darauf hinwirken, daß die KSZE zu einer supranationalen Organisation mit politisch effizienten Entscheidungsgremien ausgebaut werde. Die Bundesregierung solle zudem auf eine unbefristete und an keine Bedingungen geknüpfte Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages dringen.

Die Friedensforscher loben die Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und der Abrüstung, insbesondere den Anschluß des Start-II-Vertrags zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland. Die Aussichten für einen umfassenden nuklearen Teststopp seien günstig. Nach 25 Jahren diplomatischer Bemühungen habe im Januar die internationale Konvention über ein allgemeines Verbot und die vollständige Vernichtung aller chemischen Waffen sowie deren Produktionsanlagen unterzeichnet werden können. Gewürdigt wird auch die friedliche Teilung der Tschechoslowakei zum Jahresbeginn.

Dem steht eine vernichtende Bilanz des Kriegs auf dem Balkan und der Folgen für die Staatengemeinschaft gegenüber. Alle Versuche, die serbische Aggression – mehr als 250 000 Menschen sollen insgesamt getötet worden sein – durch wirtschaftlichen und politischen Druck oder im Wege diplomatischer Vermittlung zu stoppen, seien gescheitert. Ein dauerhafter Waffenstillstand habe nicht erzwungen werden können. Grund dafür ist offenkundig auch westliche Unentschiedenheit und fehlender Entschlossenheit zur Konfliktbeendigung:

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft hätten „zu keiner Zeit eine gemeinsame politische Konzeption verfolgt; der Wille, der Aggression entschieden entgegenzutreten, hat von Anfang an gefehlt“. Allerdings gibt das Gutachten auch zu bedenken, daß Bombardements aus der Luft oder eine Lockerung des Waffenembargos gegen Bosnien – wie gelegentlich von der amerikanischen Regierung Clinton erwogen, von der großen Mehrheit der Europäer aber abgelehnt – einen dauerhaften Waffenstillstand nicht erreichen könnten, „jedenfalls nicht zu vertretbaren Kosten“.

Der Frankfurter Friedensforscher Krell gestand bei der Vorlage am Donnerstag in Bonn ein, daß die drei Institute unterschiedlicher Auffassung seien hinsichtlich der Ausweitung des Schutzzonenkonzepts in Bosnien-Herzegowina und der Erhöhung der UN-Soldaten dort. Der SPD-Politiker und Direktor des Hamburger Instituts, Bahr, sagte, für das ehemalige Jugoslawien gebe es nur noch eine Priorität: „Die Waffen sollen schweigen, und fast um jeden Preis.“

Als „größter Skandal in Deutschland“ wird die Welle der Gewalt gewertet. Die Zahl rechtsextremistischer Anschläge sei von durchschnittlich weniger als 200 auf 2285 im vergangenen Jahr gestiegen. 17 Personen seien 1992 getötet worden; neunzig Prozent der Anschläge hätten sich gegen Ausländer gerichtet. „Das bewährte politische System der Bundesrepublik steht vor einer ernststen Belastungsprobe“, warnte Krell.

Forscher vermissen deutsches Konzept zur Förderung des Friedens

Gutachten mahnt zivile internationale Beziehungen und Schuldenerlaß für arme Länder an / Differenzen über Militäreinsätze

Von unserem Redaktionsmitglied Edgar Auth

FRANKFURT A. M., 15. Juli. Die Bundesrepublik sollte nach Auffassung dreier führender deutscher Friedensforschungsinstitute die Chance einer „neuartigen Friedensvorsorge unter der Regie der internationalen Rechtsgemeinschaft nutzen“. Sie dürfe nicht zurückfallen und sich in nationale Macht- und Interessenpolitik verstricken, sagte Gert Krell, Mitherausgeber des „Friedensgutachtens 1993“ von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), als er die Expertise am Donnerstag der Öffentlichkeit vorstellte. Neben der HSFK wurde sie von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg und vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) erstellt.

In dem Buch bedauern die Forscher, daß sich die außenpolitische Debatte auf den Streit um die künftige Rolle deutscher Streitkräfte verenge. Dabei drohe das Ziel einer „Zivilisierung der internationalen Beziehungen verlorenzugehen“. Wir vermissen ein klares Programm zur Förderung des Friedens in der Welt und in Europa“, schreiben sie.

Um Gewaltursachen zu verringern,

müssen die reichen Länder nach Ansicht der Gutachter den Entwicklungsländern und Osteuropa die Möglichkeit eröffnen, „bei einer Reihe von Produkten kalkulierbare Exportüberschüsse zu erzielen“. Der Gewinn dürfe aber nicht zum Abzahlen von Schulden verwandt werden, sondern müsse der dortigen Bevölkerung zugute kommen. Den ärmsten Ländern müßten die Schulden ganz erlassen werden. Bei weniger bedürftigen Staaten müsse zurückgezahlte staatliche Entwicklungshilfe von den Gläubigern in Schuldnerländern entwicklungspolitisch sinnvoll wiederverwendet werden. Ohne ein solches Konzept „bleibt die ‚neue Verantwortung Deutschlands‘ eine Phrase“, sagte Krell.

Auch die Bundesrepublik unternimmt nach Beobachtung der Wissenschaftler derzeit nichts, um die notwendige Reform der Vereinten Nationen in die Wege zu leiten. Nötig sei es, die UN finanziell zu sanieren und ein internationales Streitkräftekontingent aufzustellen, über das der Generalsekretär schnell und kriegsvorbeugend verfügen könnte.

Nach dem Ost-West-Konflikt sehen die Autoren günstige Bedingungen für eine „gesamteuropäische Friedensordnung“, in der eine multinationale Sicherheitsorga-

nisation über den Frieden wacht. Auf Gewalt zur Veränderung bestehender Grenzen werde dann unter der „Stärke des Rechts“ verzichtet. Anknüpfungspunkt sei die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Für den Fall, daß sich auf zivile Wege Gewalt nicht vermeiden läßt, „sollte die Bundesrepublik in der Lage sein, sich mit gleichen Rechten und Pflichten wie jeder andere Staat an militärischen Maßnahmen kollektiver Sicherheit zu beteiligen“, heißt es im Gutachten. Rahmen dafür könnten die UN oder das zu schaffende europäische Sicherheitssystem sein. Dazu gehöre auch „robuste“ Friedenserhaltung, die über bisherige UN-Blauhelmeinsätze hinausgehe. Ein neuer Typ von UN-Streitkräften könnte Waffenstillstände und Verhandlungen gegen Gewalt absichern oder humanitäre Hilfe, die Versorgung der Zivilbevölkerung sowie Schutz zonen auch gegen Widerstand durchsetzen. Um die Bundeswehr dabei einsetzen zu können, „ist eine Ergänzung des Grundgesetzes unabdingbar“, heißt es in den gemeinsamen Empfehlungen der Friedensgutachter. Entscheidungen über Kampfeinsätze benötigten eine Zweidrittelmehrheit des Bundestags.

Gegen diese Position bestehen allerdings grundsätzliche Einwände, wie aus dem Beitrag von Reinhard Mutz vom IFSH hervorgeht. Am Beispiel des Krieges in Ex-Jugoslawien zeigt er auf, daß aus solchen Hilfsmissionen sehr schnell militärische Operationen würden, wenn sich ihnen bewaffneter Widerstand entgegenstelle. Verallgemeinert bedeute dies, „daß sich ein militärischer Mittelseinsatz nicht schon durch das Ziel rechtfertigt... wenn nicht auch gewährleistet ist, daß das Ziel wirklich erreicht wird.“ Mutz findet es „kurios“, daß ausgerechnet die Bundeswehrführung, die einen erweiterten Militär-Auftrag annehme, der zurückhaltendste Ratgeber sei, wenn es darum gehe, den Krieg auf dem Balkan mit Gewalt von außen zu beenden.

Mit den heutigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr könne eine Praxis vorbereitet werden, bei der Hilfe zweitrangig und die Fähigkeit zur Kriegsführung zur Hauptsache werde. Mutz zeigt, daß in der Friedensforschung auch pazifistische Erwägungen eine Rolle spielen. „Da ohne Streitkräfte Krieg nicht stattfinden kann, läßt sich sogar behaupten: Sie selbst sind das gesellschaftliche Übel, dem sie abhelfen sollen.“ (Siehe Dokumentation, S. 10)

Frankfurter Rundschau, 16. Juli 1993, S. 1

Worte ohne Echo

Frohe Botschaften haben die Friedensforscher natürlich nicht zu verkünden. Im Gegenteil: Ihre „Ansprüche und Erwartungen sind im Vergleich zur Aufbruchstimmung von 1989/90 dramatisch zurückgegangen“. So Gert Krell von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung vergangene Woche in Bonn, als er das mit der Heidelberger Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg ausgearbeitete „Friedensgutachten 1993“ (im Lit Verlag, Münster und Hamburg) vorstellte – das siebte in Folge.

Allein die Rüstungskontrolle ist vorangekommen, durch den Start-II-Vertrag zur weiteren nuklearen Abrüstung und durch die Konvention über Verbot und Vernichtung aller chemischen Waffen mit einschneidenden Kontrollen. Bei anderen globalen Aufgaben – etwa einer Weltwirtschaftsordnung auch zum Wohle der Entwicklungsländer und der Übergangsgesellschaften in Osteuropa oder bei der Umweltpolitik – gibt es mehr Schatten als Licht.

Kaum anders stellt sich die eigentliche Friedenspolitik dar, im internationalen wie im nationalen Rahmen. Somalia spielt in dem Gutachten aus Zeitgründen zwar noch keine Rolle; um so mehr aber blicken die Wissenschaftler auf den Bürger- und Staatenkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Nach all der Gewöhnung an den Schrecken, angesichts des hilflosen Schwankens namentlich der EG und dem Dschungel der Vorschläge

und Finten hilft es schon, daß Gert Krell die grundsätzliche Schande festhielt. Massenvergewaltigungen, ethnische Säuberungen, Artilleriebeschuß wehrloser Städte, die Zerstörung einer moderaten islamischen Kultur: Das sei, sagte er, „die neue alte Realität der europäischen Zivilisation am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts“.

In der Bundesrepublik, so tonierten die Friedensforscher, habe sich die außenpolitische Debatte auf die künftigen Aufgaben deutscher Streitkräfte verengt. Es gehe aber um eine qualitativ neuartige Friedensvorsorge unter der Regie der internationalen Rechtsgemeinschaft. Dabei müßte sich Deutschland zum Vorreiter einer Stärkung und Reform der Vereinten Nationen machen, „anstatt sich nur um die privilegierte Teilhabe an den alten Strukturen zu bemühen“.

Soweit es denn um ein internationales *peace-keeping*, um Friedenserhaltung, gehe, plädieren auch die Friedensforscher dafür, daß sich die Bundesrepublik an militärischen Maßnahmen im Rahmen der Uno oder eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems beteiligt – mit vorheriger Zweidrittelzustimmung des Bundestages.

Und der innere Frieden? Die steil angestiegene Welle rechtsradikaler Gewalt nennen die Friedensforscher den „größten Skandal in Deutschland“. Der politischen Führung kreiden sie an, die mit der Zuwanderung verbundenen Belastungen allzu bereitwillig als Entschuldigungsgründe für die Ausländerjagd gelten zu lassen. Und über das neue Asylrecht heißt es, daß es eine Rechtsfassade stehen lasse, das dahinterstehende Gebäude aber schleife: Deutschland umgebe sich mit einem Gürtel sicherer Drittstaaten. Es werde sich noch zeigen müssen, ob das neue Recht „nicht doch nur eine Anpassung an den alltäglichen Rassismus war“.

Deutliche Worte. Sie blieben bislang in Bonn ohne Echo. *Carl-Christian Kaiser*

„Die Gemeinschaft garantiert den Frieden“

Vor dem Zwischenfall am Thalia Theater hatte Richard von Weizsäcker im Hamburger Rathaus zum Thema deutsche Außenpolitik gesprochen: „Wir Deutschen arbeiten nach Kräften an unserer Einheit. Wenn sie menschlich gelingt, werden wir unseren Platz in der Weltgemeinschaft gefunden haben. Dann wird die Suche nach der verlorenen Normalität eingestellt werden können.“

In seiner großen Rede versuchte Weizsäcker den orientierungslosen Deutschen Wege und Ziele zu weisen. Weizsäcker sprach auf Einladung des Senats vor 500 Gästen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Anlaß war ein Symposium des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Zum Thema Stabilität sagte er: „Die Europäische Gemeinschaft ist die einzige Garantie dafür, daß wir am Ende des kalten Krieges nicht in das unselige nationalstaatliche Spiel der wechselnden Allianzen und Einflußzonen zurückfallen. Ursprung und zentrales Element der Gemeinschaft ist die deutsch-französische Freundschaft.“ Angesichts einer „undurchsichtigen Sicherheitslage“ könne man auf die NATO nicht verzichten. Weizsäcker warnte vor übertriebener Kritik an der US-Außenpolitik. Das Engagement der USA in der NATO sei „ein Brückenpfeiler in unsere Richtung“.

sti

Hamburger Abendblatt, 3. Dezember 1993, S. 15

5.5. Vortrag von Bundespräsident Richard von Weizsäcker¹

Zur deutschen Außenpolitik

I.

Für Ihre Einladung, über Deutschlands außenpolitische Interessen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zu sprechen und zwar jenseits tagespolitischer Aktualitäten, danke ich Ihnen. Hamburg ist für den Ausblick nach draußen und nach vorn ein guter Standort.

Am Anfang steht die Erinnerung, die nicht aufhört, uns zu prägen. 1943, vor fünfzig Jahren, erlebte Hamburg unter einem gnadenlosen Bombenhagel die schwersten Tage seiner Geschichte. Wir können und dürfen nicht vergessen, was Deutschland selbst dazu beigetragen hat, um dieses Inferno heraufzubeschwören, und wieviel unermeßliches menschliches Leid es mit sich brachte.

Niemand weiß, wie sich die Menschheit in den kommenden fünf Jahrzehnten entwickeln wird. Aber eines wissen wir, daß nämlich unsere heutigen Taten und Untaten, unsere Einsichten und Versäumnisse keinen geringeren Einfluß auf das Schicksal unserer Nachkommen haben werden als alles, was wir bis heute als Folgen der Weltkriegszeiten verspüren. Unsere Sorgen und Hoffnungen für Hamburg, für Deutschland und für die Welt in fünfzig Jahren sind nichts anderes als eine Aufforderung an uns selbst, so gut wir können, über den Tag hinaus zu denken und zu handeln.

Das erste und, wie ich glaube, wichtigste Interesse ist damit gefunden: daß es den Nachgeborenen nicht wieder so schwer werden möge, nachsichtig unserer zu gedenken, auch wenn, um bei Bertold Brecht zu bleiben, dann noch nicht "der Mensch dem Menschen ein Helfer" geworden ist.

II.

Doch nun zur konkreten Lage. Deutschland wird, wie jedes Land, primär von seiner nur ihm eigenen Geographie und Geschichte bestimmt. Wir liegen in der Mitte unseres Kontinents, umgeben von neun Nachbarn.

1 Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* hielt auf Einladung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg anläßlich des Symposiums des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik im Rathaus Hamburg am 2. Dezember 1993 die hier abgedruckte Rede (vgl. zum Symposium auch Abschnitt 2.2.3).

Kein anderes Land der Welt außer Rußland kommt uns darin gleich. Auf diese Weise wurde unsere Geschichte reich und schwer zugleich. Sie verlief voller wechselseitiger Einflüsse über die Grenzen hinweg. Dabei wird es bleiben, doch nunmehr in einer Zeit, da unsere Nation ihre staatliche Einheit in friedlichem Einklang mit ihren Nachbarn wiedergefunden hat, ohne Gebietsforderungen durch oder gegen uns, mit feierlich bekräftigten Grenzen, frei von unmittelbarer militärischer Bedrohung. Wir werden als demokratischer Staat respektiert. Unsere Verfassungsprinzipien entsprechen den Ordnungen und Werten unserer europäischen und transatlantischen Partner, in deren Gemeinschaft und Bündnis wir fest eingebunden sind.

Wir haben den Wegfall des Kalten Krieges wahrlich lange genug herbeigesehnt und sind dafür dankbar. Jetzt scheint es, als sei mit ihm in Ost und West eine Klammer beseitigt, die bisher manche internen und regionalen Gegensätze gezähmt und den Willen zur Kooperation gesteigert hatte. Die Stimmungslage der Nationen ist in Bewegung. Stärker als zuvor tendiert sie nach innen. Es ist, als tauten nun jahrzehntelang eingefrorene Wünsche von Völkern und Volksgruppen auf. Nationale und partikuläre Entfaltungsräume brechen sich Bahn, ohne viel Rücksicht auf Nachbarn und oft auch ohne vertiefte Einsicht in spätere Folgen zu Hause.

Nur selten ist die nördliche Halbkugel so unerwartet und so unvorbereitet in ein neues Zeitalter eingetreten, geprägt von postreligiöser und postideologischer Ratlosigkeit, nicht frei von Illusionen, aber ohne Ideale und Visionen, auf der Suche nach Orientierung.

Gleichzeitig haben die letzten drei Jahrzehnte in weiten Teilen des Südens der Erde keine Trendwende mit sich gebracht. Trotz des beendeten Kalten Krieges sind die Probleme vor allem in Afrika unverändert, ja zum Teil verschärft. Nun, da der Ost-West-Konflikt überwunden ist, scheint der Süden dem Norden nicht mehr nötig oder nützlich zu sein. Ein allzu großer Teil der Menschheit lebt im Zeichen des schier aussichtslosen Wettlaufs zwischen wachsender Bevölkerung und wirtschaftlicher Entwicklung, bei abnehmenden natürlichen Ressourcen, mit immer härteren Verteilungskämpfen, mit der Ausbreitung alter und neuer Seuchen, auf der Flucht in andere Länder und in Fundamentalismen.

So wachsen die Herausforderungen auch gegenüber unserem Land. Um so notwendiger ist Klarheit über unsere Ziele und deren Reichweite. Es sind vor allem drei nationale Interessen, die unsere Aufgaben bestimmen:

- Stabilität bei uns und um uns herum;
- Offene Handelsgrenzen;
- Unsere Mitverantwortung für das Überleben der Welt.

Es sind komplexe Themen, man kann sie angemessen nicht ohne Differenzierung und Abwägung schildern, und so bitte ich vorsorglich um Nachsicht für die Geduld, die ich Ihnen zumute.

III.

Zunächst also zur Stabilität. Europa stand während der vergangenen vierzig Jahre im Zeichen einer sonderbaren konfrontativen Sicherheit. Zwei militärische Blöcke hielten sich mit dem Gleichgewicht der Abschreckung in Schach. Deutschland war geteilt und lebte im prekären Frieden.

Die Sicherheit der alten Bundesrepublik ruhte auf zwei Pfeilern, der Nordatlantischen Allianz und der wachsenden Integration in der Europäischen Gemeinschaft. Auch heute bleiben sie Garanten unserer Geborgenheit und Prosperität. Was ist wichtiger, als diesen Zustand zu sichern, auszubauen und zu erweitern? Das grundlegende Interesse Deutschlands besteht in einer Stabilität für ganz Europa.

Wesentlich dafür ist zunächst die Vollendung der Europäischen Union. Die Gemeinschaft mag auf ihrem bisherigen Weg noch so sehr "ein Kind des Zweiten und des Kalten Krieges - ein kleineuropäischer Sonderbund im Schlagschatten von Hitler und Stalin" (J. Joffe) gewesen sein. Dennoch hat sie etwas Entscheidendes und Bleibendes zuwege gebracht: eine qualitative Veränderung im Verhalten ihrer Mitgliedstaaten zueinander. Natürlich hat sie nicht alle Unterschiede der nationalen Urteile und Interessen beseitigt. Bisher fehlt es oft weniger an gemeinsamen Regeln als an der Übereinstimmung in den Inhalten. Doch zeigt sich das neu entstandene Regelwerk einer rationalen Zusammenarbeit gerade dort, wo die Prioritäten der Mitgliedsländer auseinandergehen. Die Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit ist, wie nie zuvor in der Europäischen Geschichte, zur täglichen Praxis geworden.

So wurde die Europäische Gemeinschaft zum Magneten für Osteuropa. Es ist unser Interesse, den östlichen Nachbarn diese Perspektive nicht zu nehmen. Die Gemeinschaft ist die einzige Garantie dafür, daß wir am Ende des Kalten Krieges nicht in das alte unselige nationalstaatliche

Spiel der wechselnden Allianzen, der Einflußzonen und einer Balance of Power zurückfallen.

Ursprung und zentrales Element der Gemeinschaft ist die deutsch-französische Freundschaft. Immer wieder wird sie mit Skepsis betrachtet, von ihren Anhängern als zu schwerfällig, von ihren Kritikern als bedrohliche Hegemonie empfunden. Doch kein geschichtsbewußter Europäer oder Atlantiker stellt ihre Bedeutung ernsthaft in Frage. Sie ist der historisch wichtigste Fortschritt der europäischen Nachkriegszeit. Auch in Zukunft bedarf sie stetiger, umsichtiger und vorrangiger Pflege auf allen Ebenen.

IV.

Die Atlantische Allianz hat in jahrzehntelanger kritischer Lage den Frieden erfolgreich gesichert. Sie war stark nach innen und außen: nach innen, weil sie eine Sicherheitskultur gemeinsamer Menschenrechte und Verfassungsprinzipien mit einer voll handlungsfähigen Sicherheitsarchitektur verband: nach außen, weil sie die unbezwingliche Kraft zur Selbstverteidigung mit dem glaubwürdigen Willen zur Entspannung paarte.

Die NATO war nie ein Selbstzweck. Zu keinem Zeitpunkt war sie deutsche Staatsräson. Sie war und sie bleibt vielmehr die Antwort auf konkrete Bedrohungen unserer Sicherheit. Um diese Antwort bemühen wir uns heute, da die Sicherheitslage undurchsichtig geworden ist. Die NATO befindet sich in einem Übergangsstadium. Wir haben bisher kein gesamteuropäisch funktionierendes Sicherheitssystem. Strukturen wachsen aber nicht von heute auf morgen. Deshalb gilt Behutsamkeit im Umgang mit dem, was man hat.

Noch gibt es keinen der NATO vergleichbaren Stabilitätsanker. Wen wundert es, daß keines ihrer Mitglieder die weitere Mitarbeit in Frage stellt, wohl aber andere europäische Staaten lieber heute als morgen aktiv und gleichberechtigt teilhaben möchten?

Von Bedeutung ist vor allem auch die fortdauernde amerikanische Identifikation mit Europa, die die NATO mit sich bringt. In der heutigen Zeit, da die USA im Begriff sind, ihre globale Rolle neu zu definieren, ist dies besonders wichtig. Es ist zwar wahr, daß diese Suche zuweilen verwirrende Züge aufweist. Wir sollten uns aber bei der vielstimmigen und bequemen Kritik gegenüber den Amerikanern zurückhalten. Denn die neue Weltlage stellt keiner anderen Nation schwierigere Fragen als der Weltführungsmacht. Ihr fortdauerndes Engagement in der NATO ist ein Brückenpfeiler in unserer Richtung, der inmitten aller sonstigen Un-

sicherheiten nicht zur Disposition steht. Das ist für uns von unersetzbarem Wert.

Wir wollen und wir dürfen nicht von vornherein jeder Erweiterung der NATO ablehnend gegenüberstehen. Noch bleibt unübersichtlich, wie es nach Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes mit den neuen Staaten in der historischen Perspektive bestellt sein wird. Ganz gewiß haben wir die geschichtlich gewachsenen, tief sitzenden Ängste unserer näheren östlichen Nachbarn zu berücksichtigen. Wir haben, zumal den baltischen Staaten, Polen und der Tschechischen Republik gegenüber, um nur diese Beispiele zu nennen, eine wahrhaft verpflichtende historische Verantwortung. Dies bedeutet, den näheren Nachbarn eine konkrete Aussicht auf partnerschaftliche Strukturen der Sicherheit zu geben.

Frieden, Ordnung und Sicherheit in der Mitte Europas sind unverzichtbar. Doch müssen wir uns vor dem Versuch hüten, die Ängste auf eine vordergründige Weise zu beschwichtigen, die hintergründig die wahren Ursachen für diese nur bestärken könnte. Unser Kontinent war bisher an der Elbe geteilt. Sollen nun neue Grenzen unterschiedlicher Sicherheitszonen an der Oder oder am Bug in Betracht gezogen werden? Alles, was neue Gräben aufreißt, was Dritte verunsichert oder ausgrenzt, schadet am Ende nur der gemeinsamen Sicherheit.

Eine besondere Bedeutung in diesem Prozeß kommt Rußland zu, seiner weiteren Partnerschaft mit den USA als Nuklearweltmacht und seiner politischen und wirtschaftlichen Orientierung nach Westeuropa. Rußland war und bleibt historisch, ökonomisch und kulturell ein Teil Europas, das ihm zumeist mit Furcht begegnete und ihm zugleich so viel verdankt. Es ist ein Wunder der Geschichte, daß das Leid, welches Hitler auch über Rußland gebracht hat, die tiefe innere Beziehung zwischen Deutschen und Russen nicht zerstören konnte.

Jahre voller innenpolitischer, wirtschaftlicher und ethnischer Spannungen stehen in Rußland bevor. Der Westen kann diese Entwicklungen nur marginal beeinflussen. Er ist aber genötigt, die Reformprozesse in ihrer universellen Bedeutung zu erkennen und zu unterstützen. Entscheidend ist, daß Rußland mit seinem Nuklearpotential verantwortlich umgeht, daß es die in der KSZE-Charta von Paris eingegangenen Grundsätze beachtet und daß es mit den selbständig gewordenen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, in erster Linie mit der Ukraine, friedliche Lösungen offener Streitfragen sucht; dort liegt gegenwärtig das größte Gefahrenpotential.

Das Ziel heißt unverändert Sicherheit für ganz Europa. Noch sind wir auf der Suche nach klaren Strukturen. Alle Beteiligten tasten sich vorwärts durch ein weites Feld von Angeboten. Dabei gibt es teils verwirrende, teils nützliche Überschneidungen und Doppelzuständigkeiten, die zur Zeit viele Kräfte bei der Feinarbeit absorbieren. Für langfristig bedeutsam halte ich aber ganz nachdrücklich alles, was uns auf dem Weg der kollektiven Sicherheit voranbringt.

Die Unteilbarkeit der Sicherheit war schon die fundamentale Lehre während des nuklearen Wettrüstens. Ihrer scharfen Konfrontation beim Kalten Krieg zum Trotz haben die atomaren Supermächte und die Bündnisse bereits seit über zwanzig Jahren Konsequenzen aus dieser Einsicht gezogen. SALT, Helsinki, MBFR, START und der Bann der Chemiewaffen gehören in die Reihe der sicherheitspolitischen Kooperation. Daran müssen wir energisch weiterarbeiten. Um nur ein weiteres Beispiel zu nennen: Das Open-Skies-Abkommen sollte eine den Osten und Westen verbindende zentrale und strikte Luftsicherheitsüberwachung ermöglichen und erfordern.

Wir brauchen ferner gemeinsame Grundsätze, die über die bisherigen Prinzipien der Souveränität und Nichteinmischung hinausgehen. Selbstbestimmung, Autonomie, Sezession, Grenzziehungen, Behandlungen von Menschen und Minderheiten - alles ist in eine Bewegung geraten, die den Schutz des Menschen und die Sicherheit der Völker schwer gefährdet. Unser gemeinsames Versagen gegenüber der ungeheuerlichen Tragödie des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien begleitet uns täglich.

Die Tagesordnung der KSZE enthält die Kernelemente, auf die es ankommt. Es gilt, Regeln zu finden, die das Recht der Souveränität und das Prinzip der geschützten sogenannten "inneren Angelegenheiten" ergänzen, überlagern und bis zu einer Legitimation der Einmischung zugunsten des Friedens und der Menschenrechte einengen.

Die Gewaltoption kann nicht ein Monopol einzelstaatlicher Verfügungsmacht bleiben. Bis dahin ist noch ein sehr weiter Weg. Aber Stabilität um uns herum macht die Perspektive einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft unabdingbar. Und diese wird sowohl neue Elemente einer Völkergemeinschaft als auch wirksame Instrumente zu ihrer Durchsetzung benötigen. Es wird ein im Zentrum unserer deutschen Interessen liegendes nobile officium sein, vorrangig auf diesen Gebieten konzeptionell und operativ für Fortschritt zu sorgen.

V.

Am Ende des Kalten Krieges haben militärische Bedrohungen abgenommen. Dafür werden Handelskonflikte gefährlicher. Sie können zum bestimmenden Faktor für die internationalen Beziehungen überhaupt werden. Damit bin ich bei unserem zweiten nationalen Interesse: bei den offenen Handelsgrenzen.

Ein neues Zeitalter der Regionalisierung ist in vielen Teilen der Welt angebrochen. Zumeist geht es um wirtschaftliche Zusammenarbeit, um technische Konsultationen und politischen Dialog. Dem führenden Beispiel der Europäischen Gemeinschaft sind mehrere Staatengruppen gefolgt, wenn auch durchweg mit einem bisher weit geringeren Grad an Integration: ASEAN, SADC, San-José-Gruppe, MERCOSUR, Andenpakt, jetzt auch NAFTA, um nur diese zu nennen. Noch reichlich unklar in ihrem Zusammenhalt ist die jüngste und bei weitem größte regionale Neuschöpfung, APEC, die konsultative Versammlung aller pazifischen Nationen.

Werden die Regionalpakete das Zusammenwachsen der Erde stärken? Sind sie Bausteine einer als unausweichlich erkannten globalen Kooperation? Ist es also ihr Ziel, ihre Mitgliedsländer für den weltweiten Zugang zu öffnen und zu qualifizieren? Oder geht die Welt in die umgekehrte Richtung; wird sie in rivalisierende Handelsblöcke zerfallen? Am Vorabend abschließender Verhandlungen über die Uruguay-Runde des GATT steht Entscheidendes auf dem Spiel. Vor allem die Dritte Welt ist auf offene Märkte im Norden angewiesen, auf "trade" mehr als auf "aid"; sie wäre im Falle eines Scheiterns der Hauptgeschädigte. Aber auch um Europa würde es einsamer. Und unser Bündnis, geschaffen für unsere Sicherheit, könnte schweren Schaden nehmen. Die Wirtschaftsbeziehungen würden zu geo-ökonomischen strategischen Fragen.

Immer wieder steht der Freihandel in Verruf. Man wehrt sich gegen Wettbewerb und Wandel, um Besitzstände wahren zu können. Die erbitterte Debatte der Amerikaner über ihre NAFTA lieferte dafür den jüngsten Anschauungsunterricht. Doch auch wir Europäer sind gegen Rückfälle in wohlerprobte Fehler protektionistischer Versuchungen nicht gefeit, erst recht heute nicht, da Arbeitslosigkeit unser größtes Problem ist. Dabei liegen die zwingenden Gegengründe auf der Hand, zumal für uns Deutsche. Wir sind in höherem Maße vom Außenhandel abhängig als andere Industrienationen. Nur eine einzige Vergleichszahl möge dies belegen: Pro Kopf der Bevölkerung verdienten am Export des

Jahres 1990 die Vereinigten Staaten 1 500 US-Dollar, Japan 2 500 Dollar, Deutschland dagegen 7 000 Dollar.

Wir müssen uns des scheinbar so süßen Giftes der Abschottung unserer Märkte enthalten. Immer wieder taucht in Zeiten der Rezession die protektionistische Versuchung auf "Deutschland den Deutschen" als Devise für unsere Wirtschaft, das wäre ein Programm der wirtschaftlichen Verarmung. Protektionismus ist ein Kurzschluß im Denken. Wer seine Grenzen schließt, entzieht sich der heilsamen Konkurrenz, verhindert die notwendige Modernisierung, verschlechtert seine Wettbewerbsfähigkeit und verteuert obendrein die Verbraucherpreise für seine Bürger. Hier haben wir Deutschen eine große Verantwortung nicht nur für uns selbst, sondern für die gesamte Handelspolitik der europäischen Union. Offene Grenzen sind lebenswichtig.

Die dafür heilsamste Bestätigung verdanken wir ja der europäischen Einigung selbst. Wir Deutschen haben sie mehr als andere benötigt und auch genutzt. Über siebzig Prozent unseres Außenhandels vollzieht sich im europäischen Wirtschaftsraum.

Seit einem Monat ist die Europäische Union in Kraft. Auf dem Weg dorthin gab es Kritik und streitige Prozesse, darunter Volksentscheide in Frankreich und Dänemark und Urteile höchster Gerichte in Großbritannien und Deutschland. Auch nach Maastricht ist die Einigung Europas kein saturierter Zustand, sondern sie bleibt ein dynamischer Prozeß. Die Ängste der Bürger vor der Anonymität eines europäischen Superstaates, vor einem wesenslosen Eintopf statt kultureller Vielfalt, vor der Auslieferung täglicher Anliegen an ferne Bürokratien sind verständlich und ernstzunehmen. Je stärker die übernationale Reglementierung, desto elementarer der Drang nach den Wurzeln zu Hause. Wer das Verlangen der Menschen nach Verwurzelung in ihrer Heimat ignoriert, verliert ihre Unterstützung für den Weg nach Europa.

Aber es geht ja nicht um einen Machtkampf zwischen Kopf und Herz, so als wäre Europa lediglich das institutionalisierte Management der unausweichlichen internationalen Interdependenz, Europa also ein reines Verstandesprodukt, die Nation dagegen der zentrale und ausschließliche Sitz unserer Gefühle. Unsere Staatsräson ist weder Europa noch der Nationalstaat, sondern unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat mit seinem Artikel eins, dem Schutz der Würde des Menschen. Selbstverständlich werden die Nationalstaaten nicht aufhören, in Europa zu existieren. Auch die deutsche Nation wird fortbestehen, mit demselben Recht und Gewicht wie die anderen.

Mit unserer Nation verbinden uns Überlieferungen, Verantwortung und eine tiefe innere Zuneigung. Doch auch Europa ist weder eine bloße Kopfgeburt der Vergangenheit, noch ein blutleeres Hirngespinnst der Zukunft. Vielmehr verknüpfen uns Geschichte, Kultur und Schicksal in unseren existentiellen menschlichen Beziehungen. Europa ist, zumal für viele Jungen, zum gemeinsamen Lebensraum geworden.

Ein Europa, das diesen Namen verdient, ist unteilbar. Alle europäischen Völker sind von der Antike geprägt, Prag und Hamburg, Krakau und Salamanca, Wien und Paris, Reval und Lissabon sind Schwesterstädte. Das Lebens- und Weltgefühl der Europäer beruht auf Gemeinsamkeiten der Religion und der Philosophie, der Dichtung, der Musik und der Baustile. Die selbständigen Nationalkulturen haben nie ein gesamteuropäisches Bewußtsein behindert, sie haben sich ihm weithin zu verdanken.

Die Europäische Union wird ihr eigenes, europäisches Gesicht haben. Sie wird sich ohne Zweifel schon in ihrer Struktur gründlich von den Vereinigten Staaten von Amerika unterscheiden. Aber sie wird mehr sein als ein Europa der Vaterländer. Die von Churchill alsbald nach dem Krieg proklamierte Hoffnung auf die "Vereinigten Staaten von Europa" bleibt unser Ziel. Es wäre so unhistorisch wie politisch unklug, nun in einen Neonationalismus zurückzufallen, der bei näherem Hinsehen wohl auch eher den Namen eines postnationalen Provinzialismus verdiente.

Wir werden also weder unsere Gefühle verletzen, noch unseren gesunden Menschenverstand aufs Spiel setzen, sondern unsere legitimen Interessen verfolgen, wenn wir den Prozeß der Einigung Europas energisch weiterbetreiben und dabei gute Deutsche bleiben.

In einem Monat wird das Europäische Währungsinstitut seine Arbeit in Frankfurt am Main aufnehmen. Die Erfüllung der Maastrichter Konvergenzkriterien bleibt Voraussetzung für den Eintritt in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion. Darauf werden wir Deutschen gut aufpassen, ohne deshalb den Inhalt deutscher Identität auf unsere Währung zu reduzieren.

Die ökonomische Vernunft wird dafür sorgen, daß wir nicht zu schnell vereinheitlichen. Das Modell lautet gerade im Interesse der Wirtschaft: Föderalismus, nicht Zentralismus. Europa muß sich die Chance zum Lernen beim Vergleich der verschiedenen Ansätze der Wirtschafts- und Sozialpolitik erhalten. Die freie Beweglichkeit der Produktionsfaktoren wird es heilsam an den Tag bringen. Wir brauchen auch den Wettbewerb der Rahmenbedingungen.

Nicht minder entscheidend für die Europäische Union sind offene Grenzen nach außen. Unübersehbar ist unser Interesse am Zuwachs von Stabilität bei unseren östlichen Nachbarn. Dafür unterstützen wir ihre Reformprozesse und helfen ihnen beim schrittweisen Zugang zur europäischen Union. Um so weniger können wir fortfahren, ihnen einerseits die Vorzüge der Marktwirtschaft plus Freihandel zu predigen, andererseits aber unsere Grenzen gegen die Einfuhr unwillkommener Produkte aus ihren Ländern zu schließen.

Die größten Märkte, die stärksten technologischen Fortschritte und die höchsten Wachstumsraten finden sich heute im östlichen und südlichen Teil Asiens. 1960 wurden in Asien 4 Prozent des Weltsozialprodukts erzeugt, heute sind es schon 25 Prozent. Auch die Sparraten liegen dort im Durchschnitt bei 30 Prozent, gegenüber 10 Prozent des Bruttosozialprodukts in den europäischen und amerikanischen G 7-Mitgliedsländern. Für den gewaltig wachsenden Kapitalbedarf der Welt ist dies von unübersehbarem Gewicht.

Daß Deutschland zur Zeit 70 Prozent seiner Exporte in Europa tätigt, ist ein schönes Zeichen vergangener Erfolge, aber auch eines zukünftigen Veränderungsbedarfs. Zur Zeit treiben wir einen überdurchschnittlichen Handel auf Märkten mit unterdurchschnittlichem Wachstum. Dagegen machen wir unterdurchschnittliche Geschäfte mit überdurchschnittlich wachsenden Volkswirtschaften. Unser Bedarf im Zugang zu Investitionskapital und zum Fortschritt bei der Spitzentechnologie ist elementar. Es wäre fatal, weiterhin mehr Geld für die Erhaltung der Vergangenheitsprodukte bereitzustellen, statt mehr Forschung und Entwicklung für innovative Produkte und Produktionsprozesse zu betreiben. Alles deutet auf unser Interesse an offenen Handelsgrenzen.

VI.

Am härtesten trifft ein westlicher Protektionismus viele Entwicklungsländer, und er behindert damit eine Lösung der wichtigsten Aufgabe der nächsten fünfzig Jahre, nämlich einen Ausgleich zwischen Nord und Süd ohne Zerstörung der Natur.

Damit bin ich bei unserem dritten nationalen Interesse, unserer Mitverantwortung für das Überleben der Welt. Es ist am schwersten zu konkretisieren und hat doch für die nächste Generation das größte Gewicht. Die Völkergemeinschaft hat sich ihre Institution mit den Vereinten Nationen gegeben. Diese haben seit dem Ende des Kalten Krieges ihre Ta-

gesordnung stark erweitert. Allerdings sind die quantitativen Wachstumsraten bisher eindrucksvoller als die qualitativen.

Die Aktivitäten zur Verhinderung oder Lösung von Konflikten wurden zahlenmäßig erheblich gesteigert. In den ersten vierzig Jahren ihrer Existenz haben die Vereinten Nationen weit weniger friedensbewahrende Operationen initiiert als in den vergangenen acht Jahren. Vor 1985 gab es weniger als zehntausend Blauhelme, danach stieg die Zahl auf über achtzigtausend.

Mit der gewachsenen Bedeutung der Vereinten Nationen steigt auch bei uns Deutschen der legitime Wunsch nach ständiger Mitsprache. Berechtigterweise wird auch eine rasche konstitutionelle Klärung der Bedingungen für einen Einsatz der Bundeswehr im Auftrage der Vereinten Nationen außerhalb der NATO-Territorien gefordert. Mit gutem Grund bemühen wir uns um den Ruf der Verlässlichkeit. Aber getan ist es damit auch nicht. Man wird uns erst dann für berechenbar und vertrauenswürdig halten, wenn wir unsere Prioritäten klar definieren und kontinuierlich verfolgen; keine zu haben, das würde niemanden beeindrucken, und es würde uns auch nicht geglaubt. Wir zielen auf eine Rolle in der Völkergemeinschaft der Vereinten Nationen mit voller Souveränität. Das heißt, wir entscheiden uns in jedem Falle so, wie wir selbst es für richtig halten, dagegen nicht danach, was andere von uns als Zeichen des Wohlverhaltens erwarten.

Wichtig in unserem Interesse sind heute vor allem konzeptionelle, inhaltliche Vorstöße zu neuem globalen Denken und Handeln. Je mehr wir dazu beizutragen haben, desto mehr wird man auf uns hören.

Als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vor knapp fünfzig Jahren geschaffen wurde, definierte man Sicherheit fast ausschließlich militärisch. Inzwischen sind die Waffensysteme immer stärker, raffinierter und teurer geworden. Zugleich erkennen wir ihre völlige Machtlosigkeit gegenüber den Hauptgefahren der Menschheit, nämlich der zentralen und universalen Bedrohung der Lebensbedingungen und der Natur durch Industrienationen und Entwicklungsländer in West und Ost und Nord und Süd.

Weil die Bevölkerung ständig wächst und die natürlichen Basisressourcen des Wassers, der bestellbaren und bewohnbaren Erde unaufhörlich abnehmen, ändern sich die Anforderungen an eine globale Sicherheitspolitik fundamental. Während der letzten fünfzig Jahre haben sich in Afrika Menschen und Vieh vervierfacht. Damit geht eine hoffnungslose Ausbeutung des Bodens einher, für die aber auch wir im Norden eine

Mitverantwortung tragen: Wir beanspruchen für unsere Ernährung viel Eiweiß, Fett und tierische Produkte, für deren Erzeugung wiederum wertvolle pflanzliche Kalorien, Soja und Mais, verschwendet werden. Anderwärts werden riesige Waldflächen in Weideflächen umgewandelt, welche dann ihrerseits nach wenigen Jahren veröden. Unsere eigene Industrie und wir als ihre Kunden beschleunigen die Umwandlung von Naturwald in Holzplantagen.

Die allgemeine Landflucht in die Riesenstädte verändert und verschärft die Not. Statt uns in die Frage zu verbeißen, wer den Kampf der großen Wirtschaftszentren Amerika, Ostasien und Europa um den Vorrang im nächsten Jahrhundert am ehesten gewinnen könnte, sollte jeder Kontinent Maßnahmen entwickeln, was er zum Beispiel gegen die Gefahr einer globalen Erwärmung der Atmosphäre tun kann und muß, und zwar bevor wir darüber noch genauere wissenschaftliche Prognosen bekommen. Wir wiegen uns doch in einer gefährlich falschen Sicherheit, wenn wir meinen, Beiträge zum globalen Umweltschutz seien eine Angelegenheit von Freiwilligkeit, und hätten mit Sicherheit nichts zu tun.

Von entscheidender Bedeutung sind also Beiträge aus der Völkergemeinschaft, um den Teufelskreis von mangelnder Ausbildung, Armut, Bevölkerungswachstum, Hunger, Waldsterben, Umweltzerstörung, Migration, Verletzung der Menschenrechte zu durchbrechen. Je weniger es gelingt, die Not an ihrem Entstehungsort zu überwinden, desto zwangsläufiger breiten sich ihre Folgen auch über uns aus.

Es geht nicht um das kleine außenpolitische Anhängsel Entwicklungshilfe im herkömmlichen Sinn, sondern darum, den konventionellen Begriff und Inhalt von Außenpolitik in Richtung auf eine gemeinsame, globale, dauerhafte Entwicklung weiterzuentwickeln. Bei uns ist jeder Bürger durch seine Lebensweise an ihr beteiligt. Dies wird ihm auch mehr und mehr bewußt. Die gängigen außen- und sicherheitspolitischen Schlüsselbegriffe wie KSZE, WEU oder Non-Proliferation erscheinen ihm wie eine Geheimwissenschaft. Dagegen sind Arbeitsplätze, Schutz der Umwelt, Energieverbrauch, Flüchtlinge, Einbürgerung von Ausländern wichtige Probleme aus seiner täglichen persönlichen Erfahrung und Anschauung.

Es sind diese Aufgaben, die die Innen- und Außenpolitik zu einem Ganzen verschmelzen. Daher ist es so wichtig und zugleich so chancenreich, in unserem Erziehungs- und Bildungssystem Verständnis für den geschilderten Zusammenhang zu wecken. Junge Menschen haben oft einen leichteren Zugang zum Gedanken der "Erdpolitik" (E.U. von Weizsäcker).

ker) als zur klassischen Außenpolitik. Wir sollten diese Begriffe nicht gegeneinander ausspielen, sondern sie zusammenführen, also die langfristig zentralen Themen der Erdpolitik in den herkömmlichen Kanon der Außenpolitik einfügen. Dann wird es gelingen, die Einsicht und Mitwirkung der Bürger für die Außenpolitik stärker zu mobilisieren. Nur dadurch können wir uns vergewissern, daß unser demokratisches System besser in der Lage ist, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern als andere Systeme. Und darauf setzen wir doch!

Die Außenpolitik der Nationen und Regionen entwickelt sich allmählich zur Weltinnenpolitik. Die Vereinten Nationen sind ihr Forum. Damit sie wirklich in eine führende Rolle für Entwicklung und Umwelt hineinwachsen können, gilt es, sie funktional und regional zu stärken. Was das Funktionale angeht, so fehlt es nicht an Institutionen. Die Organisationen für Weltgesundheit und Ernährung, der Weltflüchtlingskommissar, UNICEF, HABITAT und UNESCO, sie alle setzen an der richtigen Stelle an. Aber noch haben sie zu wenig Mittel, und noch dominieren sie in nur unzureichendem Maße die Tagesordnung des Sicherheitsrats.

Die Zentrale der Vereinten Nationen ist zudem mit der Vielzahl regionaler Probleme allzu stark belastet. Von großer Bedeutung ist daher die Stärkung leistungsfähiger regionaler Strukturen in der Welt. Unser deutsches Augenmerk konzentriert sich auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie hat sich schon seit dem vergangenen Jahr als "Regionale Vereinbarung" unter das UNO-Dach begeben.

Wie schon erwähnt, gehören zu ihren Bewährungsproben vor allem die Menschenrechte. Vor fünfundvierzig Jahren wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von den Vereinten Nationen verabschiedet. Sie hat zu regionalen Konventionen geführt, 1950 in Europa, 1969 in Amerika und 1981 in Afrika.

Heute, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, ist die Debatte über ihre Legitimität und Durchsetzbarkeit lebhafter und nötiger als zuvor, aber leichter geworden ist sie nicht. Noch bleibt ihre Universalität umstritten. Manchen gelten die Menschenrechte als Ausfluß eurozentrischen Denkens. Unterschiede der Kulturen, der Lebensweisen von Mensch und Gesellschaft machen sich in verstärktem Maße bemerkbar. Hinzu tritt eine eher wachsende Distanz in einigen wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaften Asiens gegenüber der westlichen liberalen Demokratie mit ihrem individuellen Menschenbild und Erziehungssystem.

Es ist ganz unvermeidlich, daß solche Unterschiede deutlicher ins Blickfeld rücken, wenn die Auseinandersetzung mit globalen Problemen

wächst. Doch sollten wir die nur als eine verstärkte Herausforderung an uns verstehen. Wir haben Grund, an die Kraft zu einer Veränderung im Verständnis und in der Kooperation der Weltregionen zu glauben und zunächst an einem Wandel des westlichen Denkens und Handelns in Richtung auf eine Erdpolitik zu arbeiten.

Dabei kann auch die transatlantische Zusammenarbeit eine neue Qualität gewinnen. Wie es scheint, bemüht sich die Administration Clinton-Gore jetzt ernsthaft, Enttäuschungen zu überwinden, die sich ergeben haben, weil in Amerika bisher keine Konsequenzen aus der Weltumweltkonferenz von Rio gezogen worden sind. Sie will ein globales Programm des "sustainable development", also der nachhaltigen Entwicklung, zum zentralen Bestandteil ihrer Sicherheits- und Außenpolitik machen. Dies ist angesichts der herkömmlichen Gewohnheiten in den USA doch auch nicht leichter als bei uns. Doch können wir Deutschen als wichtiger Partner der Amerikaner sie auf diesem Weg bestärken und damit auch unsere eigene Arbeit zu Hause erleichtern.

VII.

Von allen diesen unglaublich großen und komplexen Aufgaben ist hier unter dem Stichwort deutscher Interessen die Rede. Interesse ist kein deutsches Wort. Über Frankreich kam es zu uns aus dem Lateinischen. Dort hatte es ursprünglich andere Bedeutungen: unterscheiden, von Wichtigkeit sein, teilnehmen.

In der Fortsetzung der Kabinettpolitik des 18. Jahrhunderts definierte Bismarck Interessenpolitik im Sinne nüchterner, sogenannter wohlverstandener Staatsinteressen im Gegensatz zu allgemeinen Ideen. Er war damit erfolgreich. Doch das Zeitalter des Nationalismus, das die Interessen schließlich nur noch als unmittelbaren Gewinn, als Vorteil und Nutzen in der Regel auf Kosten anderer zu verstehen wußte, nahm ein böses Ende.

In unserer heutigen Weltentwicklung gewinnt der Interessengedanke seine ursprüngliche Bedeutung zurück, der Teilnahme, der Zuwendung, der Aufmerksamkeit, des Verständnisses und daher der Gemeinsamkeit der Ziele zurück. Interessenkollisionen werden durch Interessenverbindungen überlagert. Wir dürfen unser eigenes Interesse nicht in Gegensatz zu verantwortlich-ethischem internationalem Handeln bringen lassen. Vernünftigerweise läßt sich das eine vom anderen gar nicht trennen. Wer die Aufforderung zur Mitverantwortung für andere nur als eine lästige Ablenkung von seinen nationalen Zielen empfindet, hat ein falsches

Verständnis von seinem eigenen langfristigen Nutzen. Wer freilich eine internationale Ethik ohne Bezug auf seine Interessen vertritt, der wird zum Ideologen. Die Mahnung zur Nüchternheit behält ihr Gewicht.

Wir Deutschen arbeiten nach Kräften an unserer Einheit. Wenn sie menschlich gelingt, dann werden wir unseren Platz in der Weltgemeinschaft gefunden haben. Dann wird die Suche nach der verlorenen Normalität eingestellt werden können. In Europa sind wir weder Spielführer noch Spielball. Zu nationalen Alleingängen sind wir zu klein; solchen Versuchungen gegenüber sind wir auch durch Geographie, Geschichte und die Internationalität unserer Aufgaben gefeit. Aber wir sind zu groß, als daß man uns übergehen könnte; die außenpolitischen Verhältnisse werden sich nicht ohne unsere Zustimmung und Mitwirkung weiterentwickeln. Beides zusammen bewahrte uns vor Willensschwäche oder Überheblichkeit. Es möge uns Gewicht, Verantwortung und Zuversicht geben, um unseren Interessen gerecht zu werden. Darauf sollte es uns in den nächsten fünfzig Jahren ankommen.

Demokratie, Sicherheit, Frieden

vormalig Militär, Rüstung, Sicherheit

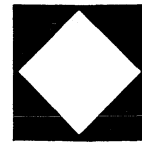
Herausgegeben von Dr. Dieter S. Lutz, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor
des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Lieferbare Titel:

1. **Die Rüstung der Sowjetunion.** Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1979. 273 S., 49,- <3-7890-0482-0>
2. Schwarz, Günter; Lutz, Dieter S.: **Sicherheit und Zusammenarbeit.** 1980. 150 S., 58,- <3-7890-0540-1>
3. **Die Rüstung der USA.** Hrsg.: Krell, Gert. 1981. 288 S., 49,- <3-7890-0638-6>
5. Krell, Gert; Lutz, Dieter S.: **Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt.** 1980. 217 S., 24,- <3-7890-0585-1>
6. Lüders, Carl H.: **Ideologie und Machtdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion.** 1981. 113 S., 12,80 <3-7890-0722-6>
7. **Atomkriegsfolgen.** Der Bericht des „Office of Technology Assessment“. 1983. 205 S., 19,80 <3-7890-0753-6>
8. Kutz, Martin: **Reform und Restauration der Offiziersausbildung der Bundeswehr.** 1982. 241 S., 39,- <3-7890-0751-X>
9. **Die Neuordnung von Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr.** Eine Bilanz nach 10 Jahren. Hrsg.: Schultz, Karl E. 1982. 260 S., 39,- <3-7890-0806-0>
10. **Kooperative Rüstungssteuerung.** Hrsg.: Baudissin, Wolf Graf von; Lutz, Dieter S. 1981. 242 S., 19,80 <3-7890-0707-2>
11. **Konflikte, Krisen, Kriegsverhütung.** Hrsg.: Baudissin, Wolf Graf von; Lutz, Dieter S. 1981. 238 S., 19,80 <3-7890-0708-0>
12. Strübel, Michael: **Neue Wege der italienischen Kommunisten.** 1982. 424 S., 49,- <3-7890-0831-1>
13. **Sicherheitspolitik am Scheideweg?** Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1982. 780 S., 39,- <3-7890-0816-8>
14. Beuter, Heinz J.: **Von SALT zu START.** Ein System antagonistischer Rüstungssteuerung. 1982. 336 S., 49,- <3-7890-0790-0>
15. Mutz, Reinhard: **Konventionelle Abrüstung in Europa.** Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR. 1984. 277 S., 49,- <3-7890-0916-4>
16. **Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR).** Hrsg.: Mutz, Reinhard. 1983. 444 S., 39,- <3-7890-0805-2>
17. Bouwer, Günter: **Vom MRCA Tornado zur zivilen Alternative.** Ein Beitrag zur Konversionsdebatte. 1983. 159 S., 49,- <3-7890-0841-9>
18. **Vertrauensbildende Maßnahmen.** Hrsg.: Lutz, Dieter S.; Müller, Erwin. 1982. 239 S., 19,- <3-7890-0771-4>
19. **From Distrust to Confidence.** Concepts and Dimensions of Confidence-Building Measures. Vol. II. Hrsg.: Baudissin, Wolf Graf von. 1983. 124 S., 48,- <3-7890-0840-0>
20. Böge, Volker; Wilke, Peter: **Sicherheitspolitische Alternativen.** 1984. 263 S., 49,- <3-7890-1004-9>
21. **Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimitätskrise.** Hrsg.: Vogt, Wolfgang R. 1983. 308 S., 49,- <3-7890-0857-5>
22. Lutz, Dieter S.: **Krieg und Frieden als Rechtsfrage im Parlamentarischen Rat 1948/49.** 1982. 125 S., 39,- <3-7890-0819-2>
23. **Weder Wehrkunde noch Friedenserziehung?** Der Streit in der Kultusministerkonferenz 1980/83. Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1984. 478 S., 49,- <3-7890-0879-6>
24. **Dilemma Sicherheit.** Beiträge zur Diskussion über militärische Alternativkonzepte. Hrsg.: Müller, Erwin. 1984. 236 S., 49,- <3-7890-0992-X>
25. Lutz, Dieter S.: **Towards a Methodology of Military Force Comparison.** 1986. 255 S., 49,- <3-7890-0915-6>
26. Schleker, Manfred: **Ernstfall Friede.** Sicherheitspolitik und Funktion der Bundeswehr in der Diskussion. 1984. 227 S., 39,- <3-7890-0945-8>
27. Nolte, Hans-Heinrich; Nolte, Wilhelm: **Ziviler Widerstand und Autonome Abwehr.** 1984. 284 S., 49,- <3-7890-1038-3>
28. Lutz, Dieter S.; Müller, Erwin; Pott, Andreas: **Seemacht und Sicherheit.** 1986. 213 S., 49,- <3-7890-0791-9>
29. Müller, Erwin: **Rüstungspolitik und Rüstungsdynamik: Fall USA.** 1985. 378 S., 49,- <3-7890-1076-6>
30. Lutz, Dieter S.: **Kollektive Sicherheit in und für Europa – Eine Alternative.** 1985. 396 S., 49,- <3-7890-1127-4>
31. Birckenbach, Hanne-Margret: **Mit schlechtem Gewissen – Wehrdienstbereitschaft von Jugendlichen.** 1985. 362 S., 39,- <3-7890-1122-3>
32. **Entwicklung und Rüstung.** Öffentliche Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages. Hrsg.: Holtz, Uwe. 1984. 303 S., 47,- <3-7890-1068-5>
33. **Im Dienst für Frieden und Sicherheit.** Festschrift für Wolf Graf von Baudissin. Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1985. 392 S., 49,- <3-7890-1046-4>
34. **Die „Süddimension“ des Ost-West-Konfliktes.** Hrsg.: Hamann, Rudolf. 1986. 267 S., 29,- <3-7890-1233-5>
35. **Chancen des Friedens.** Hrsg.: Ipsen, Knut; Fischer, Horst. 1986. 158 S., 25,- <3-7890-1191-6>
36. Galtung, Johan: **Hitlerismus, Stalinismus, Reaganismus.** Drei Variationen zu einem Thema von Orwell. Mit einem Vorwort von Dieter S. Lutz. 1987. 169 S., 27,- <3-7890-1295-5>
37. **Zivile Alternativen für die Rüstungsindustrie.** Hrsg.: Schomacker, Klaus; Wilke, Peter; Wulf, Herbert. 1986. 174 S., 19,- <3-7890-1262-9>
38. Leitenberg, Milton: **Rüstung und Sicherheitspolitik.** 1987. 295 S., 69,- <3-7890-1280-7>
39. **Milliz als Vorbild?** Zum Reservistenkonzept der Bundeswehr. Hrsg.: Bald, Detlef. 1987. 148 S., 39,- <3-7890-1431-1>
41. **Gemeinsame Sicherheit – Dimensionen und Disziplinen.** Bd. II: Zu rechtlichen, ökonomischen, psychologischen und militärischen Aspekten Gemeinsamer Sicherheit. Hrsg.: Bahr, Egon; Lutz, Dieter S. 1987. 310 S., 19,- <3-7890-1345-5>



Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 • 7570 Baden-Baden



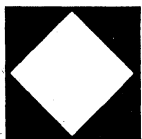
Demokratie, Sicherheit, Frieden

vormals Militär, Rüstung, Sicherheit

Herausgegeben von Dr. Dieter S. Lutz, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor
des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Lieferbare Titel:

42. **Gemeinsame Sicherheit, Konventionelle Stabilität.** Bd. III: Zu den militärischen Aspekten struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen gemeinsamer Sicherheit. Hrsg.: Bahr, Egon; Lutz, Dieter S. 1988. 502 S., 19,80 <3-7890-1557-1>
43. Lutz, Dieter S.: **Gemeinsame Sicherheit – Defensiv Abhaltung und Strukturelle Angriffsunfähigkeit.** Bd. IV: Zur Genesis und Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen einer Strategie Defensiver Abhaltung und ihrer konzeptionellen Einbettung in die Gemeinsame Sicherheit. 1990. 215 S., 19,- <3-7890-1564-4>
44. **Gemeinsame Sicherheit – Internationale Diskussion.** Bd. V: Beiträge und Dokumente aus Ost und West. Hrsg.: Lutz, Dieter S.; Schmähling, Elmar. 1990. 440 S., 58,- <3-7890-1669-1>
45. **Gemeinsame Sicherheit – Kollektive Sicherheit – Gemeinsamer Frieden.** Bd. VI: Auf dem Weg zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung. Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1991. 483 S., 79,- <3-7890-2041-9>
46. **Sicherheitspolitik kontrovers.** Auf dem Weg in die neunziger Jahre. Hrsg.: Heisenberg, Wolfgang; Lutz, Dieter S. 1987. 955 S., 47,- <3-7890-1436-2>
47. Peters, Ingo: **Transatlantischer Konsens und Vertrauensbildung in Europa.** 1987. 270 S., 49,- <3-7890-1413-3>
48. **Drei Jahrzehnte Innere Führung.** Hrsg.: Walz, Dieter. 1987. 195 S., 38,- <3-7890-1410-9>
49. Brill, Heinz: **Bogislaw von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung – Westintegration – Wiedervereinigung.** Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehr 1952-1955 – Band I: Studie. 1988. 308 S., 59,- <3-7890-0673-4>
50. **Atomwirtschaft und innere Sicherheit.** Hrsg.: Gessenharter, Wolfgang; Fröchling, Helmut. 1989. 349 S., 78,- <3-7890-1639-X>
51. Krohn, Axel: **Nuklearwaffenfreie Zone: Regionales Disengagement unter der Rahmenbedingung globaler Großmachtinteressen.** Das Fallbeispiel Nordeuropa. 1989. 258 S., 48,- <3-7890-1698-5>
52. **Bogislaw von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung – Westintegration – Wiedervereinigung.** Band II: Dokumente und Materialien –. Hrsg.: Brill, Heinz. 1989. 357 S., 89,- <3-7890-1828-7>
53. Brill, Heinz: **Libyens Außen- und Sicherheitspolitik.** Moamar el Gaddafis Motive und Visionen. 1988. 138 S., 39,- <3-7890-1585-7>
54. **Sowjetische Außenpolitik im Wandel.** Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990. Hrsg.: Hamann, Rudolf; Matthies, Volker. 1991. 211 S., 48,- <3-7890-2177-6>
55. **Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik.** Hrsg.: Seidelmann, Reimund. 1989. 384 S., 49,- <3-7890-1734-5>
56. Afheldt, Horst: **Der Konsens.** – Argumente für die Politik der Wiedervereinigung Europas –. 1989. 240 S., 44,- <3-7890-1885-6>
57. Nielebock, Thomas: **Freiheit für Atomwaffen oder Atomwaffenfreiheit?** 1989. 338 S., 49,- <3-7890-1896-1>
58. Hagena, Hermann: **Tiefflug in Mitteleuropa.** 1990. 99 S., 19,- <3-7890-1914-3>
59. **Universitäten im Friedensdialog.** Hrsg.: Fischer-Appelt, Peter; Lutz, Dieter S. 1990. 223 S., 47,- <3-7890-1915-1>
60. Schulte, Ludwig: **Trumpf der Verteidigung.** Mehr Stabilität durch moderne Technologien. 1990. 176 S., 28,- <3-7890-1880-5>
61. Ehrhart, Hans-Georg: **Die europäische Herausforderung.** Frankreich und die Sicherheit Europas an der Jahrhundertwende. 1990. 198 S., 48,- <3-7890-1963-1>
62. Kutz, Martin: **Realitätsflucht und Aggression im deutschen Militär.** 1990. 140 S., 39,- <3-7890-2002-8>
63. **Abrüstung und Konventionelle Stabilität in Europa.** Hrsg.: Müller, Erwin; Neunck, Götz. 1990. 203 S., 46,- <3-7890-1974-7>
64. Hartwig, Dieter: **Sicherheitspolitik und Verteidigung der Europäischen Gemeinschaft.** 1991. X, 147 S., 39,- <3-7890-2325-6>
65. Forndran, Erhard: **Die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa.** 1991. 531 S., 89,- <3-7890-2269-1>
66. Bartke, Matthias: **Verteidigungsauftrag der Bundeswehr.** Eine verfassungsrechtliche Analyse. 1991. 266 S., 39,- <3-7890-2333-7>
67. **Minderheiten – Störpotential oder Chance für eine friedliche Gesellschaft?** Hrsg.: Gessenharter, Wolfgang; Fröchling, Helmut. 1991. 346 S., 48,- <3-7890-2327-2>
68. Feske, Susanne: **ASEAN: Ein Modell für regionale Sicherheit.** 1991. 204 S., 36,- <3-7890-2395-7>
69. **Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle.** Hrsg.: Müller, Erwin; Neunck, Götz. 1992. 381 S., 78,- <3-7890-2332-9>
70. Lutz, Dieter S.: **Sicherheit 2000.** Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungsregime zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa. 1991. 223 S., 38,- <3-7890-2278-0>
71. **Die »sowjetische Frage«: Integration und Zerfall?** Hrsg.: Ehrhart, Hans-Georg. 1991. 253 S., 36,- <3-7890-2496-1>
72. Wissdorf Jörg: **Doktrin und Struktur.** Eine Untersuchung über den Zusammenhang von sicherheitspolitischen Konzepten und Streitkräftenstrukturen unter besonderer Berücksichtigung von defensiven Einsatzoptionen für Luftstreitkräfte. 1992. 256 S., 48,- <3-7890-2662-X>
73. **Konversion im vereinten Deutschland.** Ein Land – zwei Perspektiven? Hrsg.: Gießmann, Hans-Joachim. 1992. 237 S., 36,- <3-7890-2640-9>
74. Gießmann, Hans-Joachim: **Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR.** 1992. 301 S., 46,- <3-7890-2847-9>
75. **Das Udenkbare denken.** Festschrift für Egon Bahr zum siebenzigsten Geburtstag. Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1992. 557 S., 49,- <3-7890-2623-9>



Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 • 7570 Baden-Baden

